Nr. 211 Feb. 1996

8 DM M 3477 F




informationszentrum dritte welt

**Nigeria**
Geier im Nigerdelta

**China**
Yuppies wollen lange Nasen

**Debatte**
Zukunftsfähiges Deutschland?

# Genossen schafft Bewegung!

## Das Kollektiv und der Weltmarkt

Jürgen Trittin über grüne Außenpolitik

# Inhalt

## Kommentar



## Süd-Nord



## Nord-Süd



## Genossenschaften

### Das Kollektiv und der Weltmarkt

# Do it yourself

## Bonner Strategien im „Jahr der Armutsbekämpfung"

Auch wohlfeile Rhetorik in puncto Armutsbekämpfung und Menschenrechten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die deutsche Entwicklungspolitik inzwischen fast nahtlos in ein neoliberales Koordinatensystem fügt. In dessen Zentrum steht die Entfesselung der sogenannten Marktkräfte, die Förderung der privaten Unternehmerinitiative und der Rückzug des Staates aus der Verantwortung. Neoliberales Streamlining der Entwicklungspolitik ist denn auch die eigentliche Leistung, auf die Bonns oberster Entwicklungshelfer Carl-Dieter Spranger (CSU) fünf Jahre nach seinem Amtsantritt zurückblicken kann.

Dies zeigt unter anderem der jüngst vorgelegte 'Zehnte Bericht zur Entwicklungspolitik'. Auf den ersten Blick liest sich dieses Dokument, das in zweijährigem Abstand das offizielle Credo der Bonner Entwicklungspolitik festschreibt, wie ein echter Fortschrittsreport. „Die Bundesregierung", so erfahren wir, „versteht Entwicklungspolitik als eine globale strukturpolitische Aufgabe." Dank des Einsatzes von Bundesregierung und Bundestag seien „Fortschritte zu größerer Politikkohärenz" unübersehbar. Die Entwicklungspolitik werde „in bemerkenswerter Einmütigkeit" als „Querschnittsaufgabe im Gesamtrahmen der deutschen Politik" betrachtet.

Die Wirklichkeit steht freilich auf einem anderen Blatt. Die Zahlen des Berichts belegen an erster Stelle einen absoluten Rückgang der öffentlichen, von der OECD als Entwicklungshilfe anerkannten Leistungen (ODA). Betrugen diese 1992 noch 11,8 Mrd. DM, so waren sie 1994 auf 11,0 Mrd. DM abgesunken. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt fiel damit von 0,38 auf 0,33 %. Etwas zeitverzögert zum weltweiten Trend hat sich überdies auch in Deutschland das Verhältnis der ODA zu den sogenannten privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen – also Direktinvestitionen, Bankkredite, aber auch Kapitalaufnahmen multilateraler Institutionen am deutschen Kapitalmarkt – gründlich zugunsten letzterer verschoben. Diese ganz der gewöhnlichen Profitmacherei verschriebenen Aktivitäten, die die Bundesregierung trotzdem immer noch in ihrer Leistungsbilanz aufführt, waren 1994 mit 20,4 Mrd. DM bereits doppelt so hoch wie solche Nettoauszahlungen, die international als „Entwicklungshilfe" anerkannt werden.

Was die Qualität ihrer Leistungen betrifft, verweist die Bundesregierung auch in dem neuen Bericht darauf, daß diese durch eine bewußte Konzentration auf die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Grundbildung fortwährend gesteigert werde. Allein die Beweise dafür bleiben fragwürdig oder ganz aus. Beispiel Armutsbekämpfung: 12,6 % der bilateralen ODA-Zusagen seien 1994 auf den Bereich der „selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung" entfallen. Nachvollziehbare Belege dieser von NGOs immer wieder bezweifelten Behauptung präsentiert der Bericht nicht.

Aufschluß über den Charakter der Bonner Strategie zur „Armutsbekämpfung" im für 1996 von der UNO ausgerufenen „Jahr der Armutsbekämpfung" geben schon eher die konzeptionellen Ausführungen des Berichts. Danach ist Armutsbekämpfung letztlich nichts weiter als eine besondere Form der Wachstumsförderung: Sie soll „die produktiven und schöpferischen Fähigkeiten der Armen fördern". Dabei geht es erstens um die „Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität, um die Verteilungsspielräume für eine armutsorientierte Politik zu erweitern"; was eine konsequente, in vielen Ländern des Südens dringend gebotene Umverteilungspolitik per se ausschließt. Zweitens soll das „brachliegende Potential der Armen" gefördert werden, damit diese „zum Wachstum der Volkswirtschaft beitragen". Auch diese läuft darauf hinaus, daß die Armen für die Beseitigung ihrer Armut selbst verantwortlich sind – ganz nach der Devise: Wer zum Wachstum nichts beiträgt, soll auch nichts davon abbekommen.

Darüberhinaus erweist sich die offizielle Politik der Armutsbekämpfung als abhängige Variable und kompensatorische Begleitmusik eines neoliberalen Gesellschaftskonzeptes. Insgesamt gilt: „Aus Sicht der Bundesregierung gibt es zur Fortsetzung der Strukturanpassungsprogramme keine Alternative." Für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den Entwicklungsländern beispielsweise heißt das, daß dieser nach Auffassung der Bundesregierung vor allem eine private Angelegenheit ist. Eine schnelle und massive Ausweitung dieses Förderbereiches, so erfahren wir, sei angesichts der „großen Schwierigkeiten der Materie" nicht zu erwarten. Vielmehr sei sicher, „daß der nichtstaatliche, auf private Solidarität gegründete Bereich der sozialen Sicherheit in Entwicklungsländern auch künftig eine wesentliche Rolle spielen wird."

Im Koordinatensystem der Neoliberalen ist dies folgerichtig: Während das Schwergewicht auf der Schaffung treibhausartiger Rahmenbedingungen für das private Unternehmertum liegt, werden den NGOs mehr und mehr einstmals staatliche Verantwortungsbereiche zugewiesen. Hier eröffnet sich ein „weites Feld" für NGOs und kritische Aktionsgruppen. Schließlich beinhaltet die Indienststellung der staatlichen Entwicklungspolitik für die Durchsetzung von institutionellen Rahmenbedingungen eines ganz normalen Kapitalismus in den Zielländern nicht zuletzt auch eine Verstärkung der Tendenz zur korporatistischen Einbindung des nichtstaatlichen Sektors.

Wenn sich nun NGOs – wie Ende letzten Jahres mit der Gründung des 'Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen'(s. zur Gründung von VENRO auch den Nord-Süd-Boulevard in diesem Heft) – in einem ganz normalen Interessenverband zusammenschließen, ist noch lange nicht ausgemacht, wohin die Reise geht: Beschränken sie sich auf die ihnen zugedachte Rolle als „repräsentative Gesprächspartner" (Spranger) oder auf die Verflüssigung ihrer Finanzbeziehungen mit den staatlichen Instanzen, so werden sie kaum mehr sein können als der „Kitt" für die in der Entwicklungspolitik herrschenden Verhältnisse. Weiterreichende Bedeutung könnten sie nur dann erlangen, wenn sie das vorstaatliche Terrain politisieren und den Mainstream der Bonner Entwicklungspolitik grundsätzlich in Frage stellen. Hoffnungsfroh stimmen die ersten Verlautbarungen in dieser Hinsicht allerdings nicht.

**Rainer Falk**



# Geier im Niger-Delta

## Billiges Öl mit teurem Preis

**Das Militärregime steht in Nigeria an der Spitze des Ringens um die lebenswichtigen Öleinnahmen. In den vergangenen zwei Jahren haben Korruption, Mißwirtschaft und die Aneignung der Einnahmen durch eine kleine Clique die Krise des Landes so zugespitzt, daß sich das Regime Flexibilität im Umgang mit Protesten nicht mehr leisten kann.**

Seit November 1993 verschlechtert sich die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Nigeria rapide. Eine skrupellose Militärclique hat das Land fest im Griff. Sie ist nicht gewillt, zu dulden, daß ihre Macht und Autorität durch irgendeine Art von Opposition herausgefordert wird. M.K.O.Abiola, der eindeutige Gewinner der Präsidentenwahl vom Juni 1993, ist seit Mitte 1994 unter der Anklage des Hochverrats in Haft, weil er es gewagt hat, sich als den rechtmäßig gewählten Präsidenten zu bezeichnen (vgl. blätter Nr. 201, Okt.'94). Seine Haftbedingungen sind menschenunwürdig, angemessene medizinische Versorgung wird ihm verweigert. Alle Versuche, eine Verbesserung seiner Situation juristisch zu erzwingen, sind gescheitert. Die Regierung hat sich mehrfach über Gerichtsurteile hinweggesetzt, die eine bessere Behandlung für ihn forderten.

Der Gewerkschaftsdachverband *Nigerian Labour Congress* ist vollständig entmachtet. Seine gewählten Führer, sowohl auf der Ebene der Einzelstaaten, als auch die nationale Leitung sind von ihren Posten entfernt und durch von der Regierung eingesetzte Verwalter ersetzt worden. Führende Mitglieder der mächtigen Öl- und Gasarbeitergewerkschaft, die 1994 einen dreimonatigen Streik organisiert haben, um die Wiedereinführung der Demokratie zu fordern, sitzen jetzt ohne Gerichtsurteil in verschiedenen Gefängnissen des Landes. Die Demokratiebewegung ist dezimiert und ihre Organisationsmöglichkeiten sind beinahe gleich null. Wer von den Führern der Demokratiebewegung etwas mehr Glück hatte, befindet sich heute im Exil. Diejenigen, die immer noch in Nigeria sind, sind entweder des Hochverrats angeklagt, oder sie werden ständig von der Polizei schikaniert und eingeschüchtert. Einer der schwerwiegendsten Eingriffe der Regierung ist ihr Versuch, den freien Zugang zu Informationen zu unterbinden, indem sie einflußreiche Zeitungen für einen Zeitraum bis zu einem Jahr verbietet.

Im März 1995 verschärfte sich die Lage noch weiter, als die Regierung behauptete, sie habe einen Umsturzversuch aufgedeckt. Es ist schwer zu beurteilen, ob an dieser Behauptung etwas dran ist. Viele Menschen, sowohl Militärs als auch Zivilisten, die die Regierung für die einflußreichsten Oppositionellen hielt, wurden verhaftet und unter Ausschluß der Öffentlichkeit von einem militärischen Sondergericht des Hochverrats angeklagt. Die meisten von ihnen wurden schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, einige erhielten Gefängnisstrafen. Nur aufgrund des schnellen Eingreifens der internationalen Gemeinschaft und des heftigen Protests in Nigeria sah sich die Regierung gezwungen, diese Urteile in kürzere Gefängnisstrafen umzuwandeln.

### Ein Stück vom Erdöl-Kuchen

Vor dem Hintergrund dieses politischen Sumpfes und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zerrüttung muß die Tatsache betrachtet werden, daß die Forderung verschiedener kleiner Ethnien in den ölproduzierenden Gebieten des Niger-Deltas, angemessen an den Öleinnahmen beteiligt zu werden, an Schärfe zunahm. Man muß sich dazu vor Augen halten, daß die Kontrolle über die Einnahmen aus dem Ölexport, zusammen mit der darauf beruhenden Korruption, die stärkste Triebfeder des Machtkampfs und der Machtkonzentration in Nigeria ist. Der wichtigste Grund dafür ist die starke Abhängigkeit der nigerianischen Wirtschaft von den Öleinnahmen, die mehr als drei Viertel der Staatseinnahmen bzw. 95 % der Exporteinnahmen ausmachen.

In diesem Zusammenhang ist der Konflikt zu sehen, der ursprünglich als Auseinandersetzung zwischen den Ölgesellschaften, speziell der *Shell Petroleum Development Company of Nigeria*[1] und ethnischen Minderheiten im Nigerdelta um die Gewährleistung elementarer Sozialleistungen begann, sich aber rasch zu einem Kampf um die Kontrolle über die Öleinnahmen entwickelte, von denen das Überleben jeder nigerianischen Regierung abhängt. Jede dieser Ethnien, besonders die Ogonis und Ijwas, begann mit verschiedenen gut organisierten und oft sehr

kämpferischen Kampagnen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und gegen die Marginalisierung ihres Lebensraums zu protestieren.

Zwar wird die Legitimität der Forderungen der Gruppen im Niger-Delta, die um angemessene Entschädigungen kämpfen, allgemein anerkannt, aber bei der Regierung scheint es sehr wenig politische oder ökonomische Bereitschaft zu geben, Abhilfe zu schaffen. Angesichts ihrer völligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Marginalisierung und der fortschreitenden Umweltzerstörung hatten diese Gruppen im Niger-Delta die Verwendung der Erdöleinnahmen zur Behebung der Schäden gemäß dem Verursacherprinzip verlangt, um auf diese Weise einige ihrer Probleme lösen zu können.

## Herrscher und Geier

Die Militärregierung fürchtete, daß diese Proteste die Ölproduktion beeinträchtigen könnten und damit auch ihre Einkünfte und die Grundlage ihrer Macht. Sie berief zunächst eine Kommission ein, mit dem Auftrag, sich um die Beschwerden dieser marginalisierten Gruppen zu kümmern. Aber als sich dies nicht als ausreichend erwies, um die Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen, sandte die Regierung eine Besatzungsarmee in das Gebiet, um weitere Agitation zu unterbinden. Gleichzeitig griff sie auf die alten Praktiken des 'teile und herrsche!' zurück, um die Führung der ölproduzierenden Minderheiten zu spalten. Dies führte dazu, daß es auf der einen Seite Patrioten gab, die sich weigerten, sich „ruhigstellen" zu lassen, und auf der anderen Seite Kollaborateure oder „Geier", die von der Regierung reich belohnt wurden. Das Endresultat war vorhersehbar: Die Beziehungen zwischen den einzelnen Gruppen und Ethnien verschlechterten sich drastisch, einflußreiche Individuen und Gemeinschaften der Gegend bekämpften sich gegenseitig. Der Vorfall, für den Kenule Saro-Wiwa später gehenkt wurde, die Ermordung von vier Ogonihäuptlingen, ereignete sich im Verlauf eines der vielen und oft blutigen Zusammenstöße zwischen Regierungsbefürwortern und Regierungsgegnern.

Allem Anschein nach wurde Saro-Wiwa zum Opfer von Umständen, die er nicht beeinflussen konnte. Er entstammte einer unbedeutenden ethnischen Minorität und überschätzte seine Möglichkeiten, die Regierung unter Druck zu setzen. Vielleicht war sein größter Fehler, zu meinen, daß eine Regierung, die im eigenen Land keine Legitimitätsbasis hat und die sich sehr wenig um ihr Image im Ausland schert, sich an Rechtsnormen halten würde, wenn es um ihr Überleben geht. Saro-Wiwas Exekution sollte eine klare Botschaft für andere „Unruhestifter" unter den Wortführern aus dem Nigerdelta sein und ihnen deutlich machen, welches Schicksal sie erwartet, wenn sie je wieder versuchen sollten, die Ölproduktion zu stören oder zu unterbrechen und ihr Recht auf einen gerechten und angemessenen Anteil an den Öleinnahmen einzufordern.

Nigeria muß man als ein Land beschreiben, in dem Friedhofsruhe herrscht: ein Land mit einer Zivilgesellschaft, die völlig unfähig ist, sich selbst aus dem Würgegriff eines Militärregimes zu befreien, das sämtliche Gewalt- und Zwangsmittel einsetzen kann und entschlossen ist, an der Macht zu bleiben. Die Regierung verachtet die einheimische Opposition, von der sie meint, daß sie „ruhiggestellt", erpreßt oder rücksichtslos niedergemacht werden kann. Die Militärregierung reagiert mit Trotz auf den Druck aus dem Ausland, solange die Öleinnahmen weiter in ihre Schatztruhen fließen und ihr zur persönlichen Bereicherung dienen. Allem Anschein nach vertraut sie darauf, daß die meisten OECD-Länder nicht in der Lage sind, ein Ölembargo gegen Nigeria zu verhängen.

## Null Bock auf Boykott

Die Zurückhaltung der internationalen Gemeinschaft, wenn es darum geht, die Verhängung empfindlicher Sanktionen im Erdölsektor gegen das Militärregime in Erwägung zu ziehen, kann zum größten Teil aus zwei Beweggründen erklärt werden: Der eine Grund liegt in der Qualität des nigerianischen Rohöls, das einen niedrigen Schwefelgehalt und ein geringes spezifisches Gewicht hat, so daß es auf dem Spotmarkt einen Dollar mehr pro Barrel einbringt als das englische UK-Brent-Öl, das ähnliche Charakteristika aufweist. Der zweite Grund ist vielleicht noch wichtiger: Das nigerianische Öl ist weniger weit entfernt von den Märkten in Nordamerika als das Öl im Nahen Osten. Das ist vielleicht der Grund dafür, daß die USA, die allein 54 % der nigerianischen Ölexporte abnehmen, besonders wenig Engagement zeigen, sich für die Verhängung eines Ölembargos gegen Nigeria einzusetzen.

In der heutigen Situation müßte ein sehr klares und eindeutiges Signal an die Militärjunta in Abuja gesandt werden, daß die Gemeinschaft der zivilisierten Völker nicht untätig dasitzen und zuschauen wird, wie Nigeria zu einem zweiten Ruanda gemacht wird. Die Zivilgesellschaft Nigerias darf die Versuche ihrer militärischen Herren, sie zu terrorisieren und einzuschüchtern, nicht länger hinnehmen. Sie sollte sich an die Worte von Wole Soyinka erinnern: „Der Mann, der angesichts der Tyrannei den Mund hält, ist schon tot". Es reicht, daß die Militärs unser so reich gesegnetes Land zum Inbegriff der Mißwirtschaft gemacht haben. Auf keinen Fall dürfen wir zulassen, daß sie das bevölkerungsreichste Land Afrikas auf das Niveau von Amins Uganda oder Mobutus Zaire herunterwirtschaften. Wenn wir erlauben, daß dies geschieht, wären die Folgen für unseren Kontinent, der ohnehin dabei ist, von der Weltkarte gestrichen zu werden, verhängnisvoll.

**M. Boladé**

**Anmerkung:**

1) Shell alleine kontrolliert mehr als 50 % der nigerianischen Ölproduktion. Weitere wichtige Ölgesellschaften sind Mobil, Agip und Elf.

## Betr.: Preiserhöhung

Also, mit den Spenden, das war ja toll. Und viele neue Abos gab's auch. Wir sind auch nicht undankbar. Nur, es wird ja alles immer schlimmer, alles wird teurer: die Telekom, das Papier, die Krankenversicherung. Und die Arbeit, die ist am allerteuersten überhaupt. Darin sind sich mittlerweile Chefs und Gewerkschaften völlig einig. Deshalb kungeln sie neuerdings im „Bündnis für Arbeit" miteinander. Das heißt, die „Mitarbeiter" sollen dafür sorgen, daß der Unternehmer weniger Lohnkosten hat, ohne daß welche entlassen werden.

Man kann natürlich auch die Einnahmenseite erhöhen. Dafür hat ja auch unser freundlicher Spenderkreis gesorgt. Das war wirklich toll. Aber irgendwie ... Also zwei Biere kosten so viel wie...

Mit der Krise des Fordismus ist es ganz besonders schlimm. Der Arbeitsmarkt wird dereguliert, die Kaufkraft schwindet, das soziale Netz wird immer durchlässiger. Auch wir sind ein Opfer dieser Krise. Deshalb haben wir uns auch schon mal überlegt, uns in „Zeitschrift für postfordistische Angelegenheiten" umzubenennen.

Womit wir wieder bei der Telekom wären. Das war natürlich schon gemein von denen am Jahresanfang. Andererseits, wie sich unsere Nachbarn wegen der zwo Mark fuffzig aufgeregt haben, das hatte schon etwas Kleinkrämerisches. Und gegen zwo Mark fuffzig sind fünfzig Pfennig fast gar nichts.

Also, was wir Ihnen sagen müssen: Die ‚blätter' kosten jetzt acht Mark. Jetzt ist's raus – muß sein! Zweimal weniger in der Halbliterklasse getankt – und Sie sind dabei. Das Abo kostet 60 bzw. ermäßigt 50 DM. Die differenzierten Preisbestimmungen entnehmen Sie bitte dem Impressum. Das ist halt Kapitalismus.

**Die Redaktion**

# Yuppies wollen lange Nasen

## Die politisch-kulturellen Grundlagen der Reformära

**Überflügelt China die Konkurrenz auf dem Weltmarkt oder versinkt es in Chaos, Korruption und Führungskämpfen? Um die Zukunft des 'großen Drachen' macht man sich im Westen handfeste Sorgen.**

Eine einfache duale Logik erklärt in der westlichen Presse sozioökonomische Veränderungen und Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Führung in China so: Hier die „Reformer" für „Demokratie" und „Marktwirtschaft", dort die „Konservativen" und Betonköpfe, die an Planwirtschaft und totalitärer Einparteiendiktatur festhalten. Die Sympathieverteilung ist eindeutig.

Die westliche Linke hingegen reagiert hilflos auf die Entwicklungen der „Reformära". Entweder identifiziert sie sich reflexhaft mit dem Abwehrkampf gegen das „Eindringen des Kapitalismus" – nach dem Massaker von 1989 eher verschämt – oder sie ergreift unter Verzicht auf jede Gesamtanalyse im Namen der Menschenrechte punktuell Partei für einzelne Opfer. Analysen der historischen und politisch-kulturellen Grundlagen der chinesischen Gesellschaft, die die gegenwärtigen Entwicklungen erklären könnten, sind jedoch auch hier Mangelware.

Nicht als Fraktion der Arbeiterbewegung, sondern – wie in den meisten Ländern der Dritten Welt – als Bewegung zur nationalen Erneuerung gegen die imperialistischen Kolonialmächte und einer diesen gegenüber versagenden Qing-Monarchie fanden sozialistische Ideen Eingang in China. Die 4.-Mai-Bewegung 1919, die Geburtsstunde des modernen China, radikalisierte die Forderungen nach Nationbildung und Bürgerbeteiligung zum vollständigen Bruch mit der konfuzianischen Kultur.

Die Marxisten, unter ihnen Mao Zedong, begriffen zuerst den engen Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage. Bürgerrechte und Nationbildung waren solange nicht verwirklichbar, wie hunderte Millionen am Existenzminimum lebender Bauern von den lokalen Landbesitzern ausgebeutet wurden. Ihre soziale Befreiung konnte nur im Rahmen der nationalen Emanzipation gelingen. Indes waren die Bauern längst aus ihrer Passivität herausgetreten. Sie unterstützten den antikolonialen und antifeudalen Feldzug der *Guomindang* (Nationale Volkspartei) von 1927 und trugen maßgeblich zu seinem Erfolg bei.

Die chinesischen Kommunisten verstanden es dann, die Unfähigkeit der *Guomindang* zu einer ursprünglich versprochenen Landreform und die japanische Invasion, welche die *Guomindang* ihrer Basis in den modernen städtischen Zentren beraubte, zu nutzen, indem sie die Sache der Bauern zu ihrer eigenen machten. Nach Gründung der Volksrepublik 1949 zeigte sich aber, daß Sozialrevolution und Nationalismus zwei letztlich unvereinbaren Logiken gehorchen: moralische Ökonomie gegen Wertökonomie.

### Der „Kampf zweier Linien"

Das moralische, utopisch-sozialrevolutionäre und egalitär-antistaatliche Element des Bauernkommunismus war in den ersten beiden Jahrzehnten der Volksrepublik noch lebendig. Es lief auf die Selbstversorgung kleiner Einheiten, den Abbau von Arbeitsteilungen und auf die Einebnung des Gefälles zwischen Kopf- und Handarbeitern hinaus – auch auf Kosten wirtschaftlicher Effizienz und um den Preis materiellen Verzichts. Die Identifikation mit dem Kollektiv, das allen eine gewisse soziale Sicherheit bot, sollte statt materieller Anreize und Konkurrenz die Menschen zu harter Arbeit motivieren.

Dagegen verlangte Chinas neue Stellung unter den Nationen nach moderner Technik, Industrie, Großorganisation, Spezialisierung, Effizienz und Staatskontrolle, also nach dem unbedingten Vorrang von materiellem Anreiz zu individueller Leistung, der Förderung von Experteneliten und nach Machtzentralisation. Hier drängte sich der „kapitalistische Weg" auf, der ab einem gewissen Komplexitätsgrad der Wirtschaft effizienter als die etatistische Planwirtschaft ist.

Dieser „Kampf zweier Linien" bestimmte das Geschehen in China über zwei Jahrzehnte lang – von 1954 bis zum Tode Mao Zedongs 1976. Allerdings findet sich in dieser Zeit niemand, der eines der beiden Modelle in Reinform vertrat oder gar verwirklichte. Auch Maos lebenslanger Kampf gegen die bürokratische Veralltäglichung der Revolution macht ihn noch lange nicht zu einem Propheten des „Abbaus von Herrschaft". In dem Bewußtsein, daß die Alternative zum „Sozialismus in einem Land" (Stalin) nur in neokolonialer Abhängigkeit bestand, war sein Verhältnis zur Sozialrevolution der Bauern letztlich kaum weniger instrumentell als das seiner innerparteilichen Gegner. Maos Vision war keine maoistisch-volksbuddhistische Sozialutopie der egalitären Bauerngemeinschaft, sondern ein moderner Industriestaat.

Freilich hoffte er, die Transformation von der relativ egalitären bäuerlichen Subsistenzwirtschaft zum Kommunismus des „jeder nach seinen Bedürfnissen" ohne den Umweg über den Kapitalismus bewerkstelligen zu können. Am Ende dieses sogenannten „Großen Sprungs" standen aber über 20 Millionen Hungertote. Nach diesem letzten wirtschaftlichen Großexperiment beschränkte sich der Widerstand gegen die nun bereits allenthalben sprießenden „spontanen kapitalistischen Tendenzen" auf die für die politische Kultur des maoistischen China charakteristischen moralischen Kampagnen *(yundong)*: Schulung und körperliche Arbeit, „Kampfversammlungen" und exemplarische „Kritik und Selbstkritik" gesäuberter Kader.

Bis zuletzt durchzieht Maos Programm und seine Maßnahmen also eine Ambivalenz, die in der Zwangslage des Übergangs von der Subsistenz- zur Wertökonomie wurzelt. Auch die Reformer Liu Shaoqi, Deng Xiaoping und Zhou Enlai wußten bis in die frühen 70er Jahre, daß sie es nicht wagen konnten, die „eiserne Reisschale" zugunsten individueller materieller Leistungsanreize zu zerbrechen, solange erstens die egalitären Versprechungen der sozialen Revolution noch in erheblichen Teilen der Bevölkerung präsent waren und zweitens „materieller Anreiz" beim bestehenden Stand der Produktiv-

kräfte nur eine Drohung und für kaum jemanden ein Versprechen bedeuten konnte.
Wie kommt es, daß sich wenige Jahre später eine sich radikal auf die Kräfte des Kapitalismus stützende Wirtschaftsreform ohne nennenswerten Widerstand durchsetzen ließ? Nicht als Umsetzung eines „Großen Plans" fand diese „zweite Revolution" statt, sondern nachdem in einem trial-and-error-Verfahren sämtliche anderen Optionen ausgeschieden waren. Die Zentrale war in ihrem Machtvakuum gezwungen, Experimente 'von unten' nachträglich zu legalisieren und zu forcieren. So war die Entkollektivierung der Landwirtschaft in weiten Teilen schon Realität, bevor 1979 das „Vertragssystem" mit bäuerlichen Einzelhaushalten eingeführt und 1983 die Volkskommune endgültig als Verwaltungseinheit abgeschafft wurde.

Das maoistische Modell der Entwicklung war seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr weiter gangbar. Die Möglichkeiten des moralischen Produktionsanreizes, der puren Mobilisierung des „menschlichen Faktors" waren offensichtlich ausgereizt, der Mangel an fixem Kapital und vor allem an moderner Technologie nicht länger zu kompensieren. Die große Mehrheit hatte von den permanenten *yundong*-Moralkampagnen, deren Sinn und Zweck immer undurchsichtiger wurde, einfach die Nase voll. Eindrücklich demonstrierten dies die spontanen Freudenkundgebungen und der Kaufrausch nach der Verhaftung der „Viererbande" im Oktober 1976.[1]

## trial-and-error-Verfahren

Der Maoismus erlag der Dialektik seines eigenen Erfolgs. Er untergrub die Grundlagen seines eigenen Modells und schuf erst die Voraussetzungen für „materielle Anreize". Die Kommunisten hatten hunderte Millionen von Bauern dem nackten Elend entrissen und flächendeckend für einen gewissen Standard an medizinischer Versorgung und Bildung gesorgt, von dem die Volksrepublik noch heute zehrt. Die industrielle Infrastruktur wurde soweit entwickelt, daß die Bauern für ihre Mehrproduktion jetzt tatsächlich Gegenwerte erhalten können, ohne damit die Stadtbevölkerung ins Elend oder die Handelsbilanz in den Keller zu stürzen.

Während die kalte Sachlichkeit der sich entwickelnden Warengesellschaft triumphierte, wurden die Massen durch das Spektakel des Linienkampfes in Atem gehalten. Die Kombination aus materiellem Anreiz für die „Leistungsträger", ideologischem Bei-der-Stange-Halten für die Zu-kurz-Kommenden und Repression für die Unangepaßten war so zukunftsträchtig, daß der Maoismus von den „Revisionisten" notfalls hätte erfunden werden müssen. Die gesellschaftliche Anomie nach der Kulturrevolution war der ideale Humus für das *fa-cai* (Geldmachen) der Deng-Ära. Das massenhafte Trauma, niemandem und nichts mehr trauen zu können,



**Maoabstauber**

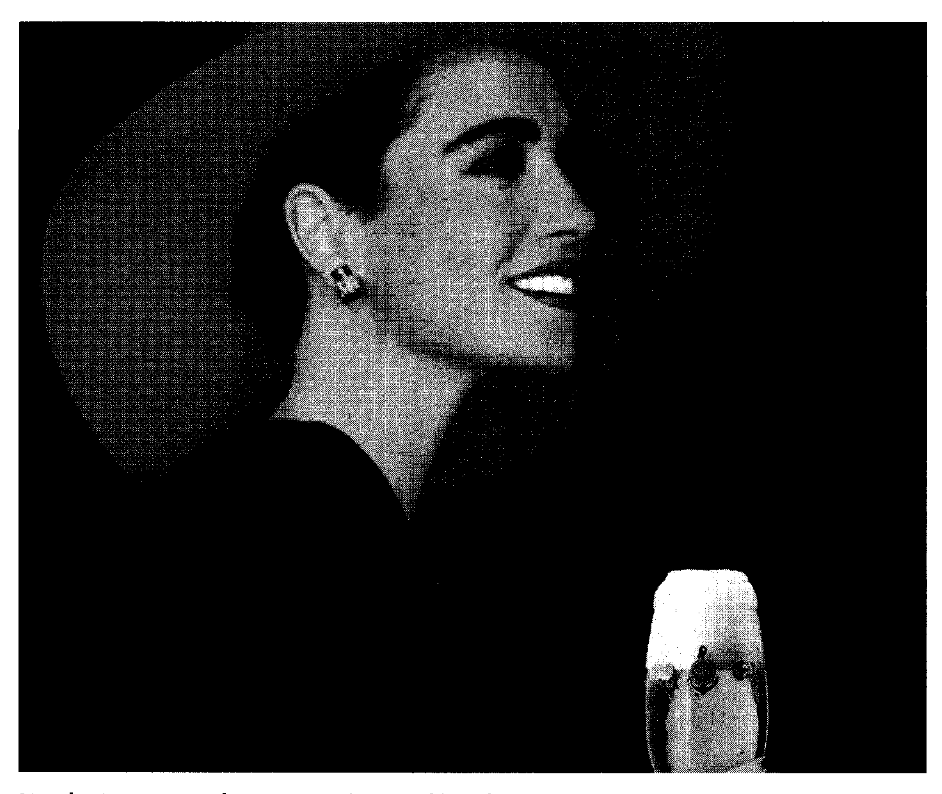
lenkte alle Hoffnungen auf Verbesserung der eigenen Lage von der kollektiven politischen auf die individuelle ökonomische Aktivität.
Anders als in den westlichen Industriegesellschaften oder auch den realsozialistischen Staaten sowjetischen Typs ist das Verhältnis Individuum-Staat in China strukturiert. Wird in den erstgenannten Varianten moderner Staatlichkeit das Individuum aus den traditionalen Bindungen gelöst und in ein unmittelbares Verhältnis zum Staat sowie in ein staats- und rechtsvermitteltes Verhältnis zu den anderen Individuen gesetzt, weiß in China die Staatsbürokratie ziemlich wenig über den Einzelnen und was „draußen im Lande" vorgeht.

Das kommunistische China war mit dem Anspruch angetreten, einen modernen Staat zu errichten. Doch bildeten hier sozialrevolutionärer Ursprung und Ressourcenknappheit ein starkes Gegengewicht zur Durchstaatlichung. Durch Sozialisierung des Eigentums transformiert und gestärkt, wurden die lokalen Gemeinschaften des Dorfes, des Betriebes, des Wohnviertels usw. als *danwei* institutionalisiert. Produktions- und Reproduktionssphäre des einzelnen sind (mit Ausnahmen in den Städten) weitgehend dekkungsgleich. Sozialeinrichtungen, Infrastruktur, Konfliktregelung, Kultur und politische Schulung werden von der *danwei* monopolisiert. Innerhalb dieses Mikrokosmos gibt es gegenseitige Hilfe und ein gewisses Maß an Demokratie, aber auch kein Entrinnen gegenüber der ständigen Sozialkontrolle – eine Privatsphäre des Einzelnen ist unbekannt. Gegenüber allem von außen und oben hält die *danwei* gewöhnlich wie Pech und Schwefel zusammen. Anordnungen des Staates oder der Partei haben es nicht mit zersplitterten Individuen, sondern mit einem Kollektiv zu tun. Entsprechend wird das, was von höchster Stelle befohlen wird, nicht nur von Partikularinteressen und interner Eigendynamik der Bürokratie zermahlen, sondern dazu noch von der stillen Sabotage der *danwei* verwässert.[2]

## Die zelluläre Gesellschaft

Der weitgehenden Autonomie der *danwei* entspricht – bevor jetzt jemand in basissozialistische Schwärmerei verfällt – eine absolute Gleichgültigkeit des „Normalchinesen" gegenüber der äußeren Welt. Die Zentrale ist fern, die Auswirkungen der rücksichtslosen Verfolgung des kollektiven Partikularinteresses wie etwa Umweltverschmutzung interessieren niemanden. Die im face-to-face-Umgang so wichtige Form und Höflichkeit kontrastiert mit einem sehr rüden Ellbogenverhalten in der anonymen Öffentlichkeit. Politisches Bewußtsein ist auf eine schmale Elite beschränkt: die Bürokratie, die Studenten und erst in allerneuester Zeit staatsferne neue Wirtschaftseliten und Mittelschichten.

Die dualistische Struktur aus *danwei* und Staat ermöglicht die Zusammenfassung eines ethnisch und kulturell sehr heterogenen Subkontinents. Und dies, obwohl der



**Von den Langnasen gelernt: Konsumieren und in Ruhe gelassen werden**

blitzschnelle Umschlag in Rebellion – wenn der Staat den ihm nach traditioneller Auffassung obliegenden Pflichten nicht nachkommt, die lokalen Interessen gröblich verletzt und außerdem noch Schwäche zeigt – nicht selten ist. Solange jedoch die Rebellion auf Partikularinteressen beschränkt bleibt, kann ihr der Staat nachgeben, ohne daß die Herrschaft in Gefahr gerät. So blieb Peking angesichts der seit einigen Jahren immer wieder aufflackernden, oft gewalttätigen Bauernproteste relativ gelassen. Direktiven zur besseren Kontrolle der lokalen Kader und Korruptionsbekämpfung wurden erlassen, ohne die strukturellen Ursachen von Mißständen anzugehen. Wenn dagegen der Protest politisch wird und eine Gegenelite auf den Plan tritt, wird es ernst. Deshalb geriet die Führung 1989 in Panik, obwohl die Bewegung offensichtlich viel zu heterogen und sozial isoliert war, um die System- zur Machtfrage zuzuspitzen. Heute ist freilich keineswegs ausgemacht, ob nicht die kombinierten Kräfte des individuellen Erwerbs und des lokalen *danwei*-Partikularismus die Staatlichkeit sprengen können.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hängt die chinesische Elite der Idee nach, vom barbarischen Westen zwar Wissenschaft, Technik und andere Elemente, die dem Zweck eines reichen und starken China dienlich sind, zu übernehmen, aber den Kern des konfuzianischen Wertekanons unverändert beizubehalten – nach dem Motto „chinesische Substanz, westliche Mittel". Auch Mao und Deng vereinte der Glaube, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Modernisierungen auf die Gesellschaft beherrschen und erzieherisch neutralisieren zu können. Diese bewußte Auswahl von Kulturelementen à la carte ist aber selbst in Übergangsgesellschaften illusorisch.

Schon kurze Zeit nach der Ausdehnung der kapitalistischen Reformen auf die Städte zeigte sich, daß die entfesselten Fluten der Marktwirtschaft über die Dämme der bürokratischen Kontrolle traten.[3] Mit dem doppelten Preissystem und den Joint Ventures mit westlichen Firmen konnte die Korruption bei den Partei- und Staatskadern alle Rekorde brechen. Nach Indonesien gilt China in dieser Hinsicht als Nummer zwei in der Welt. Auf dem Land verspekulieren die Kader das Geld, von dem sie eigentlich die Ernten der Bauern bezahlen sollten, während sie ihren ganzen Erfindungsreichtum darin beweisen, immer neue Gebühren und Abgaben einzuführen – der Grund der nicht abreißenden Bauernunruhen. Ihre Genossen in der Stadt reißen sich die Pfründen der Staatsbetriebe unter den Nagel. Mit dem Verlust jeder ideologischen Kohäsion zerfällt der Apparat in konkurrierende Interessenklüngel. Die Versuche der Zentrale, dieser Entwicklung durch Moralkampagnen und Gesetzesverschärfungen Einhalt zu gebieten, sind bis jetzt ohne durchschlagende Wirkung geblieben.

## Die Geld-Kulturrevolution

Die Interessengegensätze, die aus dem sich verschärfenden Regionalgefälle resultieren, haben sich heute soweit zugespitzt, daß der Bestand des Einheitsstaates gefährdet ist. Dabei spielen ethnische Gegensätze nur eine untergeordnete Rolle. In den boomenden Küstenprovinzen des Südostens schwindet die Neigung, die armen Binnenprovinzen zu alimentieren und sich von der Pekinger Zentrale dauernd hereinreden zu lassen. Viel wichtiger sind die Verflechtungen mit Taiwan und Hongkong, mit denen diese Provinzen immer mehr zu einer einheitlichen Wirtschaftsregion zusammenwachsen. Wer in der Wirtschaft etwas werden will, muß heute Kantonesisch lernen. Umgekehrt sind der Norden und die Binnenprovinzen traditionelle Vertreter des Etatismus. Ob die offizielle nationalistische Ideologie, von allen sozialistischen Visionen gereinigt, als Kohäsionskraft diesen Spannungen standhält, ist schwer zu sagen. Das starke ethnisch-kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl bedarf, wie Taiwan und Hongkong zeigen, nicht unbedingt der staatlichen Einheit, wenn diese vitalen Interessen widerspricht. Im Gegensatz zur organisatorisch und ideologisch ausgezehrten Partei versteht sich die chinesische Armee heute als einzigen Garanten der staatlichen Einheit.

Das größte Gewicht dürfte aber der Prozeß haben, der als „Wertewandel" oder offiziell als „Vertrauensverlust" tituliert wird. Die Generation des „Langen Marsches" und die heutige städtische Jugend leben wie auf zwei verschiedenen Planeten. Was jenen nur als Dekadenz und Perversion erscheinen kann, ist diesen ihre ganze Hoffnung und Sehnsucht – und umgekehrt. Die Bilder der glitzernden Konsumwelt sind heute bis in den hintersten Winkel des Landes vorgedrungen, selbst dorthin, wo die entsprechenden Waren nie ankommen werden. Während auf dem Land kapitalistischer Erwerbssinn sich mit dem Wiederaufleben alter Bräuche und Kulte verbindet, beschränkt sich die Verwestlichung der Städte nicht auf Architektur, Verkehr und Werbung. Alle inzwischen zahlreichen Untersuchungen zeichnen das gleiche Bild: Jene Schichten, von denen die Zukunft des Landes abhängt – die städtische Jugend und die Intelligenz – sind Vorreiter eines aller chinesischen Tradition völlig fremden Individualismus. Dessen sämtliche aus dem Westen bekannte Schattierungen finden sich inzwischen in China, vom Yuppie bis zum romantischen Künstlerideal und Irrationalen: Nietzsche, Freud und Sartre sind en vogue. Die große Masse verbindet aber mit dem *fa-cai* einfach Konsum und in Ruhe gelassen zu werden.

Dagegen sind sämtliche Kampagnen „gegen bürgerlichen Liberalismus" (1983) oder „gegen geistige Verschmutzung" (1987) wie Eierwürfe gegen einen Panzer. Der Appell an eine „sozialistische geistige Zivilisation" schickt ebenso vergeblich die traditionellen konfuzianischen Werte an die ideologische Front. 1992 verkündete die Partei ihre ideologische Kapitulation. „Ob der Familienname Sozialismus oder Kapitalismus heißt" – was der Nation nutzt, ist gut. Nur an der autoritären Parteidiktatur darf nicht gerüttelt werden.

Die Konstellation von 1989 war einmalig. Die im Unterschied zu den Protesten von 1985/86 breite Solidarisierung der Stadtbe-

völkerung mit der anfänglich studentischen Bewegung verdankt sich der Popularität der Forderungen gegen Korruption und Inflation. *„Min zhu"* (Demokratie) war nicht mehr als die Beschwörung eines „das Volk zuerst". Dies heißt aber nicht, daß alle Gruppen, die damals auf die Straße gingen – Studenten und Intellektuelle, städtische Mittelschicht, Jungarbeiter aus den Vorstädten, Migranten vom Land mit ihren riots in verschiedenen Provinzstädten – alle das gleiche wollten und ihre Interessen auf einen Nenner zu bringen wären. Die von Herrschenden in aller Welt gefürchtete Verbindung von minoritärem politischem und breitem sozialem Protest blieb ein Nebeneinander und führte nicht zu einer wirklich explosiven Verbindung. Darüber kann auch die zweiwöchige Euphorie des gemeinsamen Widerstandes aller Pekinger gegen die vorrückende Armee nicht hinwegtäuschen.

## 1989 – was blieb, was kommt?

Zehn Jahre kapitalistische Wirtschaft mit ihrer sozialen Differenzierung haben eine Entwicklung à la Osteuropa verhindert. Für eine unmittelbar politische Volksbewegung war die soziale Heterogenität schon zu groß, der Staat als alleiniger Adressat allen Unmuts dank Markt und Privatisierung aus der Schußlinie. Selbst der studentische Kern gab ein Bild ab, das sich widersprüchlicher nicht denken läßt: Für die Wirtschaftsreformen, aber gegen ihre Folgen, die jahrzehntelange Demütigung der Intelligenz heimzahlend, aber die gleiche populistische Demagogie gegen „parasitäre Klassen" bedienend. Das Spektrum reichte vom Anarchismus über den Liberalismus bis hin zu denen, die die Parteidiktatur nur reformieren und den Dialog mit der Führung nicht abreißen lassen wollten. Ganz selbstverständlich beanspruchten die Studenten ihre Stellung als zukünftige Elite, ganz selbstverständlich distanzierten sie sich von den „Ausschreitungen" derer, die auch in ihren Entwürfen keinen Platz haben.

Nach dem Massaker sah es zunächst so aus, als habe sich die Partei ihr eigenes Grab geschaufelt, indem sie der „aktiven Minderheit" der Bevölkerung den Krieg erklärte. Unerwartete Rettung aus der Not war der rasante Absturz der Sowjetunion. Damit waren für die Partei gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Der Richtungsstreit in der Partei, der schon seit einigen Jahren jede konsequente Entscheidung blokkierte, war mit einem Mal zu Ende. Eine Rückkehr zur Kommandowirtschaft wie auch eine Ausdehnung der Öffnung auf das politische System standen nicht mehr zur Debatte. Die zentristische Gruppe um Deng Xiaoping hatte sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Was bisher als Inkonsequenz, als Ausdruck eines zögernden Probierens und Lavierens galt – die Kombination von wirtschaftlichem Liberalismus mit politischem Autoritarismus – konnte sich jetzt mit der Aura des Weitblicks schmücken.

Mit der Entledigung des Marxismus war auch die leidige Menschenrechtsfrage entschärft. Begegnete die KPCh bis 1992 Anklagen wegen Verletzungen von Menschenrechten, die der Marxismus ja als Fortschritt gegenüber feudaler Willkürherrschaft verteidigte, noch entsprechend defensiv, stimmt man heute in den Chor des neuen asiatischen Selbstbewußtseins ein. Wie der singapurische Präsident Lee Kuan Yew oder Malaysias Premier Mohatir Mohamad weist man jetzt westliche Belehrungen lächelnd zurück: „Wir sind doch nicht so dumm, von den Langnasen ausgerechnet diesen hypertrophen Individualismus zu übernehmen, welcher ihren Staaten doch nur Drogen, Gewalt, moralischen Verfall, wirtschaftliche Stagnation und jedem Außenstehenden unverständliche ethnische Kriege gebracht hat. Im 21. Jahrhundert wird die Musik in Asien gespielt. Der Westen kann ja mal anfangen, von uns zu lernen – wir sind dabei gerne behilflich".

Schließlich sind auch alle Forderungen nach Glasnost und Perestroika verstummt. Mit dem Verweis auf Rußland gewinnt die propagandistische Gleichung 'politische Freiheit = Chaos und Elend' plötzlich Plausibilität. Die Basis der 1989er-Bewegung unter der Intelligenz hat sich längst verlaufen und ins Wirtschaftsleben gestürzt. Die Mittelschicht entledigt sich aller politischen Aspirationen und darf sich dafür in wirtschaftlicher Freiheit austoben – der „metakonfuzianische Konsens". Mit dem verbleibenden Rest von kritischen Intellektuellen und mobilen Jungen, dies zeigt das Beispiel Südkorea, wird die Repression mühelos fertig.

## Freiheit, Chaos und Elend

Mittelfristig mag es der KP-Führung noch gelingen, die Zentrifugalkräfte in einem stabilen Gleichgewicht zu halten, solange drei Voraussetzungen gegeben sind: 1. Anhalten des Wirtschaftsbooms, 2. Nachwirken des Traumas der Kulturrevolution, 3. Abschrekkungswirkung des sowjetischen Niedergangs. Alle drei Faktoren legitimieren den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Kurs als alternativlos und entlegitimieren politischen Protest als Chaos-Stiften – fast gleichermaßen bei Gewinnern und Verlierern der Wirtschaftsreformen. Die neuen professionellen Mittelschichten, auf die so viele ihre Demokratie-Hoffnungen stützen, werden stillhalten, ja sogar einen autoritären Kurs unterstützen, der ihre ökonomischen Interessen am besten schützt. Die Masse derer, deren einmal gewecktes Verlangen nach Konsum nie und nimmer befriedigt werden und deshalb nur repressiv im Zaum gehalten werden kann, ist im Gegensatz zu den „Kleine-Tiger"-Staaten so überwältigend, daß eine „Offene Gesellschaft" keine Chance hat.

Die Frage ist allerdings, wie lange ein solcher Autoritarismus durchhalten kann, wenn die wirtschaftliche Dynamik die Macht der Zentrale immer mehr untergräbt. Jeder Wirtschaftsboom ist einmal zu Ende und irgendwann wird dann das Pendel wieder in Richtung Politisierung zurückschwingen. Ein Staat, der dann niemandem mehr Substantielles bieten kann, was nicht anderweitig erreichbar wäre, wird sich auch mit Gewalt nicht halten können.

**Hubert Zick**



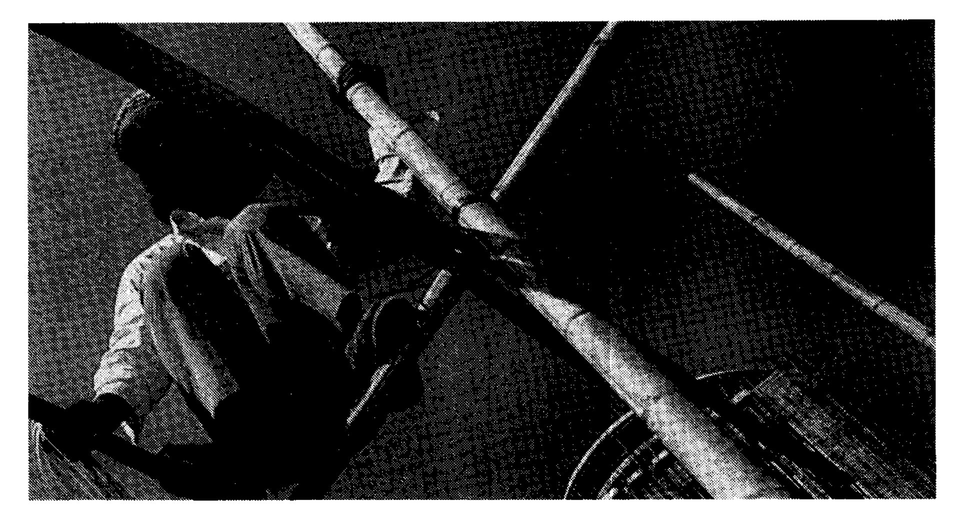
**Großer Fisch mit kleinem Schiff: Chinesischer Großreeder**

**Anmerkungen:**

1) Das egalitaristisch-sozialrevolutionäre Element, unerläßlich für den Sieg der Revolution, hatte die Kräfteverhältnisse falsch eingeschätzt. Als sich zeigte, daß die sozialrevolutionären Utopien nicht umzusetzen und ihre Anhänger zu schwach gegen die herrschende Bürokratie und die konservativen Schichten der Bevölkerung waren, verlief sich die Basis der 'Revolutionären Rebellen' schnell. Ihre Protektoren in der Führung ließen sie fallen, nachdem sie als Instrument im Machtkampf nicht mehr tauglich waren, auch wenn einzelne Gruppen noch bis Ende der 70er Jahre Sabotageakte verüben und zeitweise einzelne Stadtviertel kontrollieren konnten.

2) Auch der Stil der Bürokratie ähnelte lange mehr dem alten China als der technokratischen sowjetischen Nomenklatura. Nicht der Fachspezialist, sondern der Generalist und der Vermittler der richtigen moralisch-ideologischen Haltung dominiert die Bürokratie. Mao wollte verhindern, daß mit einer Fachbürokratie eine neue Bourgeoisie folgte. Entsprechend dominieren persönliche Beziehungen statt abstrakter Regeln, gegeneinander abgeschottete vertikale Seilschaften statt horizontaler Kooperation – aber auch Verhandlung und Konsens statt Kommandosystem. Wo es keine klaren Zuständigkeiten und Regeln gibt, kann das, was man bei uns Korruption nennt, jedenfalls nicht an sich als Unrecht angesehen werden. Erst vor einigen Jahren wurden in einem Antikorruptionsgesetz Tatbestände und Sanktionen explizit aufgeführt.

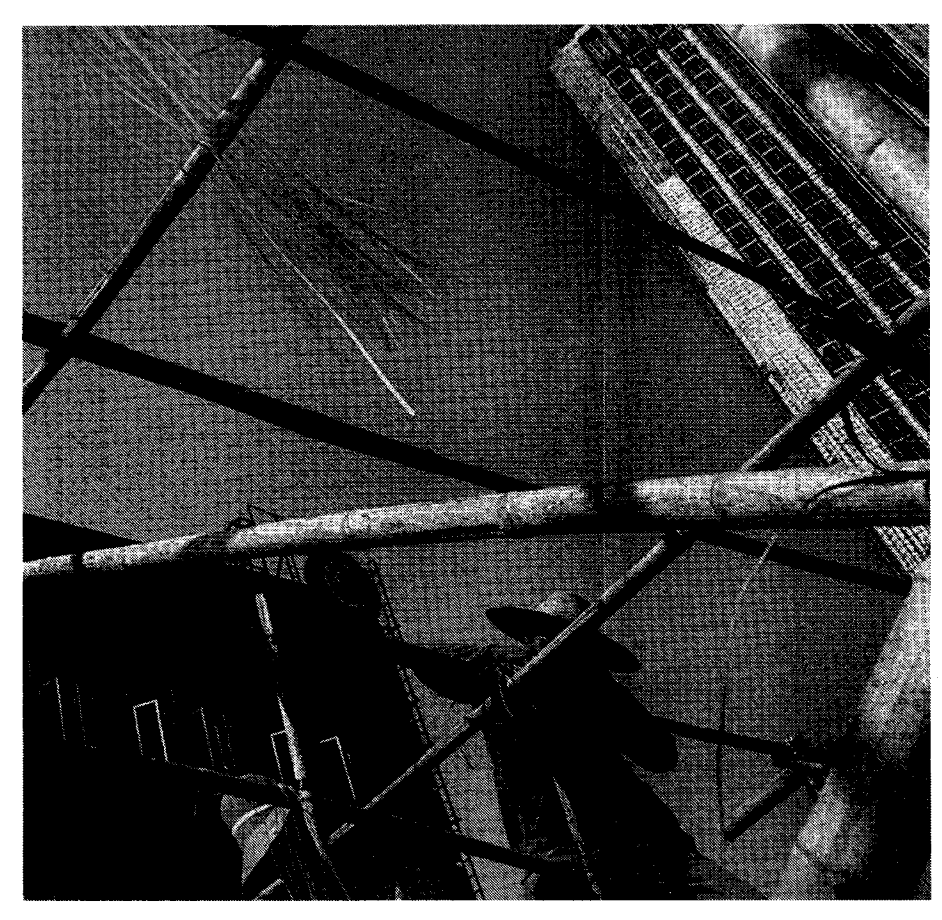
3) Zu den Reformen siehe den nachfolgenden Artikel.



**Schon lange nicht mehr politisch aktiv ist Deng Xiaoping, seit 17 Jahren Herrscher über China, Als Chaos bezeichnet er die Hinterlassenschaft Maos. Dengs Hauptziel war die Machterhaltung durch Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.**

# Moskitos der Marktwirtschaft

## Die Reformen des Diktators Deng



Die Ära Deng Xiaoping begann mit dem 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978. Es galt nun das Primat der Produktivkräfte statt der Produktionsverhältnisse. Die Gefahr eines Kontrollverlustes der Partei über die von ihr selbst entfesselten Kräfte wurde gesehen, aber zunächst in Kauf genommen: „Wenn man ein Zimmer lüftet, ist es unvermeidlich, daß ein paar Moskitos hereinkommen."

Im Bereich der Landwirtschaft legitimierte das „Vertragssystem" von 1979 die sich schon lange vollziehende Entkollektivierung. Die Bauern sind nun berechtigt, Überproduktionen auf legalisierten Märkten zu verkaufen. Die Spezialisierung der Haushalte, die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sowie die Gründung von Privatbetrieben auch außerhalb der Landwirtschaft wurde gefördert, um hier neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die durch die erhöhte Produktivität freigesetzten Arbeitskräfte auf dem Land zu schaffen („Den Acker verlassen, aber nicht das Dorf"). Sechs Jahre danach wurde das staatliche Ankaufsmonopol gelockert sowie die Preise schrittweise freigegeben.

Ab 1984 sollte nach dem Vorbild der als erfolgreich eingeschätzten Reform auf dem Land die staatliche Industrie rationalisiert werden. Statt der Zuteilung von Investitionsmitteln aus dem Staatshaushalt und pauschaler Gewinnabführung an diesen war nun Betriebsautonomie und betriebswirtschaftliche Rechnungsführung sowie die Abführung von Steuern vorgesehen. Das Management erhielt auf Kosten der betrieblichen Parteibürokratie mehr Kompetenzen und die Preise wurden schrittweise dem Markt angepaßt. „Leistungsprinzip" und rationelle Arbeitsmethoden sind nun der Maßstab. Privatbetriebe, GmbHs und Aktiengesellschaften, Joint Ventures und ausländische Unternehmen sollten neben dem Staats- und Kollektivsektor nach und nach gleiche Wettbewerbschancen erhalten. 1988 begann die Umgestaltung der Staatlichen Plankommission, des Finanzministeriums und des Bankensystems nach japanisch-südkoreanischem Vorbild. Statt kommandowirtschaftlicher Mengenplanung galt nun das Prinzip einer strategischen Industriepolitik mit schrittweiser Heranführung bestimmter Branchen an die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Der Dienstleistungssektor wurde ganz dem Markt überlassen, die Gründung von Einzelunternehmungen und Kollektivbetrieben zugelassen.

Im Bereich der Außenwirtschaft sind vor

allem die 1979 eingerichteten Wirtschaftssonderzonen (WSZ) bekannt. Als halbexterritoriale Gebiete mit zahlreichen Privilegien für ausländische Unternehmen (und eingeschränkten Arbeiterrechten) sollten sie westliches Kapital und Know-how anlocken, als Schule einer neuen Managerelite fungieren sowie den chinesischen Export in die Industrieländer stimulieren. Weiterhin wurde das staatliche Außenhandelsmonopol abgeschafft und die Konvertibilität der Währung schrittweise eingeführt.

Mit der Verjüngung des Personals und einer Strukturreform wollten die „Reformer" das chinesische Urübel des Bürokratismus eindämmen. Eine „Gesetzgebungsoffensive" unter dem Namen *falühua* (Verrechtlichung) sollte dem Einzelnen mehr Schutz gegenüber der staatlichen Willkür gewährleisten und die Berechenbarkeit staatlichen und (privaten) Handelns erhöhen – unabdingbare Voraussetzung zur Entfaltung privaten Unternehmertums.

## Fehlplanungen

In den ersten Jahren waren die Erfolge der neuen Landwirtschaftspolitik beeindruckend. 1984 wurde eine Rekordernte von 406 Millionen Tonnen Getreide (1978: 304,8 Mio. t) eingefahren. In fünf Jahren ging die Zahl der unter dem Existenzminimum Lebenden auf ein Drittel zurück, das Nahrungsangebot in den Städten verbesserte sich spürbar, und überall entstanden neue ländliche Industriebetriebe. Nachdem im Zuge der Preisfreigabe die erhöhten Agrarpreise sich marktkonform auch in entsprechend höheren Preisen für Industriegüter niederschlagen konnten, kehrte sich der Trend ab Mitte der 80er Jahre wieder um. Während die bäuerlichen Einkünfte stagnieren, öffnet sich die Schere der terms of trade wieder zugunsten der Stadt. So sind die wirklichen Gewinner der Reform nur die Gebiete in der Nähe der prosperierenden Großstädte, wo die Bauern ihre Einkommen vervielfachen konnten. Das klimatisch und wirtschaftlich weniger begünstigte Hinterland, vor allem im trockenen Nordwesten, bleibt nicht nur vom Boom unberührt, sondern wurde auch – wegen gestiegener Preise und infolge der Entkollektivierung und Entstaatlichung – zurückgeworfen und droht ein ökonomisch völlig abgehängtes Gebiet zu werden.

Die Privatisierung führte zu einer starken „sozialen Differenzierung". Auf dem Land etablierten sich wieder annähernd die alten Klassen: Großbauern und Grundbesitzer (und moderne Unternehmer) am einen Ende der Hierarchie, Pächter, Hintersassen und schlicht Überzählige am anderen.

Ein ähnlich gemischtes Bild ergibt die Bilanz der Reformen in den Städten ab 1984. Wachstum fand fast ausschließlich im Kollektiv- und Privatsektor statt. Die meist defizitären Staatsbetriebe bleiben weiter die Sorgenkinder der Reformer. Anders betrachtet: Der hinhaltende Widerstand der Arbeiter gegen Rationalisierung, Entlassungen sowie den Abbau des danwei-eigenen sozialen Netzes war in den letzten zehn Jahren auf der ganzen Linie erfolgreich. Allen Reformen in Arbeitsrecht und Betriebsverfassung, sogar einem eigens verabschiedeten Konkursgesetz zum Trotz wurden bisher nur wenige unrentable Betriebe geschlossen. Auch Entlassungen sind kaum durchsetzbar – eher werden für überzählige Beschäftigte neue Dienstleistungsfirmen eingerichtet. Ferner konnten die Arbeiter vielerorts eine weitgehende Anpassung ihrer Löhne an die Lohnentwicklung im prosperierenden Privatsektor erreichen. Die Streikwelle 1994 zeugt von der gewachsenen Fähigkeit zu organisierter kollektiver Gegenwehr. Die Regel ist aber die typisch realsozialistisch-paternalistische Interessenskoalition zwischen Betriebsleiter und Belegschaft gegenüber der anonymen und immer zahnloseren Macht des Staates.

Der Produktivitätsschub läßt das Problem der „versteckten Arbeitslosigkeit" in Dimensionen akut werden, die in der Geschichte ohne Beispiel sind: 1986 war von 300 Millionen bis zum Jahre 2000 aus der Landwirtschaft Freigesetzten die Rede. Wohin mit diesen Menschen, wenn die Städte jetzt schon aus allen Nähten platzen? Die erfolgreichen Maßnahmen zur Diversifizierung und der Boom neuer ländlicher Industriebetriebe reichen schon jetzt nicht mehr aus, um das lawinenartige Anschwellen der Landflucht zu verhindern. Die Zahl derer, die auf der Suche nach Arbeit im Land umherziehen, wird auf inzwischen 100 Millionen geschätzt. Jährlich treten 20 Millionen junge Menschen auf dem Land, in den Städten weitere 3 Millionen ins Erwerbsalter ein. Selbst bei anhaltendem zweistelligen Wachstum der Industrie würden sich auf mittlere Sicht kaum zusätzliche Arbeitskräfte absorbieren lassen.

Der Boom in Industrie und Dienstleistungssektor trennt scharf nach Gewinnern und Verlierern. Die Profiteure sind korrupte Kader, neue Unternehmer, Manager, Bürokraten in Schlüsselstellungen, z. T. Beschäftigte in den prosperierenden Sektoren. Darunter sammeln sich diejenigen, die (z. T. nur mit Hilfe von Nebenjobs) ihren Lebensstandard halten können. Auf der Verliererseite stehen Arbeiter und Angestellte des Staatssektors und alle, die ausschließlich von staatlichen Grundlöhnen und Sozialeinkommen leben müssen (Betriebe ohne fette Prämienfonds, Rentner, Studenten u. a.) ferner Migranten vom Land, entweder in Billiglohn-Arbeitsverhältnissen oder als „Selbständige" im prekären Dienstleistungssektor tätig. Nicht nur in den Bereichen Technologie und Export schrumpft der Abstand zum Weltniveau, sondern auch in punkto Slumbildung, Drogenkonsum, Kriminalität mit allem was dazugehört.

Die Wirtschaftssonderzonen dienten vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre als Einfallstore für westliche Konsumgüter auf den chinesischen Binnenmarkt, ganz entgegen der Absicht, vor allem den Export zu stimulieren. Ebenso waren die ausländischen Investoren zuvorderst an dem Lohnkostenvorteil bei arbeitsintensiven Low-technology-Fabriken interessiert, weniger daran, Hochtechnologie an einen potentiellen Konkurrenten zu transferieren. Allerdings hat die Bedeutung der WSZ nachgelassen, da sich die Bedingungen auf dem Festland immer mehr annähern. Die Konvertibilität der Währung wurde inzwischen annähernd erreicht, d. h. ein die einheimische Wirtschaft zersetzender Devisenschwarzmarkt spielt keine Rolle mehr.

Der Ausfall des sozialen Sicherungsnetzes der Volkskommune und der Rückgang der Staatskontrolle auf dem Land ließen die Politik der Ein-Kind-Familie nicht nur an der Hartnäckigkeit traditioneller Einstellungen, sondern auch an neu geschaffenen ökonomischen Zwängen abprallen. Die Versorgung der Alten hängt jetzt wieder ausschließlich von den eigenen Kindern (bzw. Söhnen, da die Töchter aus der Familie „herausheiraten") ab. Für andere Altersversorgungssysteme, überhaupt für einen flächendeckenden „Sozialstaat" westeuropäischen Zuschnitts sind die Steuereinnahmen um Größenordnungen zu gering.

## Kein Plan für den Ernstfall

Folgenschweres Nebenprodukt der Entwicklung in China ist die weiträumige Umweltzerstörung. Hier potenzieren sich gleich mehrere Faktoren. Die jetzige Generation hat das Pech, die Rechnung für 2000 Jahre Übernutzung des Landes präsentiert zu bekommen. Dies zeigt sich an der zunehmenden Austrocknung des Nordens und Nordwestens, der Auslaugung der Böden im Süden und einer Bodenerosion, der schon jetzt mehr Ackerland zum Opfer fällt als jährlich durch Neulanderschließung hinzugewonnen wird. Besonders betroffen ist die dichtbevölkerte nordchinesische Ebene und der Nordwesten, wo vor allem das jetzt schon knappe Trinkwasser der begrenzende Faktor ist. Neueren Datums ist die industrielle Umweltverschmutzung. Chinas Schwerindustriezentren wie Peking, Chongqing, Wuhan oder Shenyang sind inzwischen Weltspitze in punkto Luftverschmutzung. Die Wasser- und Bodenverschmutzung gefährdet längst die Trinkwasserversorgung. Die Müllberge der Riesenstadt Shanghai werden inzwischen per Schiff bis zu 600 Kilometer flußaufwärts befördert. Mehrere Großstädte am Yangzi und seinen Nebenflüssen haben die Flußinseln als Müllkippen entdeckt – „Entsorgung" durch die nächste Frühjahrsflut. Dabei steckt die „Wegwerfgesellschaft" erst in ihren Anfängen. Das 1979 verabschiedete Umweltschutzgesetz hat mangels wirksamer Kontrollen und Sanktionen nicht viel bewirkt.

**Hubert Zick**

# Zerouals Zange

## Algeriens Militärdemokratur wählt den Krieg

**In vielen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens hat eine wirtschaftliche und eine zumindest formale politische Liberalisierung begonnen. Meist stellen islamistische Bewegungen die stärkste Oppositionskraft. Für die Regierenden stellt sich jeweils die Frage, deren moderaten Teile in das politische System zu integrieren oder die gesamte islamistische Bewegung gewaltsam zu bekämpfen. In Algerien hat sich das Regime für die zweite Option entschieden. Der folgende Beitrag beschäftigt sich einmal nicht mit den Anschlägen radikaler Islamisten, sondern mit dem Krieg gegen die islamistische Opposition – ein Krieg, der auch nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember weitergeht.**

Vom Krieg in Algerien dringen nur Bruchstücke durch die Informationskontrollen. Diese Fragmente werden gezielt gestreut und fügen sich zu einem monomedialen Stück: Bombenattentate, Morde an Intellektuellen, Journalisten, Frauen und die Zerstörung der Infrastruktur beuteln demnach ein Land, das endlich demokratisch und frei sein möchte, doch von einer Handvoll „Terroristen" daran gehindert wird. Diesen „fanatischen Gotteskämpfern" – so die Botschaft der Inszenierung – treten die Generäle und ihre aufgeklärten Helfer entgegen und sorgen dafür, daß der Weg für ein wirklich freies Algerien geebnet wird.

Tatsächlich wurden aber die ersten freien Parlamentswahlen im Dezember 1991 von eben diesen Generälen abgebrochen. Es hatte sich nach dem ersten Wahlgang abgezeichnet, daß die FIS (Front Islamique du Salut) mit dem vorgesehenen zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit der Sitze erhalten würde. Das Militär schritt ein, setzte den Präsidenten Chadli Bendjedid ab, löste das Parlament auf und ließ kurz darauf den Ausnahmezustand ausrufen. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, die FIS aufgelöst und ein Anti-Terrorismus-Gesetz erlassen, das bis heute als Richtlinie dient. Die Opposition wurde massiv verfolgt, Tausende verschwanden in Lagern und Gefängnissen. Daraufhin entstanden die bewaffneten islamistischen Gruppen.

Abstrakte, ungeheuer hohe Zahlen von Toten werden uns seitdem Monat für Monat präsentiert. 50.000 Tote in vier Jahren, wer weiß wie viele Verletzte, Verstümmelte, Verschwundene, Gefolterte ... Die Bilder und Stimmen, die wir darüber sehen und hören, werden selektiv und wohlüberlegt zur Schau gestellt. Wir sehen keine Bilder von Massenhinrichtungen, bombardierten Dörfern, Massengräbern, Lagern in der Wüste oder von Folter gezeichneten Körpern. Die Informationssperre ist vom algerischen Regime auferlegt worden, und kein Protest erhebt sich dagegen – auch nicht im Ausland.

### Der Krieg ohne Bilder

Die algerischen Journalisten werden seit der Ausrufung des „totalen Krieges" von geheimen „Empfehlungen" und „Rundschreiben" des Innenministeriums auf Linie gezwungen, indem sie bezüglich der „Sicherheitslage" und bei heiklen Themen wie Korruption ausschließlich die von der staatlichen Presseagentur APS herausgegebenen Meldungen verarbeiten dürfen. Sie haben eine propagandistische Rolle zu erfüllen. In einem Rundschreiben „an die Verleger und Presseverantwortlichen" vom 7. Juni 1995 sind zum Beispiel genaue Vorschriften über das zu benutzende Vokabular und über Vorfälle, die erwähnt oder nicht erwähnt werden dürfen enthalten. Außerdem betont es die Notwendigkeit, Grausamkeit und Barbarei der Anschläge und die Verbindung zum Sudan und Iran herauszustreichen. Die Strafe bei „Befehlsverweigerung" ist hoch. Sie kann von einer Suspendierung der Zeitung bis zur Liquidierung gehen.[1] Ausländischen Korrespondenten wird nur noch selten ein Visum erteilt, und die meisten ausländischen Pressebüros sind geschlossen worden.

Viel nachdenklicher stimmt noch die Gleichschaltung der Berichterstattung von Kreisen, die keine Verfolgung durch das Regime zu befürchten haben und in die Kriegspropaganda einstimmen. Es ist der mutigen Arbeit von wenigen Organisationen und Journalisten (übrigens auch in Algerien) zu verdanken, daß immer mehr Berichte über die systematische Ausschaltung von „mutmaßlichen" Oppositionellen und die Terrorakte der Sicherheitskräfte verbreitet werden.[2]

### Gleichschaltung der „Demokraten"

Seit dem Abbruch der Wahlen und der Verfolgung einer Opposition, die ausschließlich als eine islamistische dargestellt wird, treiben das Regime und viele „Demokraten" eine Informationspolitik, die zur Zuspitzung des Krieges beiträgt. Der Konflikt wird auf das Problem des „Terrorismus" reduziert, ungeachtet seiner politischen und sozioökonomischen Dimensionen. Die bewaffneten Gruppen, die das Regime militärisch bekämpfen, werden systematisch mit der FIS identifiziert, um diese in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. Zudem wird versucht, die gesamte Opposition, die gegen den Abbruch der Wahlen protestierte und sich für die Aufhebung FIS-Verbots einsetzt, zu isolieren, indem sie des „Verrates an der Nation" bezichtigt wird.

Neben den Generälen beteiligt sich auch eine radikale antiislamistische Strömung an diesem Unterfangen. Diese wird in der algerischen und der französischen Presse als Gruppe der „Éradicateurs" (Ausmerzer) bezeichnet und umfaßt diejenigen, die dafür eintreten, mit aller Macht und Gewalt gegen die islamistische Opposition vorzugehen. Sie kämpfen für dieses Ziel an der medialen Front. Sie prangern ausschließlich die „Gewalt der Terroristen" an und erklären sich zum Opfer „faschistischer Barbarei", um in einem Aufruf zur „Résistance" die Solidarität einer „progressiven" Öffentlichkeit zu erhalten. Dem Umstand, daß diese VorkämpferInnen von Freiheit und Moderne eine militärische Lösung befürworten, den Ein-

satz von Milizen und den Aufbau von Bürgerwehren fordern und bereit sind, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen, wird im Westen wenig Aufmerksamkeit geschenkt.[3]

Die schmutzige Arbeit übernehmen Armee, Sondereinsatztruppen, Gendarmerie, Polizei, Geheimdienste und ... Todesschwadronen. Gleichzeitig werden die algerischen Machthaber nicht müde, der internationalen Öffentlichkeit seit Jahren ihre „Dialogbereitschaft" und „Versöhnungsversuche" zu präsentieren.

Zum Abschluß der „Dialogrunde" mit den Parteien im Laufe des Herbstes 1993 inszenierten die Generäle eine Nationalkonferenz, von der sich schließlich eine Partei nach der anderen zurückzog. Ait-Ahmed, der Vorsitzende der FFS (Front des Forces Socialistes), kommentierte die „Dialogbereitschaft" des Regimes: „Über die echten Probleme durften wir nicht reden, weil diese die Vorherrschaft des bestehenden Regimes in Frage stellten. Die Militärs hatten einen roten Strich gezogen. Niemand durfte diesen überschreiten."[4] Solche „Verhandlungen" erschienen dem Regime angesichts des Drucks von außen, nach dem Militärputsch doch einen „Ausgleich" zu erzielen, offensichtlich notwendig zu sein. Die westlichen Regierungen begnügten sich dann auch mit dem Konferenzergebnis: die Ernennung von Liamine Zeroual zum Interimspräsidenten. Von nun an wurde dieser als Hoffnungsträger für den Frieden lanciert.

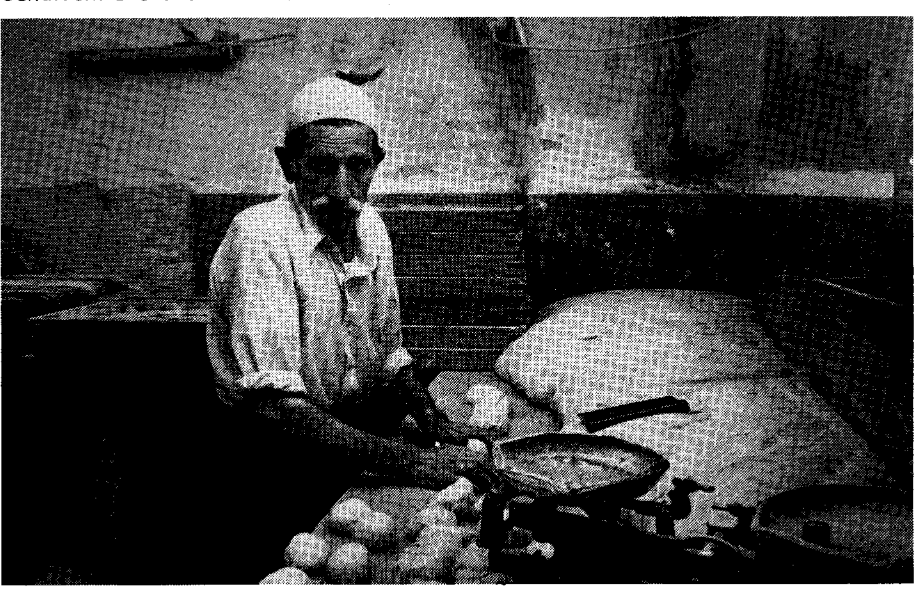
Die im Herbst 1994 aufgenommenen, vorgeblich „ernsten" Verhandlungen mit den zwei gefangenen Führern der FIS, Abassi Madani und Ali Belhadj, wurden als gescheitert erklärt und dienten als Auftakt für eine militärische Großoffensive. Die drei größten Parteien, FLN (Front de Libération Nationale), die FFS und die FIS, die im ersten Wahlgang 1991 insgesamt etwa 80% der Stimmen erhalten hatten, trafen sich zusammen mit kleineren Parteien im November 1994 und im Januar 1995 in Rom und erarbeiteten eine „Plattform für eine friedliche und politische Lösung der algerischen Krise". Diese sollte den Weg zu einer Beendigung der Gewalt und zur Rückkehr zu einem demokratischen Prozeß ebnen.[5] Die algerische Führung lehnte den Vorschlag jedoch kategorisch ab und kündigte kurz darauf die Präsidentschaftswahlen für Ende 1995 an.

Die meisten Oppositionsparteien kritisierten diesen Schritt, da weder die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt waren, noch erkennbar war, daß den Oppositionsparteien die nötige Bewegungsfreiheit gewährt würde. Wie sollten unter Ausnahmezustand und Krieg „freie Wahlen" stattfinden können? Die UnterzeichnerInnen der Plattform riefen daher zum Boykott der Präsidentschaftswahlen auf.

Die herrschende Militärclique sah sich aus diversen Gründen genötigt, dem Regime einen demokratischen Anstrich zu verleihen. Zum einen waren die größten Oppositionsparteien mit der „Plattform" zu einer Einigung gekommen. Sie drohten, den Willen zur Veränderung an der Basis zu kanalisieren und erhielten auch im Ausland zunehmend Gehör. Zum anderen befriedigten die angekündigten Wahlen die westlichen Regierungen, an ihrer Spitze Frankreich. Diese waren zwar geneigt, das Regime zu unterstützen, doch mußten sie die Kritik, einen Militärputsch toleriert zu haben, abwehren und drängten das algerische Regime zur Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit. Die Ankündigung von Wahlen bot der Führung eine Atempause, in der sie hinter den Wahlvorbereitungen und den Versprechungen auf Pluralismus den Krieg unbehelligt intensivieren konnte.

## Angst vor neuen Revolten

Außerdem mußte die Staatsführung ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, eine Liberalisierung und Demokratisierung im Sinne des IWF und der Gläubiger durchzuführen. Die algerischen Machthaber hatten im Frühjahr 1994 einem Strukturanpassungsprogramm zugestimmt. Darauf folgten Umschuldungsverträge mit den Clubs von Paris und London über etwa die Hälfte der 30 Mrd. $ Schulden. Die ökonomische Umstrukturierung und die Austeritätspolitik treffen die Bevölkerung derzeit mit voller Wucht. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter an, viele Staatsunternehmen werden geschlossen oder privatisiert, der Dinar erfuhr eine Abwertung von über 50%, fast alle Subventionen wurden gestrichen, die Preise freigegeben, die staatlichen Grundversorgungen abgebaut usw.



**Vorbereitungen für die nächste Brotrevolte**

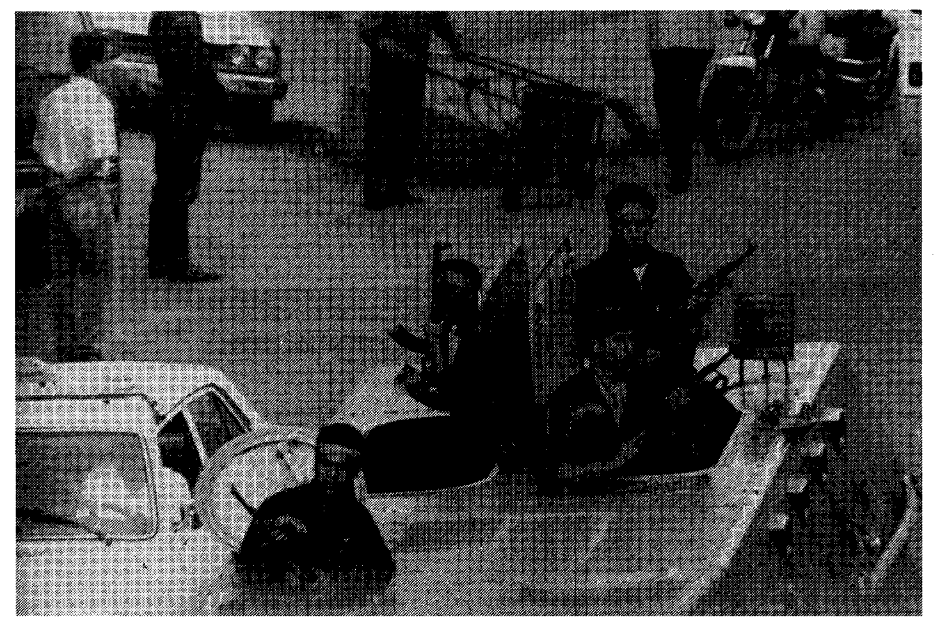
Die Staatsmacht weiß seit den Revolten vom Oktober 1988, welche Reaktionen mit der Durchsetzung einer solchen Liberalisierungspolitik auftreten können, zumal die als Errungenschaften der Revolution definierten Leistungen angegriffen werden. Der Krieg gegen die „Terroristen" liefert dem Regime die Rechtfertigung für repressive Maßnahmen, die immer mehr den Charakter von Einschüchterungskampagnen und Strafexpeditionen gegen alle Bevölkerungsschichten annehmen.[6] Der französische Politologe François Burgat schreibt: „Jedes Segment der öffentlichen Meinung wurde wohlüberlegt und planvoll anvisiert, jede soziale, ethnische oder soziokulturelle Mobilisierung desgleichen, um sie von ihrem natürlichen Lauf abzubringen und gegen das islamistische Lager zu instrumentalisieren: die Frauen gewiß, aber gleichermaßen die Studenten, die Liebhaber des Fußballs oder des Rai, die Berber, die moderaten Islamisten usw."[7]

Die Verlagerung des Konflikts um die neue Wirtschaftspolitik und den Ausverkauf des Landes, auf die militärische Auseinandersetzung mit den bewaffneten Gruppen, lenkte von den wirklichen Fragen ab. Die störende Opposition, die die Unzufriedenheit auffing, wurde mundtot gemacht und weitestgehend ignoriert. Die Armee, die Anfang 1992 noch „Retterin der Demokratie" sein sollte, wurde, je mehr sie diesen Krieg nötig hatte, zur „Retterin der Nation" emporgehoben.

Die finanzielle und politische Unterstützung aus dem Ausland, allen voran von der alten Kolonialmacht Frankreich, war der Armee in dem „Kampf gegen den Terrorismus" sicher. Mehr noch, der französische Staat nahm den rassistischen Krieg gegen Nordafrikaner und Muslime im eigenen Land auf – Personen wurden ohne Gerichtsverfahren festgesetzt und deportiert, Razzien auf den Straßen organisiert und Schriften verboten.[8]

## Die Wahl des Volkes

Ist die Demokratie einmal in Marsch gesetzt, tritt die Frage der Manipulation auf den Plan: Die Macht, der ihr Volk nicht paßt, löst dieses bekanntlich auf und wählt sich ein neues. Die Generäle beschlossen, ein neues Volk zu wählen, das seinerseits einen alten Präsidenten zu wählen hatte. Unliebsame



Vorbereitungen für die nächste Revolte

und sie die Liberalisierungsreformen buchstabengetreu befolgen, wird sich in der „demokratischen" Welt kaum eine Regierung finden, die ihre politische oder finanzielle Unterstützung zurückziehen wird. Zumal viele dieser Regierungen lieber heute als morgen die in ihren Ländern um politisches Asyl anhaltenden Flüchtlinge „rückführen" möchten.

**Salima Mellah**

Regungen des Volkes mußten abgefangen und die Boykottgefahr gebannt werden. Dafür wurde monatelang eine riesige Maschinerie zur militärischen und psychologischen Kriegsführung eingesetzt.

Schließlich fand die Wahl am 16. November 1995 statt – unter der Aufsicht von über 300.000 Soldaten, Polizisten und Milizionären, die schon in den Tagen zuvor ihre Stimme abgegeben hatten, umringt von Panzern und behindert durch zahlreiche Straßensperren. Fest stand, daß Liamine Zeroual von den vier zugelassenen Kandidaten der Sieger sein würde. Unklarheit bestand eher darüber, ob den Militärs eine solche Wahlmaskerade angesichts des Boykottaufrufes und der Drohungen der GIA[9], die Wahlen zu verhindern, überhaupt gelingen würde. Im Vorfeld des Plebiszits durfte die Opposition, die zum Boykott aufgerufen hatte, weder Versammlungen abhalten, noch Appelle veröffentlichen. Eine Zeitung, die den Boykott unterstützte, wurde einen Monat lang suspendiert. Die tatsächliche Zahl der Wahlberechtigten war nicht bekannt.[10] Die Schulen und Märkte waren eine Woche lang geschlossen. Nur 102 internationale Wahlbeobachter waren entsandt worden. Bis heute bleiben viele Fragen unbeantwortet, so z. B. ob tatsächlich überall Wahlurnen aufgestellt worden waren, oder ob ganze Landstriche ausgeschlossen blieben.

## Demokratie und Krieg ohne Ende?

Das Regime kann sich mit einem immensen Erfolg brüsten, indem es eine Wahlbeteiligung von 75 % angibt und Liamine Zeroual mit 61 % der Stimmen eine starke Legitimität verleiht. Es kann sogar behaupten, den islamistischen und demokratischen Strömungen in der Gesellschaft eine Artikulationsmöglichkeit gewährt zu haben, da jede durch einen Kandidaten repräsentiert gewesen sei. Mahfudh Nahnah von der moderaten islamistischen Partei Hamas erhielt 25,4 % der Stimmen, Said Sadi vom laizistischen RCD 9,3 % und Noureddine Boukrouh von der PRA (Parti du Renouveau Algérien) 3,8 %. Nach der Wahl scheinen die meisten westlichen Regierungen und BeobachterInnen zufrieden zu sein, auch wenn sie weitere Schritte fordern, nämlich die Durchführung von Parlamentswahlen. Zweifel, wie die Behauptung der FFS und der FIS, die Wahlbeteiligung habe nur bei 35 % gelegen, werden ignoriert.

Die Mehrheit der UnterzeichnerInnen der Plattform von Rom geben sich derweil pragmatisch. Sie erkennen Zeroual als legitimen Präsidenten an und fordern nun von ihm die Beilegung des Konfliktes und die Demokratisierung ein. In einem offenen Brief an Zeroual erklärte etwa der in Deutschland lebende Auslandssprecher der FIS, Rabah Kebir, man wolle jetzt nicht lange über die Umstände der Wahl sprechen, sondern Lösungsschritte sehen. Ein Forderungskatalog der Opposition verlangt die Freilassung der politischen Gefangenen, unter ihnen die Führung der FIS, die Wiedereingliederung der aus politischen Gründen ausgesperrten Arbeiter und Angestellten, den Zugang der Opposition zu den Medien, die Aufhebung von Zensur und der Verfolgung der Journalisten und die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen.[11]

Doch gegensätzliche Standpunkte innerhalb der FIS[12] und auch innerhalb anderer Parteien, sowie die Liquidierung einiger bedeutender FIS-Führer, das Aufblühen unzähliger Gerüchte, die Attentate und nicht zuletzt die Ausflüchte Zerouals lassen erkennen, daß in absehbarer Zeit keine Verhandlungen mit den UnterzeichnerInnen der Plattform stattfinden werden; ganz zu schweigen vom baldigen Ende des Krieges. Solange die Machthaber Algeriens erfolgreich vorgeben können, die „Barbarei" zu bekämpfen

**Anmerkungen:**

1) Reporters sans frontières spricht von der Ermordung von Journalisten durch das Regime und zählt 20 Zeitungen, die seit dem Putsch suspendiert wurden; in: Arte, Sondersendung zu den Wahlen in Algerien, 16. 11. 1995.

2) Siehe dazu: Berichte von Amnesty International; Reporters sans frontières, Le drame algérien, Paris 1994; Comité Algérien des Militants Libres de la Dignité Humaine et des Droits de l'Homme, Livre blanc de la répression en Algérie (1991-1994), Plan-les-Ouates (Schweiz) 1995; R. Attaf/F. Giudice, Algérie: La grande peur bleue, questions sur une guerre sans visage, Cahiers de l'Orient, 1. Trimester 1995; François Burgat, L'Islamisme en face, Paris 1995, insbesondere das Kapitel: „Algérie, l'islamisme contre les intellectuels?".

3) Die Ethnisierung des Konfliktes ist eine der Strategien solcher „Demokraten", die in den Berbern die Avantgarde der Demokratie sehen (vgl. S. Mellah, „Algerien, kolonialer Diskurs einst und heute", Silsila 5/95). Unter ihnen sind Personen wie Khalida Messaoudi, die mit Vergleichen zum deutschen Faschismus gegen die islamistische Opposition operiert und Frauen und „aufgeklärte Algerier" zu etwas wie den Juden Algeriens stilisiert; oder Said Sadi, der Vorsitzende des RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), der laut eigenen Aussagen bereit ist, 100.000 Tote in Kauf zu nehmen, um seinen Gesellschaftsentwurf realisiert zu sehen.

4) Zit. nach: Werner Herzog, Algerien: Zwischen Demokratie und Gottesstaat, München 1995, S.111

5) Die in der Plattform vorgesehenen Verhandlungen zwischen allen beteiligten Parteien sollen auf der Basis eines „Nationalvertrages" geschehen. Als notwendige Voraussetzungen werden u.a. genannt: die Ablehnung von Gewalt, die Unverzichtbarkeit des Mehrparteiensystems, die Aufhebung des Verbotes der FIS, die Freilassung der Gefangenen, die Aufhebung aller Sondergesetze, die Anerkennung der berberischen, arabischen und islamischen Identität, und die Einrichtung einer unabhängigen Sonderkommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen. Eine Nationalkonferenz soll einberufen werden, die die Übergangsstrukturen und Vorgehensweisen festlegt und schließlich pluralistische Wahlen vorbereitet.

6) Geflohene Polizisten bestätigen in Berichten den staatlichen Terrorismus. So sollen z.B. Dutzende von Polizisten, die in ihren Vierteln bekannt und beliebt waren, vom militärischen Geheimdienst umgebracht worden sein, „um die Leute zu schockieren und aufzuwiegeln" (Le Monde, 7. März 1995).

7) François Burgat, a.a.O., S. 171

8) Der Anfang 1995 ausgerufene „Plan Vigile" erlaubte den französischen Behörden im Namen der „Terrorismusbekämpfung" 59.000 „illegale" Personen abzuschieben, das „Livre blanc de la répression" wurde im September 1995 verboten, dem Vorsitzenden der FFS, Ait-Ahmed, wurde verboten, eine Pressekonferenz abzuhalten. Auf dem Höhepunkt der Repression wurde der junge Kelkal als mutmaßlicher Verantwortlicher für die Métro-Attentate von Sicherheitskräften liquidiert.

9) Die 'Groupe Islamique Armé' ist für die meisten Anschläge seitens radikaler islamistischer Gruppen verantwortlich.

10) BBC zur Wahl am 16. 11. 95

11) Nach der in London erscheinenden arabischen Tageszeitung Al-Hayat vom 12. 12. 95

12) So forderte – anders als Kebir – der Leiter der 'Parlamentarischen Delegation' (die im ersten Wahlgang 1991 gewählten Abgeordneten der FIS), Nawar Haddam, aus Washington dazu auf, den Wahlen und dem Präsidenten die Anerkennung zu verweigern.

# Einer kam durch

## Der Marsch der Muslimbrüder durch Mubaraks Nadelöhr

**Die Wahlen haben in Ägypten die Teile der Opposition ausgeschaltet, die sich zur Demokratie bekennen. Insbesondere die Muslimbrüder, moderate Islamisten, waren als stärkste Oppositionskraft Opfer von Repressionen und Wahlbetrug. Dabei sind sie eine Mittelstandsbewegung, von der keine Veränderungen der sozialen Verhältnisse in Ägypten zu erwarten wäre.**

Diesmal soll alles anders werden", versprach die Regierung Mubarak in den Wochen vor den Parlamentswahlen im November in Ägypten. Die seit 1976 stattfindenden Wahlen zum Maglis Asha'b, Ägyptens Legislative, standen bis dahin nicht gerade in dem Ruf fair gewesen zu sein.

Tatsächlich bekam die Opposition im November erstmals seit in Ägypten gewählt wird mehrere Minuten Redezeit im staatlichen Rundfunk und Fernsehen.[1] Die 4040 Kandidaten, die als Mitglieder von 13 Parteien oder als Unabhängige für die 444 Parlamentssitze ins Rennen gingen, stellten eine neue Rekordmarke dar, und noch nie wurde im Wahlkampf soviel Geld eingesetzt. Der in London erscheinenden arabischen Tageszeitung Al-Hayat zufolge sollen manche der Kandidaten bis zu einer halben Million Mark für ihre Kampagnen eingesetzt haben.

Doch in der Woche zwischen der ersten Wahlrunde und den anschließenden Stichwahlen zerfiel das Gebilde der angeblich demokratischen Wahlen. Mit 94 Prozent aller Stimmen zog die regierende Partei Hosni Mubaraks, die National Demokratische Partei (NDP) ins neue Parlament. Ägyptens größte Oppositionsgruppe, die moderaten Islamisten, gingen praktisch leer aus. Ein einziger Muslimbruder hat es, fast wie aus Versehen, in die neue Volksvertretung geschafft.[2]

Unabhängige Wahlbeobachter wie die ägyptische Menschenrechtsorganisation



Mit geputzten Schuhen durch die Institutionen — Foto: Jochen Müller

EOHR sprechen in detaillierten Berichten von massivem Wahlbetrug. In praktisch allen beobachteten Wahlkreisen – und das waren immerhin 43 Prozent aller Bezirke – kam es zu Unregelmäßigkeiten, heißt es in einem von der EOHR veröffentlichten Bericht. Laut Bericht seien 70 Prozent der Wahlberechtigten erst gar nicht an den Wahlurnen erschienen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wahlbeobachter wurden vielerorts kurzerhand aus den Wahllokalen herausgeschmissen, damit anschließend nach Gutdünken mit den Urnen verfahren werden konnte. Oft war die Polizei selbst an den Aktionen beteiligt.[3] „Die Grenzen zwischen Staat und Regierung waren aufgelöst", heißt es in dem Abschlußbericht des 'Zentrums für Menschenrechte und Rechtshilfe' (CHARLA). Besonders auffällig war auch die Gewalt rund um die Wahlen. Laut CHARLA sollen bei den Wahlen mindesten 51 Menschen umgekommen sein. Fast 900 wurden verletzt.

Jetzt versucht die Opposition mit diesem Schock fertigzuwerden. Zwar hätte sie gegen die quasi als Staatspartei agierende NDP auch ohne Repression und Wahlbetrug keine Chance gehabt – zu gering ist ihre Verankerung in der Bevölkerung; trotzdem stellt sich jetzt mehr denn je die Frage: Wie geht es weiter? In mehreren Treffen versuchte die Opposition in den vergangenen Wochen ihre Ränge zu schließen. An und für sich eine logische Schlußfolgerung angesichts der Tatsache, daß nur 14 Oppositionelle im neuen Parlament sitzen. Betrachtet man allerdings die unterschiedliche politische Ausrichtung der Opposition von den gemäßigten Islamisten bis zu linken Säkularisten, zeigt sich, wie schwer dieses Unterfangen ist.

Am härtesten trafen die staatlichen Repressionen die legale islamistische Opposition. Viele ihrer Vertreter wurden schon im Vorfeld der Wahlen in dubiosen Militärgerichtsverfahren kriminalisiert, als Kandidaten außer Kraft gesetzt und wenige Tage vor den Wahlen zu teils mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Zum Teil noch am Tag der Wahl waren mehr als tausend ihrer Wahlbeobachter festgenommen worden.

Auch unter den Islamisten herrscht aber Uneinigkeit über das weitere Vorgehen. Manche unter ihnen, wie der Anwalt Muntazir Zayat, warnen jetzt davor, daß vor allem die jüngeren Kader in Zukunft zur Gewalt als einzigem Mittel zur politischen Veränderung greifen könnten. Für so manchen hat sich der „Marsch durch die Institutionen" als gescheitert erwiesen. Andere wiederum, wie der Chef des von Islamisten kontrollierten Ingenieursverbandes, Muhammad Ali Bishr, rufen zur Geduld auf. „Sozialer und politischer Wandel braucht Zeit", erklärt er. Früher oder später würden den Islamisten ohnehin die Früchte zufallen. Jetzt gehe es vor allem darum, die in der Gesellschaft ohnehin bereits isolierte Regierung eben noch weiter zu isolieren.

Die Islamisten haben in den letzen Jahren stark daran gearbeitet, die Gesellschaft für sich zu gewinnen. Dabei profitieren sie vom Überdruß der Menschen. Mit einer besseren islamischen Moral und traditionellen Werten ließen sich die vielfältigen und vor allem die sozialen Probleme des Landes lösen, lautet ihre Argumentation. „Der Islam ist die Lösung" ist ihr Slogan, der sich auf den Hauswänden wiederfindet. An vielen Stellen des Landes bieten die Islamisten billige Dienstleistungen an, verkaufen Fleisch zu niedrigen Preisen, öffnen Kindergärten und Kliniken, in denen nur eine symbolische Gebühr verlangt wird. Kurzum: Sie bieten Dienstleistungen in Bereichen an, in denen der Staat praktisch nicht mehr existent ist. Ein erfolgreiches Rekrutierungskonzept.

## Frustrierte Pizzabäcker

Dabei wirken die moderaten islamistischen Muslimbrüder insbesondere für die seit der wirtschaftlichen Liberalisierung der 80er und 90er Jahre abgestürzte Mittelklasse attraktiv. Es ist diese Mittelklasse, die die Auswirkungen der in den 70er Jahren nach der Nasser-Ära begonnenen Öffnungs- und Liberalisierungspolitik am härtesten erfahren hat. Während dasjenige Viertel der ägyptischen Bevölkerung, das nach Schätzungen der Weltbank mit einem Monatseinkommen von etwas mehr als 50 DM auskommen muß, immer arm war, ist die Mittelklasse in den letzten Jahren hart gefallen. Viele von ihnen, die einst ein komfortables Leben hatten, drehen heute jeden Piaster dreimal um. Ihre Kinder haben auf dem Arbeitsmarkt trotz akademischer Ausbildung kaum eine Chance, einen standesgemäßen Beruf zu erlangen.

Statt des versprochenen und in den Universitäten angestrebten sozialen Aufstiegs schlagen sich viele potentielle Mittelklässler als frustrierte Taxifahrer oder Pizzabäcker durchs Leben. Es ist diese Schicht, die für die islamistischen Parolen besonders anfällig ist. So sind es auch vor allem die aus den Angehörigen der gebildeten Mittelklasse geformten Berufsverbände der Ärzte, Ingenieure, Anwälte oder Apotheker, die heute die islamistischen Hochburgen im Land darstellen. In diesen Berufsverbänden artikulieren und organisieren sich angesichts der staatlichen Blockade politischer Einflußmöglichkeiten bereits seit einigen Jahren oppositionelle Kräfte aus dem Mittelstand.

In den Slumvierteln rund um Kairo haben die Islamisten dagegen weniger zu melden. Sie betrachten deren Bewohner im klassischen Mittelklasse-Bewußtsein als reine Empfänger ihrer Wohlfahrtsdienstleistungen, nicht aber als Mitspieler im politischen Prozeß. Die Vorstellung, daß sich die Slumviertel rund um Kairo selbst organisieren könnten, ist der neuen „islamistischen Mittelklasse" ein Graus. Dementsprechend lassen sie für die Slumbewohner selbst einiges an Attraktivität vermissen. Denn mit all ihren Dienstleistungen und den Slogans von islamischen Werten, tun die islamistischen Gruppen eines nicht: Sie stellen nicht das soziale Gefüge der ägyptischen Gesellschaft in Frage.

## Hohe Preise auf dem flachen Land

So wird die nächste Legislaturperiode sowohl für die Opposition auf der Suche nach Alternativen als auch für die Regierung zur Nagelprobe – soll doch in den kommenden Jahren das Gros der wirtschaftlichen Reformen durchgesetzt werden. Das ist wahrscheinlich einer der Hauptgründe, warum sich die Regierung nahezu der gesamten Opposition im Parlament entledigt hat. So wird es wenigstens dort einfacher sein, die Privatisierung der großen staatlichen Betriebe ohne großen Widerspruch über die Bühne zu bringen und Tausende von Beamten und Arbeitern auf die Straße zu setzen. Weiterhin dürfte es auch ohne parlamentarische Opposition schon schwer genug sein, ein neues Arbeitsgesetz durchzusetzen, das den Unternehmern in Zukunft das Recht geben soll, beliebig zu entlassen. Auch auf dem flachen Land herrscht Unruhe. Ein neues Pachtgesetz soll die alten nasseristischen Gesetze, die dem kleinen Pächter Schutz gewährten, ablösen. In wenigen Jahren gilt auf dem Land: Wer mehr zahlt, bekommt den Boden. Die kleinen Bauern bleiben auf der Strecke. Ähnliches gilt für die Wohnungsmieten. Ein neues liberalisiertes Mietgesetz könnte demnächst Millionen von Menschen das Dach über dem Kopf kosten.

Probleme, für die weder die Regierung, die selbst in Verteidiger und Gegner des öffentlichen Sektors gespalten ist und demnächst nach einem Jahr Pause wieder in die Verhandlungen mit dem IWF einsteigt, noch die Islamisten mit ihren nicht weniger liberalen Programmen, verkleidet als „islamische Werte", irgendwelche Lösungen anbieten. Oder soll demnächst alles gut werden, wenn der „islamische" Unternehmer den „islamischen" Arbeiter davon überzeugt, daß es jetzt für alle besser ist, wenn er stempeln geht?

**Karim El-Gawhary**

**Anmerkungen:**

1) Viele Oppositionsvertreter nutzten dieses Angebot allerdings nur dazu, minutenlang die einzelnen Punkte ihres Wahlprogrammes herunterzulesen. Unmittelbar nach ihrem Auftritt wurde dann meist ein professioneller Werbefilm mit Musik, Graphiken und Fotos über die Errungenschaften von 14 Jahren unter Mubarak ausgestrahlt.

2) Der bis dato relativ unbekannte Ali Sayed Fath el-Bab gewann als unabhängiger, aber der Muslimbruderschaft angehörender Kandidat im Kairoer Wahlkreis Helwan-Tebbin.

3) Ich selbst war in der ersten Wahlrunde Zeuge, wie im Kairoer Wahlkreis Dokki das Frauenwahllokal von Bereitschaftspolizisten gestürmt wurde, nachdem es dort zu Tumulten kam, weil die Wahlbobachterinnen des dortigen Kandidaten und Sprechers der Muslimbrüder Ma'mun Al-Hudeibi mit Gewalt aus den Wahllokalen entfernt wurden. Die Polizei nahm nicht etwa diejenigen fest, die die Wahlbeobachterinnen rausgeschmissen hatten, sondern etwa 30 Anhängerinnen der Muslimbrüder.

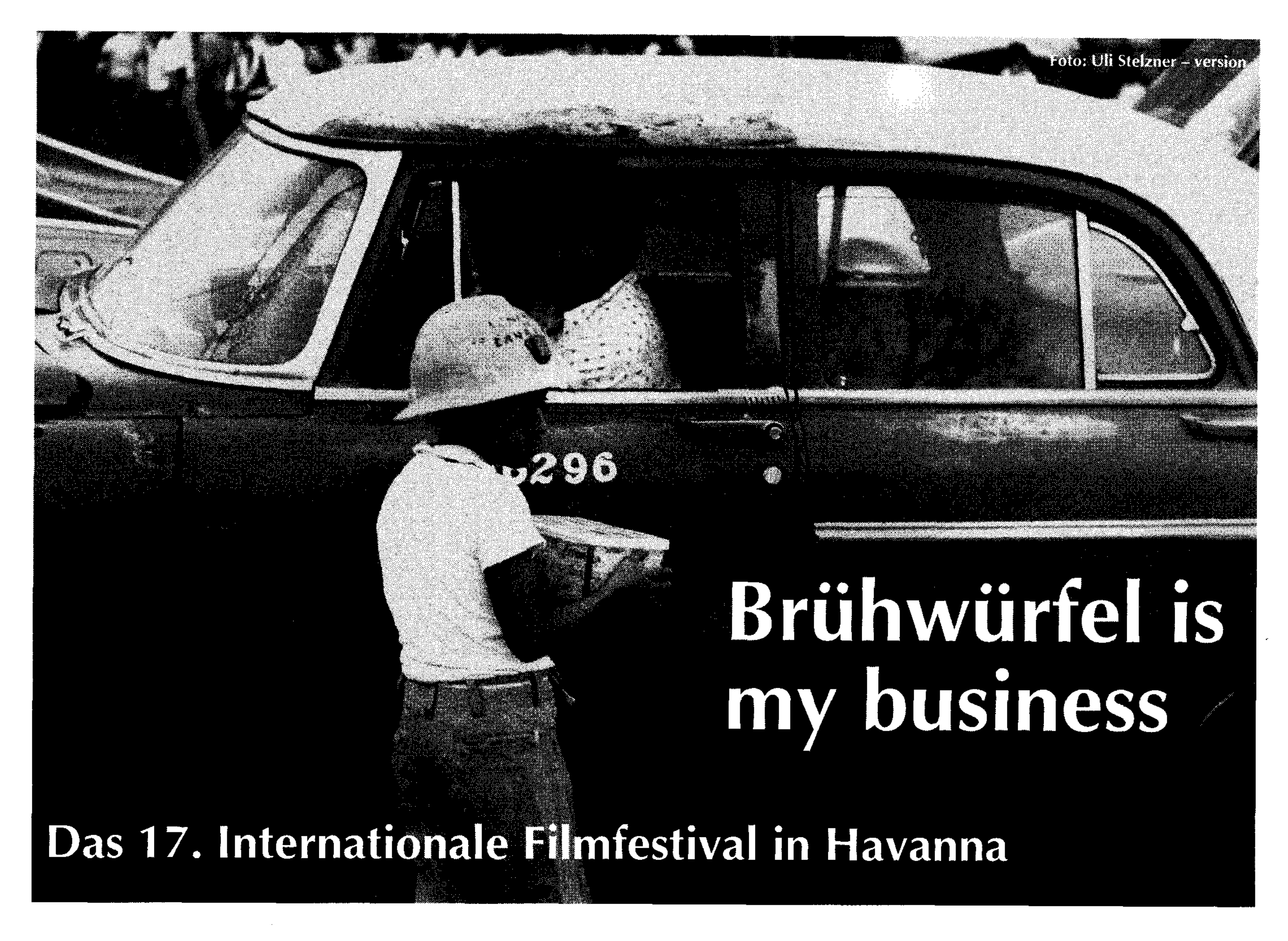



Foto: Uli Stelzner - version

# Brühwürfel is my business

## Das 17. Internationale Filmfestival in Havanna

**Vom 5. bis 15. Dezember '95 fand in Havanna das *17. Internationale Filmfestival des Neuen Lateinamerikanischen Kinos* statt. Geri Krebs war dort und hat sich nicht nur die Filme angeschaut, sondern auch einen Blick auf die Inszenierung und die Rezeption des Festivals geworfen.**

Das *Internationale Filmfestival des Neuen Lateinamerikanischen Kinos* ist das bedeutendste seiner Art auf dem Kontinent. Es bestach zunächst durch seine überwältigende Fülle: Fast fünfzig Filme wurden allein in der Hauptsparte *Lateinamerikanische Spielfilme im Wettbewerb* präsentiert, insgesamt offerierte der Katalog weit über 300 Film- und Videotitel. Ein solches Angebot ward längere Zeit nicht gesehen – zum letzten Mal in den späten achtziger Jahren, als für Kuba dank der Wirtschaftshilfe aus dem „sozialistischen Lager" die Welt noch in Ordnung war. Mit dem beginnenden „período especial"[1] fiel das Festival einem argen Schrumpfungsprozeß zum Opfer. In diesem Jahr übernahmen insbesondere Sponsoren die Rolle der Unterstützer: die kubanische Fluggesellschaft, eine kubanische (!) Zigarettenmarke namens „Hollywood" und die spanisch-kubanische Luxushotelkette „Melía Cohiba". Den Publikumspreis *Premio de la popularidad* stiftete schließlich die spanische Brühwürfelfirma „Avecrem".

Bei den beiden vorherigen Festivals hatte die internationale Jury in ihrer Preisvergabe immer einzelne Filme und Regionen favorisiert: 1993 heimste das kubanische Werk *Fresa y chocolate* (Erdbeer und Schokolade) die ersten Preise fast jeder Kategorie ein, 1994 ging die Mehrheit der Preise an Mexiko. Umso mehr fiel in diesem Jahr das Bemühen um Ausgewogenheit ins Auge. Nur selten tauchte der Name eines Filmes in mehr als einer Kategorie auf.

Eine Ausnahme dabei bildete *El callejon de los milagros* (Die Gasse der Wunder) von Jorge Pons aus Mexiko. In der Hauptsparte „Spielfilme aus Lateinamerika" gewann er den ersten Preis und wurde mit zwei weiteren Preisen für das beste Drehbuch und die beste Regie ausgezeichnet. Der zweite Preis ging an *Guantanamera* von Gutierrez Alea und Juan Carlos Tabio, der dritte an *Sin remitente* (Ohne Absender) von dem mexikanischen Regisseur Carlos Carrera.

## Politik und Ästhetik

So unterschiedlich die drei Filme sind, eint sie doch eine Gemeinsamkeit: Sie alle widmen sich politischen und sozialen Themen wie Wirtschaftskrise, Machismo, Macht des Geldes, Einsamkeit etc. und streifen religiöse und spirituelle Fragen. Diese Themen dominierten in fast allen prämierten Filmen, auch außerhalb der Gattung Spielfilm. Das hatte zur Folge, daß ein Werk wie *No mueras sin decirme adonde vas* (Stirb nicht, ohne mir zu sagen, wohin du gehst) des Argentiniers Eliseo Subiela nicht nur völlig leer ausging, sondern nicht einmal erwähnt wurde. Dieses Filmkunstwerk, das in einer betörenden Bildsprache Fragen von Liebe und Tod, Wiedergeburt und Abschiednehmen anspricht, hätte allein an filmästhetischen Kriterien gemessen zumindest einen Preis in einer der zahlreichen Nebenkategorien verdient.

Den Publikumspreis erhielt *La nave de los locos* (Das Narrenschiff) des Argentiniers Ricardo Wulicher. Der solide gestaltete und spannende Film erzählt die Geschichte einer engagierten Anwältin, die den Chef einer Comunidad von Mapuche-Indianern verteidigt. Dieser wird des Mordes an einem Weißen beschuldigt, weil er den Friedhof seiner Comunidad vor der Geldgier eines Grundstücksspekulanten schützen wollte.

Der Preis für den besten von einem Nicht-Lateinamerikaner realisierten Film über ein lateinamerikanisches Thema fiel an den Film *Hablando con el enemigo* (Mit dem Feind sprechen) des Schweden Nitzka Kakoseos. Er beschäftigt sich mit dem Friedensprozeß in El Salvador und scheut sich

nicht, den ehemaligen FMLN-Comandante und Wendehals Joaquín Villalobos zu feiern. Unkritisch gibt er dessen heutige Sicht des Krieges in El Salvador wieder: Es sei ein Bürgerkrieg gewesen, in dem Guerilla wie Regierungsarmee im gleichen Maße Menschenrechtsverletzungen begangen hätten. Ein Film, der eher der Sparte 'politischer Dokumentarfilm als Ärgernis' zuzuordnen ist.

Als bester Dokumentarfilm wurde *Carmen Miranda: Banana is my business* ausgezeichnet. Er porträtiert das Leben der brasilianischen Schauspielerin Carmen Miranda, die in den USA als Reklamefigur für Bananen endete. Eine sehr poetische und melancholische Arbeit lieferte der Kubaner Enrique Alvarez mit *La Ola* ab. In einem für Kuba ungewöhnlichen No-Future-Porträt beschreibt er zwei Jugendliche im Havanna des Sommers 1994.[2]

Der emotional bewegendste Moment am Abschlußabend war die Verleihung des „Ehrenpreises" an Tomas „Titon" Gutierrez Alea, Co-Regisseur des zweitplazierten *Guantanamera*. Kommentarlos flimmerten plötzlich Schwarzweißbilder von zerlumpten Menschen über die Bühne, die vermoderte Holzstücke aus einem Sumpf fischen – Ausschnitte aus „Titons" erstem Film *El megano* von 1958, der das Elend der Köhler in den Zapata-Sümpfen zeigt. Es folgten kurze Spots aus einem halben Dutzend weiterer Filme seines Gesamtwerks von *Historias de la Revolución* bis *Fresa y Chocolate*. Stellvertretend nahm Aleas Ehefrau und Hauptdarstellerin seiner letzten beiden Filme Mirta Ibarra den Preis entgegen. Nach zwei Sätzen brach sie in Tränen aus. T.G. Alea liegt im Sterben. Der italienische Regisseur Gillo Pontecorvo ergriff das Wort und bezeichnete „Titon" als einen der größten Cineasten der Geschichte.

## Fenster nach innen und außen

Bis zu einem gewissen Grad spiegelte das Festival auch auf anderen Ebenen den gesellschaftlichen Wandel Kubas wider. Ein erfahrener kubanischer Festivalteilnehmer wies darauf hin, daß es noch nie vorgekommen sei, daß sich die Veranstalter selber um einen religiösen Rahmen des Festivals gekümmert hätten. So wurden von offizieller Seite nicht nur ein ökumenischer Gottesdienst in einer Baptistenkirche, sondern auch noch eine Messe in einer katholischen Kirche und ein jüdischer Ritus in Havannas großer Synagoge organisiert. Selbst die afrokubanischen Religionen wurden zumindest indirekt berücksichtigt. Am Abschlußabend trat die Rockgruppe *Sintesis* auf, eine Gruppe, die sich mit ihren Yoruba-Gesängen stark an afrokubanischen Kulten orientiert. Wenn man bedenkt, daß es bis 1991 nicht möglich war, gleichzeitig Mitglied einer Religion und der Kommunistischen Partei zu sein, verdient dies besondere Beachtung.

Insbesondere den europäischen Teilnehmer beeindruckt das Ausmaß, in dem breite Bevölkerungsschichten in Kuba am Festivalgeschehen Anteil nehmen. So kann es durchaus passieren, daß einen die Kassiererin in einem der neueröffneten Dollar-Supermärkte nach der Qualität des erstprämierten Wettbewerbsfilms fragt. Oder daß der Platzwächter am Fahrradparkplatz seine Kundschaft ignoriert, weil er eben mit seinem Nachbarn in eine heftige Diskussion über den Wettbewerbsfilm vom Vorabend verwickelt ist.

## Mariposas in Gay Cuba

Das große Interesse am Festivalgeschehen hängt auch damit zusammen, daß das Kino schon seit der Revolution und noch mehr im „período especial" eines der wenigen Freizeitvergnügen ist, über das nach wie vor alle Leute verfügen können. Die Zweimillionenstadt Havanna erfreut sich einer lebendigen Kinokultur und bietet mit immer noch 60 Kinos, einige davon fassen über tausend Zuschauer, auch die entsprechenden Kapazitäten. Das Festival spielte sich in 16 verschiedenen Sälen ab und hatte in diesem Jahr zudem noch in jeder größeren Stadt des Landes einen sogenannten Sub-Sitz.

Darüber hinaus bietet das Festival die fast einzigartige Möglichkeit, Filme aus der ganzen Welt zu sehen. Im Rahmen von Länderreihen flimmerten über kubanische Leinwände Filme aus Spanien, Italien, Dänemark, Irland, Japan, China, Kanada und Deutschland. Ein interessantes Kontrastprogramm zum kubanischen Fernsehen, wo längst 80 Prozent aller Spielfilme US-amerikanischer Provenienz sind.

Auch wenn kubanische Filmfachleute der Meinung waren, die „Ernte" des diesjährigen Festivals sei im ganzen gesehen nicht überwältigend gewesen, herrscht bezüglich kubanischer Produktionen eine andere Ansicht vor. Hier seien Dinge möglich gewesen, die noch vor kurzem undenkbar schienen.

Zwar gab es während dieses Festivals kein Meisterwerk á la *Fresa y chocolate* – das Werk, das den Rahmen des noch Zulässigen innerhalb der Zensur neu definiert hatte. Dafür kamen doch sämtliche kubanische Produktionen oder Produktionen von außerhalb, die sich mit der Insel befaßten, mit einer wohltuenden Frische und/oder Direktheit daher. Ein Beispiel dafür ist der 85-minütige Dokumentarfilm *Aché – El alma Africana de Cuba* (Aché – Die afrikanische Seele Kubas) der Deutschen Elke Jonigkeit. Gläubige afrokubanischer Kulte legen unter anderem ihre Sicht der heutigen Realität Kubas in einer Art und Weise dar, die sich mit offiziell verordneten Standpunkten in nichts überschneidet.

Auch zwei kubanisch-US-amerikanische Video-Koproduktionen über Homosexualität, Geschichte der Schwulenunterdrükkung, Transvestitenszene überschreiten die Grenzen des bisher dagewesenen. *Mariposas en el andamio* (Schmetterlinge auf dem Baugerüst) von der Amerikanerin Margaret Gilpin und Luis F. Bernaza aus Kuba und *Gay Cuba*, eine Koproduktion des regierungsunabhängigen „Centro Felix Varela" mit Sonja de Vries aus den USA wurden offen angekündigt und gezeigt. Leider lief Gay Cuba nur in einem sehr kleinen Saal.

Abschließend seien noch *Pon tu pensamiento en mi* (Vertraue mir dein Denken an), ein Erstlingswerk des jungen Regisseurs Arturo Soto Diaz und *Melodrama* von Rolando Diaz gewürdigt. Ersterer ist ein recht aufwendig produzierter Film. Als Film im Film befaßt er sich äußerst metaphern- und anspielungsreich mit einer Das-Leben-Jesu-Verfilmung. Gespickt mit Texten des in den siebziger Jahren verstorbenen kubanischen Poeten Virgilio Piñeira verteilt der Film laufend Seitenhiebe auf aktuelle kubanische Realitäten.

*Melodrama*, eine der Rosinen des diesjährigen Festivals, wurde so weit wie möglich an den Rand gedrängt. Es ist zu hoffen, daß diese hinreißende Komödie auch bald einmal bei uns zu sehen sein wird. Der knapp einstündige Film erzählt die Geschichte einer frustrierten Fernsehmoderatorin mit briefmarkensammelndem und impotentem Ehemann im Havanna des Frühsommers 1994.

Wo schließlich die Grenzen des heute in Kuba Möglichen liegen, zeigte am zweitletzten Festivaltag die kommentarlose Suspendierung eines katalanischen Dokumentarvideos über die Balsero-Krise vom vergangenen Jahr mit dem Titel *Estimada Familia* (Liebe Familie) des Regisseurs Carlos Busch. Das Video wurde tags zuvor sogar überraschenderweise in der Parteizeitung „Granma" kurz angekündigt, letztendlich aber doch nicht gezeigt.

**Geri Krebs**

**Anmerkungen:**

1) „Período especial" ist der offiziell verordnete Begriff für die seit 1990 anhaltende Wirtschaftskrise seit dem Zusammenbruch des „sozialistischen Lagers".

2) Der Sommer 1994 zeichnete sich durch große Anspannung aufgrund der zugespitzten ökonomischen Probleme aus. Sie entlud sich am 5. August in Ausschreitungen und löste im Anschluß die Bootsflüchtlingswelle aus. Der damalige Konflikt wird als Balsero (Flößer)-Krise bezeichnet.

# Editorial

Für viele stellt genossenschaftliches oder kooperatives Arbeiten und Wirtschaften in selbstverwalteten Kollektiven die glückverkündende persönliche Alternative zum streßigen und entfremdeten Hassel um die meiste Knete dar. Die Selbstausbeutung zum Einheitslohn – eine Ironie, die eigentlich nur aus der Perspektive herkömmlicher Arbeitswelten sinnig ist – nimmt man dafür gern in Kauf. Für andere sind kollektive Produktionsformen ein revolutionäres Unterfangen, ein Nagel im Sarg des Kapitalismus, oft projiziert auf den Süden – je weiter desto revolutionär.

Beiden Perspektiven ist gemein, daß das Konzept Genossenschaft oder genossenschaftlich organisiertes Wirtschaften Selbstbestimmung und Umverteilung bzw. Gerechtigkeit verheißt. Genossenschaftliche Ansätze gelten als Beitrag zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Mit dieser Idee sind Genossenschaften, Kooperativen und Gemeinschaftsprojekte in der Dritte-Welt- und Solidaritätsarbeit zu Schlagwörtern mit einem wundersamen Klang geworden. Sie bewegen VerbraucherInnen zum Zahlen von ein paar Mark mehr für Kaffee oder Tee, sie motivieren zu Zinsverzicht, Spenden und ehrenamtlicher Arbeit. Unser Themenschwerpunkt beschäftigt sich vor diesemHintergrund mit den Möglichkeiten genossenschaftlicher Organisation für Entwicklung und Gerechtigkeit und mit ihren Grenzen im weltweiten Kapitalismus.

Die Geschichte der Genossenschaften ist geprägt durch die Verweigerung des kapitalistischen Wirtschaftens auf der einen und der „erfolgreichen" Anpassung an seine Zwänge auf der anderen Seite. Entsprechend vielseitig ist die „Verwendung" der Genossenschaftsidee. So wurde diese Unternehmensform während des gesamten 20. Jahrhunderts unter wechselnden Vorzeichen als Entwicklungskonzept aus den kapitalistisch entwickelten Gesellschaften exportiert. Dort waren Genossenschaften zuerst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Teil der Proletarierkultur der englischen Industriearbeiter entstanden. Für die Kolonialmächte stellten sie dann ein sozialpolitisches Herrschaftsinstrument dar, das vor allem Mittelschichten an den Kolonialstaatsapparat binden sollte. In den Kämpfen um Unabhängigkeit betrachteten umgekehrt die kolonialisierten Eliten der „neuen" Mittelklasse dieselben Genossenschaften als Befreiungsinstrument zur sozialen und wirtschaftlichen Emanzipation.



Nach der Unabhängigkeit waren Genossenschaften ein probates Konzept insbesondere der landwirtschaftlichen Entwicklung, die der angestrebten industriellen vorausgehen sollte. Dies galt für die Modernisierung auf dem sozialistischen wie auf dem kapitalistischem Weg. Fast zwölf Millionen Menschen waren um 1980 im Afrika südlich der Sahara Mitglied landwirtschaftlicher Genossenschaften. In Ostafrika waren zu der Zeit ca. 40 % aller bäuerlichen Haushalte in Kooperativen organisiert.

Die Entwicklung des Welthandels und die inneren Schwächen des Genossenschaftswesens (Instrumentalisierung durch den Staat, Korruption und Mißmanagement, Bürokratisierung) ließen die Ideen kollektiven Wirtschaftens und die Entwicklungsperspektive dieser „Institution der Armen" schrumpfen. Mit der Idee bzw. Ideologie der Zivilgesellschaft und mit dem Ende der Systemkonfrontation fanden aber Genossenschaften in die entwicklungspolitische Diskussion zurück. Nach dem jahrzehntelangen Frust staatlich gelenkter Entwicklung und einer Entwicklungspolitik „von oben" wurden die Genossenschaften als basisdemokratische Organisation zur Selbsthilfe wiederentdeckt. Hinter diesen neueren Projektionen steht die Vorstellung von Genossenschaften als egalitär-partizipativen Organisationen. Als solche könnten sie zu Demokratie und gerechterer Verteilung beitragen.

Ein Blick auf die oftmals idealisierte Frühzeit der Genossenschaften kann davor bewahren, der Wunschvorstellung von Demokratie und Entwicklung allzu leicht aufzusitzen: Als „Kinder der Not" sind während der Industrialisierung viele Genossenschaften entstanden. Sie waren oft kaum mehr als temporäre Auffangbecken für die Opfer der technischen Modernisierung, insbesondere unter den Handwerkern. Die Entwicklung landwirtschaftlicher Genossenschaften steht zudem für die Partizipation der Habenden. Ernten und mitbestimmen durften am Ende nur die Großen – die Kleinen wurden abgehängt. In der Zwickmühle zwischen der Idee selbstbestimmten Wirtschaftens auf der einen und Effizienzzwang auf der anderen Seite bleibt meist nur die Aufgabe der Idee.

Die Dominanz der Mittelschichten ist heute auch signifikant für viele genossenschaftliche Strukturen im Süden. Demokratie heißt hier Partizipation der Mittelschichten und Entwicklung Marktwirtschaft. Vor dem Hintergrund des globalen Trends zu „Demokratie" und Marktwirtschaft stellt sich die Eingangsfrage neu: Kann die Förderung von Genossenschaften ein Weg sein zu mehr Gerechtigkeit im Süden und weltweit? Zerstören Genossenschaften Möglichkeiten der Subsistenzwirtschaft und schaffen Abhängigkeit vom Weltmarkt oder stellen sie eine Chance dar für eine selbstbestimmte endogene Entwicklung? Und dann: Soll die Genossenschaftsförderung die Umwälzung bestehender sozialer Verhältnisse im Auge haben oder lediglich zu mehr Gerechtigkeit am Marktgeschehen beitragen?

Nun, Hoffnungen auf revolutionäre Welten sind perdu. Genossenschaften könnten dagegen ein Beispiel dafür sein, daß sich die Suche nach dem bißchen Wahren im Falschen lohnen könnte. Kollektives Wirtschaften, Selbstbestimmung und Selbsthilfe sind Konzepte, die nicht dadurch ihren Wert verlieren, daß sie sich in der falschen Welt beweisen müssen - auch wenn sie diese nicht verändern können. Kleine Brötchen sind da besser als kein Brot und auf dicke Kartoffeln können derzeit ohnehin nur dumme Bauern hoffen.

**Die Redaktion**




Foto: Burghard Flieger

# Die Idee der Gleich-Gültigkeit

## Auslaufmodell oder Chance auf eine nachhaltige Entwicklung?

**Genossenschaften, kollektive Selbsthilfe, Gemeinwesenentwicklung ... – Begriffe, die als „Zauberformel" für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik offensichtlich ausgedient haben. Ist die gesamte entwicklungspolitische Arbeit in der Krise? Sind die mit der Genossenschaftsidee in Europa entwickelten Konzepte verfehlt oder lassen sie sich nur nicht auf den Süden übertragen?**

Die Überfrachtung und mythische Überhöhung der gemeinwirtschaftlichen Ideen trugen sicherlich zu ihrem Niedergang bei. Die Umsetzung wurde zu sehr von Schreibtischen aus gesteuert und jeweiligen Erfordernissen und Möglichkeiten nicht ausreichend angepaßt. Fast jede Erklärung für die fehlende aktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema „Genossenschaften in der Dritten Welt" enthält wohl einen Funken Wahrheit. Gleichzeitig läßt sich aber auch beobachten, daß in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer wieder Kooperativen in den unterschiedlichsten Formen entstehen. Während das entwicklungspolitische Modell „Genossenschaften" in den Schubladen verschwunden ist, widersetzt sich offensichtlich eine „eigenwillige" Realität den politischen Modewellen.

Was aber ist überhaupt unter Genossenschaften bzw. Kooperativen zu verstehen? Es gibt unzählige und widersprüchliche Versuche, diese zu bestimmen, da mit den verschiedenen Definitionen auch Politik gemacht und ideologische Auseinandersetzungen ausgefochten werden. Einzelnen Unternehmensgruppen werden auf diese Weise gesetzlich verankerte Förderungen verwehrt. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland. Zu den wichtigsten Kriterien gehören hier das Identitäts-, das Demokratie- und das Förderungsprinzip sowie die Freiwilligkeit. Dazu kommen die Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung.

## Genossen-ABC

Das Identitätsprinzip läßt sich am leichtesten überprüfen. Es besagt, daß zwei Rollen, die sich sonst am Markt gegenüberstehen, in der Genossenschaft zusammenfallen: In der Produktivgenossenschaft sind die Beschäftigten eines Unternehmens auch die Kapitalgeber, in der Konsumgenossenschaft die Verbraucher ihre eigenen Händler, in der Kreditgenossenschaft die Kreditnehmer Inhaber des Finanzierungsinstituts und in den landwirtschaftlichen Vertriebsgenossenschaften organisieren die bäuerlichen Produzenten ihren eigenen Absatz.

Damit werden auch die wichtigsten Genossenschaftsarten und die sozialen Gruppen, die sie tragen, angesprochen. Bei den Produktivgenossenschaften sind es Handwerker oder (Fach-)Arbeiter, die für einen eher anonymen Markt produzieren. Sie haben vor allem in städtischen Regionen eine Chance und spielen aufgrund der überwiegend landwirtschaftlichen Struktur in vielen Entwicklungsländern nur eine untergeordnete Rolle. Kreditgenossenschaften helfen Betreibern von Kleingewerben und Bauern, Wucherzinsen zu vermeiden. Sie sind sowohl für städtische als auch ländliche Bereiche relevant. Vertriebskooperativen eröffnen bäuerlichen Produzenten einen Weg aus der Subsistenzwirtschaft. Insofern sind die Träger dieser drei Genossenschaftsarten eher privilegierte Gruppen. Nur die Konsumgenossenschaften, die Haushalten einen günstigen Einkauf von Grundversorgungsmitteln ermöglichen, binden auch die ärmeren Schichten ein.

Mit dem zweiten Prinzip, dem Demokratieprinzip – ein Mensch/eine Stimme, unabhängig von der Kapitaleinlage – werden Genossenschaften am stärksten assoziiert. In Deutschland ist dieses Prinzip weitgehend ausgehöhlt, weil die Mitgliederversammlung als oberstes Organ gegenüber der Geschäftsführung keine Weisungsbefugnis hat. Der „demokratische Einfluß" läßt sich daher nur über die Abwahl der Verantwortlichen verwirklichen. Über die Alltagspartizipation in Genossenschaften der Dritten Welt gibt es selten empirisch fundierte Aussagen. Vieles deutet aber darauf hin, daß sich der Genossenschaftsleiter in Herkunft und Durchsetzungsvermögen von den übrigen Mitgliedern unterscheidet. Patriarchalische Leitungsstrukturen sind trotz der for-

maldemokratischen Organisation weit verbreitet.

Das dritte Prinzip, das Förderprinzip, stellt nicht die Kapitalverwertung, sondern die Förderung der Mitglieder über das Kerngeschäft der Genossenschaft in den Vordergrund. Dies bedeutet bei der Produktivgenossenschaft ausreichendes Einkommen und attraktive Arbeitsplätze, bei der Verbrauchergenossenschaft qualitativ gute Konsumgüter zu niedrigen Preisen und bei der Vertriebsgenossenschaft hohe Übernahmepreise durch die Genossenschaft bei großer Absatzsicherheit. Dieses Prinzip ist in Deutschland gesetzlich verankert. Es wird als Argumentation gegen gesellschaftliche bzw. gemeinnützige Aufgaben von Genossenschaften eingesetzt: Letztere sollen ihre Mitglieder fördern und keine darüber hinausgehenden Aufgaben wahrnehmen.

Mit dem Förderprinzip und dem Kriterium der Freiwilligkeit erfolgt die Abgrenzung gegenüber sozialistischen oder staatlich instrumentalisierten Genossenschaftskonzepten. Kommt die Mitgliedschaft durch Zuteilung oder Anordnung zustande, so sprechen viele, v.a. deutsche Genossenschaftsvertreter dem entsprechenden Unternehmen den genossenschaftlichen Charakter ab. Das gilt selbst dann, wenn dies nur indirekt durch Verbot oder starke Benachteiligung privatwirtschaftlicher Unternehmen geschieht, so daß die genossenschaftliche Organisationsform die einzige Alternative zu staatlichen Unternehmen darstellt.

## Permanente Unübersichtlichkeit

Diese Kriterien und Ausgrenzungsversuche sind mit Vorsicht zu genießen. Allein die organisierten Genossenschaften, zusammengeschlossen im Internationalen Genossenschaftsbund mit rund 200 Mitgliedsverbänden aus über 80 Ländern sowie fast 700.000 Genossenschaften und weit über 600 Mio. Mitgliedern, repräsentieren eine Vielfalt und Unterschiedlichkeit, der die genannten Charakteristika nicht gerecht werden können.

Hinzu kommt eine unüberschaubare Zahl verbandlich nicht organisierter Kooperativen. Schon in der Bundesrepublik umfassen sie mehrere 1000 Betriebe. In vielen Ländern der Dritten Welt, in denen die rechtlichen und verbandlichen Strukturen sowie die statistische Erfassung weniger ausgeprägt sind, dürfte ihre Zahl erheblich höher liegen. Daher erschwert diese Vielfalt und die extreme Bandbreite der Zielgruppen bzw. Mitglieder aus allen sozialen Schichten eine allgemeingültige Beschreibung des Phänomens Genossenschaft. Sie läßt erst recht keine pauschalisierende Aussage über ihre wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung zu.

Die, wenn auch gebrochene, Anerkennung der Genossenschaft liegt in ihrer tatsächlichen oder nur vermeintlichen demokratischen Verfassung als wirtschaftliches Unternehmen. Beruhend auf den Erfahrungen in Europa wird mit ihr die Emanzipation unterprivilegierter Gruppen verbunden. Sie gilt als „Institution der Armen" bzw. des „kleinen Mannes". Außerhalb Europas wurden die sogenannten „modernen Genossenschaften" bereits um 1900 von der britischen Kolonialregierung in Indien eingeführt. Etwa 30 Jahre später gehörten sie im britischen West- und Ostafrika mit zum Selbstverständnis der kolonialen „Entwicklungsaufgaben".[1]

Die Folge: Als koloniales Erbe überdeckte ein bürokratischer Apparat die Genossenschaften in vielen außereuropäischen Ländern und ließ wenig Raum für die Entfaltung partizipativer Strukturen. Die Vorstellung eines „Entwicklungsstaates" mit umfassender Verantwortlichkeit wurde zum akzeptierten Selbstverständnis. Sie legitimierte die Fortschreibung kolonialer Eingriffs- und Kontrollstrukturen, zu denen die Genossenschaften auch gehörten.

Trotzdem waren viele genossenschaftliche Neugründungen Anfang der sechziger Jahre nicht ausschließlich ein Ergebnis staatlicher Eingriffe. Von der „ländlichen Mittelklasse" inszeniert, beruhten sie in Kenia und Tansania auf einer „Genossenschaftseuphorie von unten". Den Ausschlag gaben Hoffnungen auf wirtschaftliche Vorteile, wie sie einige Genossenschaften während der Kolonialzeit anscheinend oder tatsächlich erzielt hatten. Staatliche Anreize wie finanzielle Förderungen, Anbauliberalisierung oder Vergabe von Vertriebsmonopolen verstärkten die Gründungswelle und ein schnelles Mitgliederwachstum.

## Offiziell an allem schuld

In dieser Zeit war die Genossenschaft als universell einsetzbare Entwicklungsinstitution international anerkannt. Der fehlende durchschlagende Erfolg führte Anfang der siebziger Jahre aber zu grundsätzlichen Zweifeln an einer staatlich aufgepfropften Entwicklungspolitik. Die Eignung von Genossenschaften wurde in Frage gestellt. Seit dieser Zeit wird die „Offizialisierung" als Ursache für ihre fehlenden wirtschaftlichen Erfolge ausgemacht. Gemeint sind massive staatliche Interventionen und Kontrollen, um – im Rahmen einer oft sehr eigenmächtig agierenden staatlichen Bürokratie – Genossenschaften für die jeweiligen entwicklungspolitischen Planungen einzusetzten.

Viele Kooperativen scheiterten jedoch nicht nur an der „Offizialisierung". Zu nennen sind ebenso Produktivitätsprobleme durch fehlende Qualifikation der Mitglieder, Managementschwierigkeiten durch Korruption und unzureichende betriebswirtschaftliche Kenntnisse in den verantwortlichen Funktionen. Außerdem unterliegen die Exportmärkte Bedingungen, die Genossenschaften aufgrund der eigenen Größe nicht beinflussen können. Erhebliche Preis- und Absatzschwankungen führen deshalb immer wieder in die Situation, keine kostendeckenden Preise erzielen und Absatzeinbrüche durch das geringe Eigenkapital nicht überbrücken zu können. Insofern ist die „Offizialisierung" teilweise eine Reaktion auf das Scheitern von Genossenschaften und nicht dessen Ursache.

## Jubel und Tränen

Zehn Jahre später werden die Genossenschaften erneut „entdeckt". Die jahrzehntelange Vernachlässigung und jetzt als „Wundermittel" erkannte Partizipation sollte sie zur neuen Entfaltung bringen: Genossenschaften als demokratische Basisorganisationen für eine Entwicklung „von unten". „Communitiy Development" wird so zum Markenzeichen vor allem verschiedener Nichtregierungsorganisationen. Unterstützt werden konkrete Projekte, weil die Rahmenbedingungen der internationalen Arbeitsteilung sich nach wie vor den unmittelbaren Einflußmöglichkeiten entziehen. Im Mittelpunkt der Projektarbeit stehen Bewußtseinsbildung und Organisation, Aus- und Fortbildung sowie Produktionssteigerung.

Das Ergebnis ist ähnlich wie zehn Jahre zuvor. Enttäuscht vom fehlenden Erfolg der Entwicklung durch Genossenschaften, geben Organisationen wie der Weltfriedensdienst den Schwerpunkt auf Unterstützung von „Gruppenansätzen" auf. Als wesentliche Gründe für das „Versagen" von Genossenschaften heben Projektberater aufgrund von konkreten Erfahrungen bei ihrer Betreuung hervor: Insbesondere ärmere Genossenschaftsmitglieder verfügen nicht über eigene Gelder, die sie der Genossenschaft in Form von Anteilen zur Verfügung stellen könnten. Dadurch bleibt ihre Identifikation vergleichsweise gering. Da auch die Rentabilität und damit die Kapitalakkumulationsmöglichkeiten sowie Zuschüsse und Förderungen von Staat und Hilfsorganisationen nicht ausreichen, fällt es vielen Genossenschaften schwer, sich am Markt durchzusetzen. Das Erziehungs- und Berufsbildungswesen reicht nicht aus, um die notwendigen Betriebsführungskenntnisse und das technische Wissen zu vermitteln. Wer über die entsprechenden Kenntnisse verfügt, findet in anderen Bereichen wie Staat, ausländischen Unternehmen oder Privatwirtschaft attraktivere Angebote. Vor allem bei Produktiv- und Vertriebsgenossenschaften sind Geschäftsideen, die Suche nach Marktnischen, der Aufbau von Absatzmärkten und die Pflege von Kundenbeziehungen wichtig. Viele Genossenschaftsmitglieder, einschließlich des Managements, haben keine Vorstellung von „unternehmerischem Handeln". Auch ist die Bereitschaft gering, aus strategischen Gründen auf Auszahlungen von Geldern zu verzichten. Die Armut vieler Mitglieder läßt dies nicht zu. Oftmals werden Genossenschaften als Sozialeinrichtungen für arbeitslose Jugendliche, ehemalige Befreiungskämp-

fer oder andere ausgegrenzte Gruppen verstanden. Die Einkommen fließen unabhängig von Einsatzbereitschaft und der finanziellen Situation der Genossenschaft. Die Konkurrenzfähigkeit ist damit verloren und das Scheitern programmiert.

Aufgrund dieser Erfahrungen die Genossenschaft als wirtschaftliche Organisation in Entwicklungsländern abzulehnen, greift jedoch zu kurz. Es gibt Beispiele für eine dauerhafte Etablierung von Kooperativen. Dies gelingt vor allem in Gebieten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen im Zusammenhang mit der bäuerlichen Produktion für den Export. Die traditionellen Strukturen sind dort am stärksten aufgelöst. Initiatoren der Genossenschaften gehören hier oft zu den wirtschaftlichen und sozialen Innovatoren, die diesen Prozeß tragen und sich dabei als erste von tradierten Werten und Bindungen lösen.

Dies gilt für die Kaffeegenossenschaften in Kenia und Tansania, die zu den wirtschaftlich erfolgreichsten in diesen Ländern gehören. Zweifel sind jedoch berechtigt, ob denn die genossenschaftlichen Formen ausschlaggebend sind. Es sind eher die einmaligen Bedingungen für den Anbau von Kaffee, die eine relativ unproblematische Kombination von Markt- und Subsistenzproduktion ermöglichen. Insbesondere die in der Kolonialzeit entwickelte Infrastruktur fördert die wirtschaftliche Effizienz der Genossenschaften. Da ähnlich hohe Weltmarktpreise für andere Erzeugnisse, beispielsweise Baumwolle, nicht erreicht wurden, stießen Genossenschaften mit diesem Produkt entsprechend schnell an die Grenzen ihrer Entwicklung. Noch stärker gilt dies für die genossenschaftliche Vermarktung von Nahrungsmitteln auf nationaler Ebene. Der Absatz an die städtische Bevölkerung und die Plantagenarbeiter bleibt für eine genossenschaftliche Vertriebsstruktur zu klein und unregelmäßig. Viele bäuerliche Selbstvermarkter und Händler sind flexibler und durch soziale Beziehungen in den jeweiligen lokalen Strukturen besser integriert. Die Größe einer Genossenschaft kann ihr zu keinen wirtschaftlichen Vorteilen gereichen.

## Dicke Kartoffeln – Kleine Brötchen

Die zuletzt skizzierten Beispiele zeigen: Die Genossenschaften sind von staatlicher Seite wie auch von großen Teilen der Bevölkerung als wichtige Unternehmensform akzeptiert. Mit welchen Ergebnissen sie aufwarten können, ist nur begrenzt von dem Entwicklungsmodell „Genossenschaft" abhängig. Kollektive Selbsthilfe und gemeinsames Handeln üben einen relativ kleinen Einfluß auf wirtschaftlichen Erfolg aus. Wichtiger sind lokale, regionale und Weltmarkt-Machtstrukturen. Hinzu kommen rechtliche Bedingungen und die Förderung durch Beratung, Kredite, technische Ausstattung etc. Vor allem aber entscheiden die kaufkräftige Nachfrage und damit die erzielbaren Preise über den wirtschaftlichen Erfolg.

Alle Konzepte, die mit Hilfe von Genossenschaften die Ausbeutung und Abhängigkeit der Entwicklungsländer beenden wollen, überfordern die Möglichkeiten dieser einzelwirtschaftlichen Sozialorganisation. Ohne Veränderung der Rahmenbedingungen sind sie zum Scheitern verurteilt – gleichgültig ob „von oben" oder „von unten" agiert wird. Dies spricht nicht grundsätzlich gegen die Unterstützung von Genossenschaften, wohl aber gegen übertriebene Erwartungen. Auf einzelwirtschaftlicher Ebene kann dennoch an einer Weiterentwicklung gearbeitet werden: durch die Suche nach Absatzmöglichkeiten, Konzepten genossenschaftlichen Managements, geeigneten rechtlichen Strukturen oder besser greifenden Förderansätzen für die Hilfe zur Selbsthilfe. Unter sozialwirtschaftlichem Blickwinkel sind die Genossenschaften noch allemal ihrer Alternative, dem klassischen hierarchisch-kapitalistischen Betrieb, vorzuziehen.

**Burghard Flieger**

**Anmerkung:**
1) Einige der folgenden Ausführungen beruhen auf der Arbeit von Gero Erdmann (vgl. auch den Beitrag von G. Erdmann in diesem Heft).



**Bolivianische Genossen präsentieren ihre Produktpalette**

# „Wir machen den Weg frei"

## Deutsche Genossenschaften zwischen Nischenproduktion und Gegenmacht der Konsumenten

**Als dritte Säule der Arbeiterbewegung erlebten die Produktiv- und Konsumgenossenschaften in Deutschland Anfang dieses Jahrhunderts einen gewaltigen Aufschwung. Dafür sorgten Erfolge bei der Versorgung mit preisgünstigen Lebensmitteln und die Bereitschaft breiter Bevölkerungskreise, sich ideologisch und finanziell in eine Massenbewegung einbinden zu lassen. Der Rückblick in die Geschichte zeigt aber auch, daß Wachstumsstreben sowie die Vernachlässigung dezentraler Strukturen und demokratischer Kontrolle schließlich zum Verlust des genossenschaftlichen Charakters führten.**

Die ersten Genossenschaften in Deutschland wurden in Zeiten wirtschaftlicher Depression und Rezession während der Industrialisierung gegründet. Oftmals geschah dies in nach technischen Neuerungen zerfallenden Gewerbezweigen und nach politischen Niederlagen. Dies gilt vor allem für die Gründung der frühen Arbeiterproduktivgenossenschaften, die im Anschluß an die Revolution von 1848 erfolgte. Solche Kooperativen starteten als kleine Unternehmen. Ihre Läden und Werkstätten waren meist in vernachlässigten Randgebieten angesiedelt: Genossenschaften als Kinder der Not. Die Gründer bauten sie an Standorten auf, an denen „normale" Unternehmen keine Chance sahen. Aufgrund der schlechten Startbedingungen, z. B. fehlendes Kapital, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich in ärmlichen Gegenden mit bescheidenen Räumlichkeiten zu begnügen.

Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch waren die ersten Genossenschaften diskriminiert. Häufig wurden ihre Gründer sogar direkt verfolgt. Ein Beispiel hierfür ist die vermutlich erste Konsumgenossenschaftsgründung 1849 in Deutschland, die Lebensmittelassoziation zu Eilenburg. Als Lebensmittelgenossenschaft strebte sie die Selbstversorgung ihrer Mitglieder an. Vom eingesessenen Handel wurde sie daher hart bekämpft (Lieferboykott) und ging nach drei Jahren zugrunde.

Versammlungs- und Vereinsverbot blokkierten viele der ersten Genossenschaften. Teilweise wurden ihre Treffen von Polizeispitzeln beobachtet. Auch war es Beamten jahrzehntelang verboten, Mitglied einer Genossenschaft zu werden. Hintergründe der Repression von Genossenschaften waren das offensive politische Eintreten ihrer Initiatoren für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Dies galt vorrangig für die mit der entstehenden Arbeiterbewegung eng verknüpften Konsum- und Produktivgenossenschaften. Noch heute kann nach dem deutschen Genossenschaftsgesetz die Eintragung von Neugründungen abgelehnt werden, die politische Ideen in den Vordergrund stellen.

### Produktive Kinder der Not

In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Bild der Genossenschaften vor allem durch die Wohnungsgenossenschaften, die Konsum- und die Kreditgenossenschaften in Form der Volks- und Raiffeisenbanken geprägt. Produktivgenossenschaften, denen zum Teil der Beginn der Genossenschaftsbewegung zu verdanken ist, werden heute meist als bloß theoretisch-historisch interessant eingestuft. Das ist nicht zuletzt auf die häufig geringe Bestandsdauer dieser Genossenschaftsform zurückzuführen. Sie entstanden nach Streiks als Überlebensmöglichkeit für ausgesperrte oder entlassene Arbeiter oder in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Letztere wurde nicht zuletzt durch die Unwirtschaftlichkeit des traditionellen Handwerks – etwa in der Weberei – ausgelöst. Auf diese Weise übernahmen viele Produktivgenossenschaften eine Auffangfunktion in Notzeiten. War die konkrete Krisensituation aber vorüber, lösten sie sich meist wieder auf oder verlagerten ihren Arbeitsbereich.[1]

Eine größere Zahl der frühen Produktivgenossenschaften ging dann in den wirtschaftlich erfolgreicheren Konsumgenossenschaften auf. Nach jahrelanger Kooperation mit Konsumgenossenschaften wurden sie in unselbständige sogenannte „Eigenbetriebe" umgewandelt. Kooperativen, die nicht bereit waren, ihre Eigenständigkeit aufzugeben, verloren die Konsumgenossenschaften als Vertriebspartner und scheiterten infolge mangelnden Absatzes. Der „Mißerfolg" der Produktivgenossenschaften ist aber nicht ausschließlich in fehlender Konkurrenzfähigkeit zu Zeiten technologischer Umbrüche zu suchen, sondern auch im fehlenden Aufbau eines gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Verbundes. Es gelang ihnen nicht, einen eigenen Genossenschaftsverband zu gründen. Ein Grund für ihr „betriebsegoistisches" Denken ist in dem ausgeprägten Streben nach Dezentralität und Unabhängigkeit zu sehen.

### Genossen schaffen Konsum

Bis in die heutige Zeit Bestand haben die Konsumgenossenschaften, beispielsweise die 'co op Dortmund-Kassel Konsumgenossenschaft eG' mit über 400.000 Mitgliedern oder die 'co op Schleswig-Holstein eG'. Ihre Entwicklungsdynamik ist beeindruckend. Den ersten Genossenschaftsgründungen im Lebensmittelbereich fehlten als „Kinder der Not" ähnlich wie den Produktivgenossenschaften die zur Unternehmensgründung erforderlichen Mittel. Um wirtschaftlich tätig zu werden, sammelten und akkumulierten sie beständig kleine Geldbeträge. Daß dieses Zusammentragen von Pfennig um Pfennig erstaunlich wirkungsvoll war, verdeutlicht ihr rasanter Aufstieg.

Die Kölner Konsumgenossenschaft „Hoffnung" weist schon im Gründungsjahr 1901/02 mit 1.800 Mitgliedern eine beträchtliche Größe auf. Innerhalb von zehn Jahren wuchs sie auf 23.839 Mitglieder. Im gleichen Zeitraum stieg der Umsatz in den eigenen Geschäften von 170.127 auf 5.664.484 Mark an. Die Kölner Genossenschaft schreibt stolz in einem Flugblatt: „Immer größer wird die Zahl unserer Mitglieder! Immer höher stei-

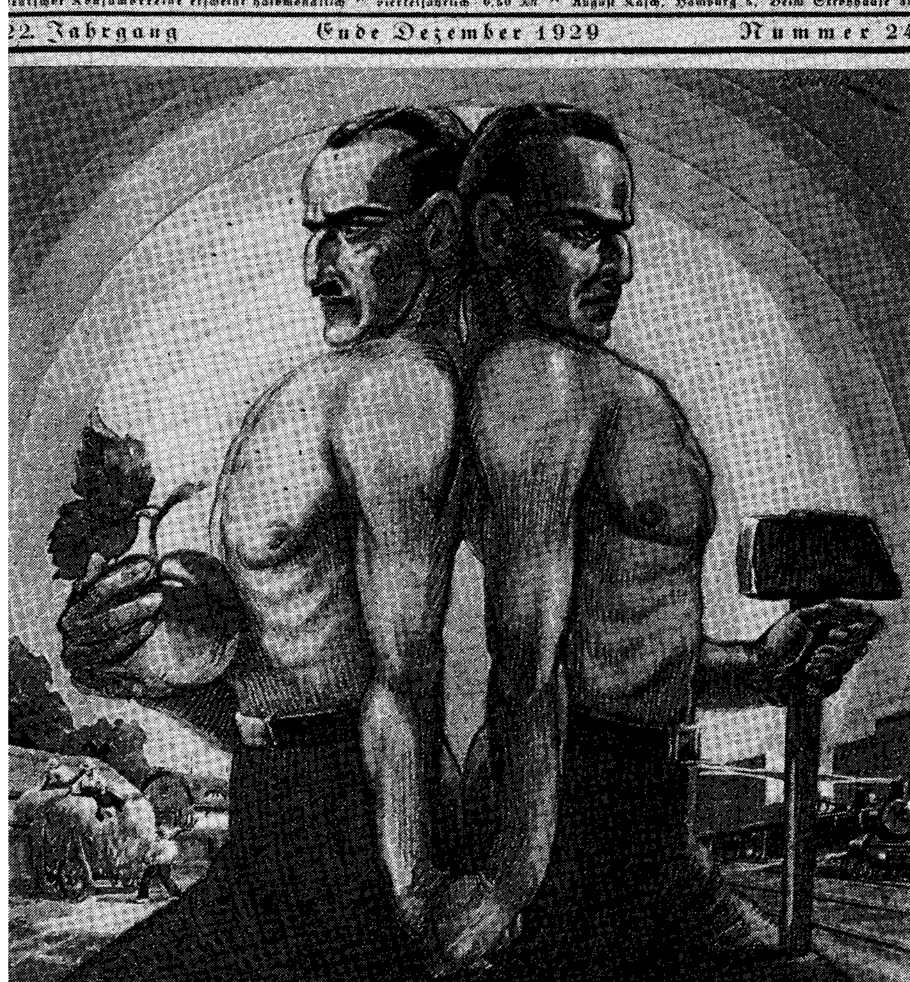
gen die Umsatzziffern! Immer intensiver werden unsere Betriebe! Ein ständiges Wachsen und Erstarken nach außen und nach innen! Und das trotz aller Gegner!" (Archiv des Klaus-Novy-Instituts). Im Vergleich zu heutigen Food Coops oder Ökogenossenschaften verdeutlichen die genannten Zahlen die immense Ausstrahlungskraft dieser Gründungen. Deren Wachstum übersteigt die „kühnsten Erwartungen" heutiger Genossenschaftsverfechter.

## Das Kreuznacher Gericht

Grundlagen für die erfolgreiche Entwicklung der Konsumgenossenschaften waren die Überlegungen von Eduard Pfeiffer (1835–1921) und Heinrich Kaufmann (1864–1928). Das von ihnen formulierte Wirtschaftskonzept des Kooperatismus mündet in die Idee der Gemeinwirtschaft bzw. führt zur Verknüpfung der Konsumgenossenschaft mit der Gemeinwirtschaftsbewegung. Der Kooperatismus strebt ein verändertes Wirtschaftssystem durch die Zusammenarbeit der Konsumenten an. Danach läßt sich ein genossenschaftlich geordnetes Wirtschaftssystem auf reformerischem Weg durch die Macht der Konsumenten erreichen, indem diese nur in den eigenen Betrieben einkaufen.

Die Ideen des Kooperatismus waren stark von politischen Intentionen geprägt. Sie halfen, das isolierte Klein-Klein der Produktivgenossenschaftsbetriebe zu überwinden. Aus der sozialen Bewegung wurde eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit. Schon früh lösten jedoch die politischen Zielsetzungen harte Auseinandersetzungen innerhalb des vielfältigen Genossenschaftsspektrums aus. Die ersten sich Ende des 19. Jahrhunderts entwickelnden Verbandsstrukturen sind von den Interessen des verarmenden Mittelstandes der kleinen Handwerker und Einzelhändler geprägt, deren politische Ziele abseits einer grundlegenden Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft lagen. Hinzu kam, daß die Konsum- und Produktivgenossenschaften auch ökonomisch mit den Kleingewerbetreibenden konkurrierten.

Dauerhafte Querelen und Konflikte innerhalb des 1864 gegründeten „Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" waren die Folge. Auf der Genossenschaftstagung in Kreuznach 1902 kam es schließlich zum Eklat: Ohne vorherige Ankündigung auf der Tagesordnung wurde der Ausschluß von 98 Genossenschaften durchgesetzt. Der sozialistische Teil der Genossenschaftsbewegung sollte niedergehalten werden. Im Anschluß an dieses sogenannte „Kreuznacher Gericht" gründeten die Arbeitergenossenschaften jedoch einen eigenen Konsumgenossenschaftsverband, der in seiner Anfangsphase auch die Produktivgenossenschaften integrierte. Sie erlebten nun genau den Wachstumsschub, den ihre Gegner mit dem Ausschluß verhindern wollten.




**„... weil Du auch ein deutscher Arbeiter bist"**

## Partizipation oder Effizienz

Ausgehend von den Überlegungen des Kooperatismus – „die Wirtschaft von unten aufkaufen" –, entwickelten die Konsumgenossenschaften, getrieben vom Willen zur Gegenmacht, eine immense Kraft. Schon sehr früh bedienten sie sich hierzu zentraler Strukturen, die beim gemeinsam organisierten Einkauf ansetzten. Es gelang ihnen, einen Teil der Wirtschaft, vor allem im Lebensmittelbereich, bedarfswirtschaftlich zu organisieren. Als ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Erfolg der Arbeitergenossenschaftsbewegung erwies sich die Gründung der Großeinkaufsgesellschaft GEG in Hamburg im Jahre 1894. Über sie wurden die schon genannten Eigenregiebetriebe geführt, deren Produkte die GEG kaufte und als eigene Marken vertrieb (u.a. Kaffee, Fleischwaren, Seifen, Waschmittel und sogar Fahrräder). Die Genossenschaftsmitglieder wurden auf die Marke GEG „eingeschworen". Über die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften existierte ein breites Vertriebsnetz bis zum Endverbraucher. Die Eigenmarken-Strategie bildet den Kern eines Versuchs, durch Aufruf zum solidarischen Kauf ein genossenschaftliches Wirtschaftsimperium aufzubauen, das sich nicht an kapitalistischen Wirtschaftskriterien orientiert.

Die Kehrseite von Zentralisierung und unbegrenztem Größenwachstum zeigte sich vor allem in der Nachkriegszeit, in der die meisten Konsumgenossenschaften zu einer gemeinsamen Aktiengesellschaft umgewandelt wurden.[2] Jede Entscheidung zwischen Effizienz und Demokratie wird zugunsten weiterer wirtschaftlicher Macht gefällt. Die Beteiligung des einzelnen in Form von Mitentscheidung und Miteigentum verliert immer weiter an Bedeutung. Aus kollektiven Selbsthilfeunternehmen werden managerdominierte Betriebe. Verwaltern und Funk-

tionären ohne Vision gelingt es nicht mehr, die Nachkriegsgenossenschaften wieder mit dem Genossenschaftsgeist zu „beseelen“ und zu „beflügeln“, der ihnen die Kraft, Ausstrahlung und Faszination in den Jahrzehnten Anfang dieses Jahrhunderts gegeben hatte.

Aufgrund unüberschaubarer Mitgliederversammlungen kommt es schließlich zur Einführung der Vertreterversammlung als anonyme Form „demokratischer Repräsentation“. Dies und die fehlenden Kontrollen erzeugen Mitgliederapathie und -entfremdung. Mißwirtschaft der Manager und Verfilzung sind die Folge. Sie führen Mitte der siebziger Jahre fast zum Konkurs und anschließend zum Verkauf der coop-AG. Das Scheitern der zentralistischen, gewerkschaftlich dominierten Genossenschafts- bzw. Gemeinwirtschaftsbewegung ist damit besiegelt.[3]

Erst die Selbstverwaltungs- und Ökologiebewegung greift seit den 70er Jahren als fünfte genossenschaftliche Gründungswelle ursprüngliche Ideale wie Eigentums- und Entscheidungsbeteiligung wieder konsequent auf. Verknüpft mit der Idee der kollektiven Selbsthilfe entwickelt sie eine erstaunliche Beharrlichkeit und Eigenständigkeit. Allerdings führen fehlende Konzeptionen für ein anderes Wirtschaften jenseits der betrieblichen Ebene, ausgeprägte Vorbehalte gegenüber jeder Machtballung und unzureichende Kooperation untereinander dazu, daß sie bisher kaum über ein Nischendasein hinausgekommen und ihr der Anschluß an die Erfolge der Konsumgenossenschaftsbewegung nicht gelungen ist.

**Burghard Flieger**

**Anmerkungen:**

1) Eines von vielen Beispielen für diese Pionierfunktion ist die „Schiffszimmerergenossenschaft“ mit Sitz in Hamburg. Sie wurde 1875 als Produktivgenossenschaft gegründet. Nach dem Strukturwandel im Schiffsbau war sie nicht mehr konkurrenzfähig. Von den Zimmerern in eine (heute noch existierende) Wohnungsgenossenschaft umgewandelt, orientierte sie sich dann auf die Baubranche. Die Qualifikationen der Zimmerleute konnten weitergenutzt und so eine Liquidation vermieden werden.

2) Der Nationalsozialismus bedeutete für die mit der Arbeiterbewegung verquickten Konsum- und Produktivgenossenschaften das vorläufige Ende. Gleichgeschaltet im „Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront GmbH“ (1941), der das gesamte genossenschaftliche Vermögen einverleibt wurde, waren 1.500 Konsumgenossenschaften der totalitären Herrschaft und den Erfordernissen der Kriegswirtschaft unterworfen. Eine große Zahl von Läden wurde privatisiert und viele, die das genossenschaftliche Denken durch ihre Persönlichkeit und Integrität verkörperten, überlebten den Nationalsozialismus nicht. Auch auf diese Weise wirkt die Zerstörungsstrategie gegen die Genossenschaftsbewegung lange nach.

3) Zum Niedergang der Genossenschaften trugen auch die Bedingungen des Kalten Krieges bei, in dem die Genossenschaften als Übergangsform zum Sozialismus in Ostdeutschland instrumentalisiert und in Westdeutschland diffamiert wurden. Genossenschaften wurden zum Teil sogar zum Symbol für Bürokratie und fehlende demokratische Teilhabe. Die Abneigung gegen politische Ideologien, der aufkommende individualisierte Massenkonsum und die gesetzliche Begrenzung der Rückvergütung (Rabattmarken) auf 3 % des Einkaufsvolumens sind weitere Einflüsse, die zum Zerfall der genossenschaftlichen Mitgliederbindung und so zum Bedeutungsverlust der Konsumgenossenschaften beitrugen.

Von Burghard Flieger erscheint demnächst: **Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen.** Marburg (Metropolis-Verlag) 1996, DM 68. Vor dem Hintergrund der Vielfalt von 7.000 produktivgenossenschaftlich strukturierten Betrieben in Deutschland zeigt der Autor, wie unsinnig es ist, demokratische Unternehmen nur unter dem Blickwinkel ihres Scheiterns oder der Anpassung an herkömmliche Unternehmen zu betrachten. Beispielhaft wird die Entwicklung relativ großer und erfolgreicher demokratischer Betriebe skizziert. Zudem werden die Ansätze von Corporate Identity, lernender Organisation und der kooperativen Selbstqualifikation auf Produktivgenossenschaften angewandt. Bestellung bei: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel.: 07 61/ 70 90 23.

# Auch Schlußlichter leuchten

## Genossenschaften in Zimbabwe im Überlebenskampf

**Unter britischer Kolonialherrschaft waren Genossenschaften bis 1980 Herrschaftsinstrument in Rhodesien. Auch die Bilanz nach 15 Jahren Genossenschaftsförderung im unabhängigen Zimbabwe fällt bescheiden aus. Kontrolle durch den Staat, mangelnde Selbständigkeit und fehlende Konkurrenzfähigkeit auf den inzwischen für Importe freien Märkten markieren die Probleme der Genossen in Zimbabwe.**

Nach 90jähriger Fremdherrschaft endete 1980 die Kolonialzeit in Zimbabwe. Die politische Führung unter Mugabe und Nkomo strebte eine umfassende Unabhängigkeit an. Die Programme vor allem der *Zimbabwe African National Union* (ZANU), die alle Regierungen seit 1980 stellte, betonen die Notwendigkeit eines zweiten *Chimurenga* (Unabhängigkeitskrieg) um die wirtschaftliche Macht.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit beherrschten v. a. britische und südafrikanische Multis die gesamte zimbabwesche Wirtschaft. Obwohl die Landfrage den wichtigsten Ursprung des Befreiungskrieges bildete, mußte sich die zimbabwesche Führung im sogenannten Lancaster-House-Abkommen auf Verfassungsgrundsätze festlegen, die eine umfassende Agrarreform und Nationalisierungen auch nur einzelner Betriebe untersagten. Verstaatlichungspläne mußten aufgegeben werden, eine angestrebte Landreform verkam zu partiellen Umsiedlungsplänen. Folgt man den Äußerungen von Partei und Regierung, so wurden stattdessen Genossenschaften und Staatsbeteiligung am Produktionssektor das Kernstück einer Strategie „sozialistischer Transformation".

Das Ende des sozialistischen Blocks in Osteuropa, Wirtschaftskrisen, Dürrejahre und fünf Jahre Strukturanpassungspolitik lassen inzwischen nahezu jeden Bezug auf sozialistische Positionen in der zimbabweschen Politik verschwinden. Diese ideologische Kehrtwendung hatte sich im Bereich der Genossenschaften bereits früher abgezeichnet – eine offensive Genossenschaftsförderung, gedacht als ein wichtiger Baustein des Transformationsprozesses, hatte es nie gegeben.

Das Genossenschaftsprogramm von 1983 sah in der Förderung genossenschaftlicher Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Transformation des sozio-ökonomischen Systems, zur Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze und zur Herstellung größerer Verteilungsgerechtigkeit. Als wichtigste Kriterien bei Gründung und Betrieb einer Genossenschaft galten die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und die demokratische Kontrolle der Geschäftsführung sowie aller anderen Gemeinschaftsaufgaben. Diskriminierung jeglicher Art sollte bewußt vermieden werden. Hier folgte die Regierung internationalen Standards wie sie unter anderem von der *International Labour Organization* (ILO) vertreten werden. Für die Produktionsgenossenschaften wurde zusätzlich das gemeinsame Eigentum an den Produktionsmitteln gefordert. Die Mitglieder sollten sowohl als ArbeiterInnen als auch als das Unternehmen kontrollierende EigentümerInnen handeln.

### Dreisprung ins Abseits

Die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in Zimbabwe vor und nach der Unabhängigkeit bestimmten die Bildung von Genossenschaften. Gerade im Bereich wirtschaftspolitischer Entscheidungen war der Spielraum denkbar eingeengt. Neben den Beschränkungen der Lancaster-House-Verfassung stand und steht die politische Führung unter dem Druck einer Wirtschaft, die weiterhin durch große Abhängigkeit von ausländischem Kapital und einem „europäischen" Landwirtschaftssektor geprägt ist. Da aber gerade die Ernährungssicherung der Bevölkerung, die Versorgung mit Konsumgütern des täglichen Bedarfs und die Devisenbeschaffung von diesen Sektoren extrem abhängt, agiert die Regierung entsprechend vorsichtig, um die schon mehrfach angedrohte Abwanderung von Investoren zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Abhängigkeit von der internationalen Entwicklungsfinanzierung, läßt sich hinsichtlich der Genossenschaftsförderung ein bezeichnender „Dreisprung" bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Programmatik erkennen: Die ZANU-Parteiprogramme von 1980 bis 1990 bekennen sich zu einer egalitären sozialistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel „dem zimbabweschen Volk gehören". Die nationalen Entwicklungspläne nennen die Genossenschaften noch als **eine** mögliche Wirtschaftsform. Hier liegt das Schwergewicht darauf, die Übermacht des ausländischen Kapitals zurückzudrängen. Die Organisationsformen in der Wirtschaft Zimbabwes erscheinen demgegenüber zweitrangig – der nationale Bezug erhält hier Priorität vor der sozialistischen Orientierung. Andere wirtschaftspolitische Dokumente wie das ZIMCORD-Programm oder das ESAP-Programm[1], das die wirtschaftliche Strukturanpassung in Zimbabwe begründete, erwähnen dann die Genossenschaften nicht mehr.

Weitere Faktoren bestimmten das Handeln von Genossenschaften und Regierung. Viele Institutionen, die direkt oder indirekt mit der Entwicklung der Beschaffungs- und Vermarktungsgenossenschaften in der Kolonialzeit befaßt waren (s. u.), sind heute weiterhin für den Genossenschaftssektor zuständig. Wenn auch das meiste Personal der ehemaligen Genossenschaftsabteilung der Kolonialverwaltung ausgewechselt worden ist, so beeinflußt dennoch der institutionelle Fortbestand dieser Abteilung – wie auch des entsprechenden Dachverbandes *Central Association of Cooperative Unions* (CACU) – die Etablierung und staatliche Handhabe der Produktionsgenossenschaften.

Die britische Kolonialverwaltung hatte mit dem Zugeständnis an ausgesuchte afrikanische Bauern, mittelgroße Farmen in den sog. *African Purchase Areas* und die Mitgliedschaft in Beschaffungs- und Vermarktungsgenossenschaften zu erwerben, einzig ein Ziel verfolgt: mit Hilfe dieses landwirt-

schaftlichen Subsektors die Versorgung der Bevölkerung in den wachsenden Städten sicherzustellen. Um die Genossenschaften strikt zu überwachen, durfte keine Mitgliederversammlung ohne Anwesenheit eines Mitarbeiters des Ministeriums stattfinden. Die Genossenschaftsvereinigungen auf Provinzebene und den Dachverband CACU in Salisbury (dem heutige Harare) richtete die Kolonialverwaltung zur Erleichterung ihrer Administrations- und Kontrollaufgaben ein.[2] Die Genossenschaftspolitik des Siedlerregimes wirkte auch nach der politischen Unabhängigkeit in Zimbabwe weiter.

## In den Fußstapfen der Kolonialverwaltung

Die zimbabwesche Regierung übernahm dieses Konzept eines Genossenschaftsministeriums als Kontrollinstrument. Die Formulierungen im neuen Genossenschaftsgesetz, das erst 1990 seinen Vorgänger aus der Kolonialzeit ablöste, ebenso wie das Verhalten von Regierungsangestellten, verdeutlichen dies.

So schreiben die Gesetze selbst einer Genossenschaft, die volle Eigentumsrechte an ihren Produktionsmitteln besitzt, enge Grenzen vor. Es ist untersagt, Vermögenswerte wie Land, Maschinen, Gebäude etc. ohne Zustimmung des Ministeriums zu veräußern. Mit diesen Regelungen und der Einführung von Produktionsgenossenschaften will die Regierung bei Investitionsentscheidungen mitreden. Diese Einmischung verletzt zum einen das Prinzip der Kontrolle des Unternehmens durch die Genossenschaftsmitglieder. Zum anderen macht sie deutlich, daß die zimbabwesche Regierung Genossenschaften im Gegensatz zu Privatunternehmen, als eigenständige Wirtschaftsbetriebe nicht ernst nimmt. Über ein vergleichbares Instrumentarium verfügt kein anderes Ministerium. Das Handels- und Industrieressort kann nicht in Investitionsentscheidungen privater Betriebe hineinregieren. Ebenso wird sich das Landwirtschaftsministerium, zuständig u. a. für die weißen Großgrundbesitzer, hüten, einem Farmer zu verbieten, seinen Mähdrescher zu verkaufen.

Insbesondere in der Landwirtschaft wird deutlich, wie die Regierung nach unterschiedlichen Maßstäben vorgeht: Hier sollten Produktionsgenossenschaften ehemals weiße Farmen, die während des Befreiungskrieges verlassen worden waren, übernehmen. Das Eigentum der privaten Großgrundbesitzer wurde jedoch nicht angetastet, den Mitgliedern von Agrargenossenschaften aber Eigentumsrechte an Grund und Boden verwehrt. Sie erhielten ausschließlich eine individuelle Erlaubnis, Land für Ackerbau und Viehzucht zu nutzen und auf dem Gelände der Farm zu wohnen. Der zuständige Minister konnte diese Erlaubnis jederzeit nach seinem Gutdünken entziehen.

Kontrolle und staatliche Anbindung der Genossenschaften kommen auch weiterhin




**Erntehilfe von der Bruder-LPG**

ein hoher politischer Stellenwert im Ministerium zu. Das bestätigt Albert Vingwe, langjähriger Vorsitzender des Dachverbandes der Produktionsgenossenschaften *Organisation of Collective Cooperatives in Zimbabwe* (OCCZIM). Nach seinen Erfahrungen im Zusammmenhang mit dem 1990 verabschiedeten Genossenschaftsgesetz, als alle Vorschläge der OCCZIM, die auf die Stärkung der Position der Basisgenossenschaften abzielten, unberücksichtigt blieben, rät er heute allen Produktionsgenossenschaften zur Vorsicht im Umgang mit dem Genossenschaftsministerium. Dessen finanzielle Ausstattung verdeutlicht zudem den geringen Stellenwert des Wirtschaftszweiges: Mit durchschnittlich 0,1 % des gesamten Staatshaushaltes bildete das Ministerium das Schlußlicht bei der Mittelzuweisung. Vor diesem Hintergrund muß die Entwicklung von Produktionsgenossenschaften gesehen und eingeschätzt werden.

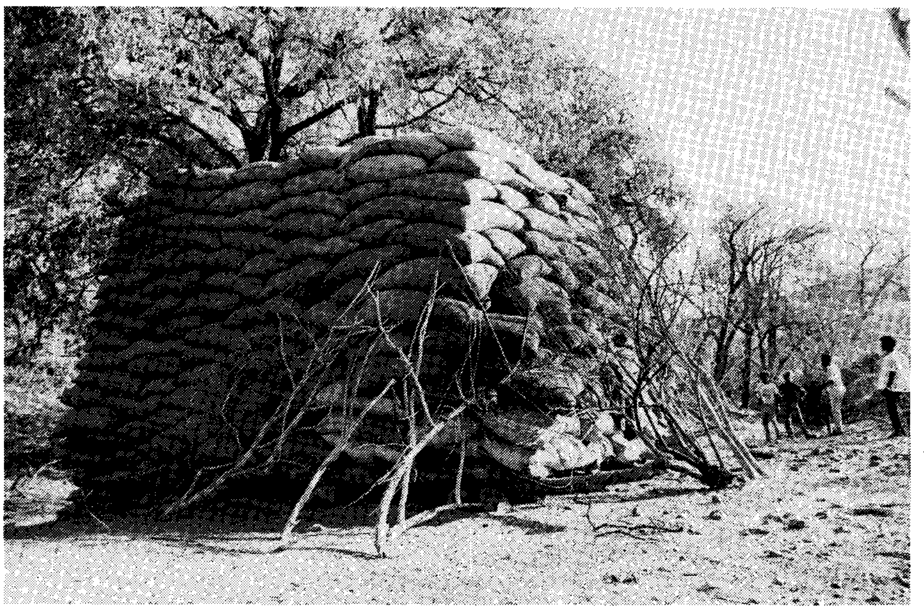
## Anleitung zur Selbständigkeit?

Innerhalb der Vielfalt der Organisationsformen der Genossenschaften in Zimbabwe, die aber nur mit einem Anteil von unter fünf Prozent am Bruttosozialprodukt beteiligt sind, gilt das Hauptaugenmerk im folgenden den Produktionsgenossenschaften. Diese sind in der Landwirtschaft, der Fischerei und im Bergbau sowie im verarbeitenden Gewerbe als Handwerksgenossenschaften oder in Form von Bus- und Taxikollektiven, in Einzelhandels- und Reperaturbetrieben anzutreffen.

Die zimbabwesche NGO *Zimbabwe Foundation for Education with Production* (ZIMFEP) ist ein Beispiel, wie in Zimbabwe Produktionsgenossenschaften gefördert werden: ZIMFEP betreibt seit Mitte der 80er Jahre in Chegutu – einer Kleinstadt 100 km westlich von Harare – ein Berufsbildungszentrum mit zweijährigen Ausbildungskursen in den Bereichen Holz, Textil, Bau und Landwirtschaft. Arbeits- und ausbildungslose ehemalige FreiheitskämpferInnen, die in Zimbabwe immer noch zu den am meisten benachteiligten Gruppen der Gesellschaft gehören, sind in erster Linie die Zielgruppe dieses Angebots. Neben der berufsqualifizierenden Ausbildung werden auf dem *Mupfure Self Help College* – so der Name der Einrichtung – auch allgemeinbildender Unterricht erteilt und Grundlagen in Genossenschaftstheorie wie in Betriebsführung vermittelt. Bei nur zweijähriger Ausbildungszeit, dem üblicherweise fehlenden betrieblichen und genossenschaftlichen Hintergrund des Lehrpersonals sowie einem zahlenmäßig unzureichenden Lehrkräfteangebot, sind jedoch sämtliche Zusatzangebote quantitativ und qualitativ unzureichend.

Um AbsolventInnen des *Mupfure College* nach ihrer Ausbildungszeit Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen, gründete ZIMFEP das *Chegutu Production Centre* (CPC), da der etablierte Arbeitsmarkt hierfür kaum in der Lage war und ist. Im CPC wurde diesen AbsolventInnen die Möglichkeit geboten, als Genossenschaft unter der Obhut der NGO wirtschaftliche Selbständigkeit „einzuüben".

Im CPC stehen Werkstattgebäude und Maschinen für eine Tischlerei-, eine Bau-, eine Textil- sowie eine Strickereigenossenschaft zur Verfügung, die auf Leasing-Basis genutzt werden. ZIMFEP berät besonders in den Bereichen Marketing, Management und Betriebsorganisation. Darüberhinaus fungiert ZIMFEP als Schaltstelle für die Beschaffung von Investitions- und Arbeitskapital. Im Zentrum können die Genossenschaften auch Erfahrungen austauschen und gemeinsame Probleme diskutieren.



**Mehr als Subsistenzwirtschaft**

Nach mehrjähriger Erprobung des ZIMFEP-Konzepts eines abgefederten Übergangs von Betrieben in die wirtschaftliche Unabhängigkeit, lassen sich heute einige zentrale Probleme der Genossenschaftsförderung benennen. Auch Jahre nach der Registrierung der Genossenschaften und der damit verbundenen Anerkennung als eigenständig arbeitende Wirtschaftsbetriebe neigen Mitglieder – gewohnt, in der Obhut von ZIMFEP zu sein – dazu, die paternalistische Struktur dieses Verhältnisses noch zu verfestigen. So wird oft der Bedarf an zusätzlichen Investitionsmitteln, ja selbst kurzfristigen Liquiditätshilfen, nicht innerbetrieblich, sondern über einen Appell an ZIMFEP zu decken versucht. Sowohl die lange Zuständigkeit ZIMFEPs für alle geschäftlichen Belange der Genossenschaften, als auch die Feindseligkeit von Banken bei der Kreditvergabe, halten diese Abhängigkeit aufrecht. ZIMFEP – auffällig ähnlich wie Staat und NGOs – betrachtet ihrerseits Genossenschaften nicht als Partnerinnen mit entsprechenden Rechten und Pflichten. Wirkliche Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit werden ihnen gar nicht zugetraut.

Hinzu kommt eine nicht nur bei ZIMFEP verbreitete Inkompetenz bei betriebswirtschaftlicher wie technischer, ja selbst genossenschaftlicher Beratung. Diese Unfähigkeit und die paternalistische Haltung schließen eine solide Förderung nahezu aus. Kein Wunder, daß fast alle Genossenschaften, die 1988/89 für eine projektierte Phase von 2–3 Jahren von ZIMFEP unter die Fittiche genommen wurden, auch heute noch nicht das Stadium einer ausreichenden Unabhängigkeit und Selbstverantwortung erreicht haben. Teilweise mußte ZIMFEP sogar wieder Kompetenzen an sich ziehen (z.B. Kontovollmacht), um überhaupt den Bestand einer Genossenschaft zu sichern, da auch langjährige Beratung nicht zur Konsolidierung geführt hatte.

Diese Entwicklungen sind auch in anderen Wirtschaftssektoren zu beobachten: Viele Agrargenossenschaften sind abhängig vom Gutdünken des staatlichen Beratungsdienstes und von der mit diesem zusammenarbeitenden staatlichen Landwirtschaftsbank. Letztere ist fast immer die einzige Quelle für kurzfristige Saisonkredite, um Saatgut und Düngemittel einkaufen zu können. Es existiert kein Beratungskonzept mit dem Ziel, Genossenschaftsmitglieder zu befähigen, über Empfehlungen auch wirklich mitentscheiden oder alternative Finanzierungsvorschläge machen zu können. Genossenschaften werden als inkompetente Dienstleistungsempfänger, manchmal auch als Mosaiksteine in Armutsbekämpfungsprogrammen angesehen. Diese paternalistische Haltung ist durchgängig bei staatlichen Agenturen wie bei lokalen und internationalen Organisationen auszumachen. Unbeachtet der Summen, die zur Unterstützung von Genossenschaften ausgegeben worden sein mögen, hat dieses Verhalten ihrer Förderung oft eher geschadet.

## Bettelbriefe in der Marktwirtschaft

Im Genossenschaftsalltag lassen sich die am häufigsten auftretenden Schwierigkeiten in folgenden Feldern zusammenfassen, ohne daß hier ein umfassendes Bild der komplexen Wirklichkeit gezeichnet werden könnte. Zunächst wurden in der Landwirtschaft oft Genossenschaften nur deshalb gegründet, weil diese von ZIMFEP, Regierung und Entwicklungsorganisationen gefördert wurden. Die Mitgliedschaft folgte der Not, ansonsten ohne Arbeit dazustehen. Die ideale freie Assoziation von Genossenschaftsmitgliedern, geleitet von Prinzipien demokratischen Wirtschaftens, ist somit kaum anzutreffen.

Ein Hauptproblem stellen für viele Genossenschaften die Kapitalbeschaffung und -ausstattung sowie die Bedienung von Krediten dar. Trotz einer zehnjährigen Diskussion existiert bis heute noch keine Genossenschaftsbank mit günstigen Konditionen, die sich über die Regierung (wie die Landwirtschaftsbank) oder internationale Finanzinstitutionen (wie z.B. der *African Development Bank*) refinanzieren könnte. Die privaten Geschäftsbanken verschließen sich oft den Genossenschaften: Hier paart sich eine („gesunde") Vorsicht gegenüber Betriebsneugründungen – sehr viele haben, unabhängig von ihrer Organisationsform, nur eine kurze Lebensdauer – mit einem Vorurteil gegenüber kollektiv verfaßten Unternehmen. Eine vorherrschend negative Haltung bei den Banken läßt sich nur mühsam verändern. Erst wenn langjährige Erfahrung die verantwortlichen Manager lehrt, daß auch Genossenschaften rational zu handeln und profitabel zu wirtschaften in der Lage sind, sind sie zu Veränderungen ihrer Geschäftspolitik bereit.

Auch auf der Seite der Genossenschaften besteht jedoch ein „ungesundes" Verhältnis zur Kapitalbereitstellung und -verwaltung. Oftmals fördern Entwicklungsagenturen dieses Verhalten: Getreu der Wahrnehmung von Genossenschaften als „Sozialhilfeempfänger" stellen sie Kapitalspritzen selten in Verbindung mit sinnvollen Dienstleistungen. Zumindest kompetente Beratung wäre für einen effizienten Kapitaleinsatz erforderlich. Neue Finanzmittel sollten die Bedienung etwaiger (wenn auch subventionierter) Zinsen sicherstellen und zukünftigen Kapitalbedarf durch Rücklagenbildung abdekken. In der Realität hat sich dagegen folgendes Ritual eingebürgert: Ist das Geld für Neu- oder Ersatzinvestitionen oder zur Auffüllung der Rohstoffbestände knapp, wird ein „Budget" gemacht. Dieses „Budget" ist dann Kernstück eines Bettelbriefes („Projekt Proposal"), mit dem willfährige Organisationen – meistens erfolgreich, ohne jegliche Beratung und Rückzahlungsverpflichtung – um Zuschüsse angegangen werden.

Im weiteren liegen zumindest bei Handwerksgenossenschaften große Defizite bei der Produktionsplanung vor. Die technische Organisation von Rohstoffbeschaffung und Produktion, Auslieferung und Transport, ist mangelhaft. Auch die damit verbundenen Aufgaben in Personalplanung und -führung sowie die Arbeitsvorbereitung und -überwachung müssten trainiert werden. Adäquate Beratungsangebote stehen hier noch weniger zur Verfügung als im Finanzbereich. Mit zwei Fehleinschätzungen werden oft die zentralen Probleme im Produktionsmanagement weggeredet: Zum einen stünden auf Effizienz und Qualitätssicherung ausgerichtete Managementstrukturen – bei größeren Betrieben üblich – zu den Genossenschaftsprinzipien im Widerspruch. Eine umfassende Mitbestimmung aller Mitglieder sei damit nicht ausreichend gewährleistet. Zum anderen gäbe es diese Probleme nicht, wenn nur neue Arbeitskapitalkredite bereitgestellt wür-

den, um Engpässe bei Rohstoffbeschaffung und Lohnzahlung zu überbrücken. Diese Engpässe haben jedoch weniger mit Liquiditätsmangel als mit chaotischer Produktionsplanung zu tun.

Der dritte zentrale betriebswirtschaftliche Problembereich besteht in der Vermarktung der Produkte und Dienstleistungen. Sie wird durch die genannten Probleme bei der Produktionsplanung und -durchführung erschwert: So lassen sich Produkte bei nicht ausreichender Qualitätskontrolle nur schwer verkaufen. Gerade in Zeiten sich verschärfender Konkurrenz, durch die Importliberalisierung im Zuge der Strukturanpassungspolitik geschürt, ist hier mehr Verständnis für markt- und kundenorientiertes Handeln nötig. Nicht eingehaltene Liefertermine schädigen ebenso den Ruf des Betriebes.

Neben diesen Problemen gibt es beim Marketing gerade in Zimbabwe ein zusätzliches Strukturdefizit: Im verarbeitenden Gewerbe, z.B. bei Betrieben im Metall- und Baubereich, in der Marktproduktion von Textil- und Holzwaren, beherrschte bis vor kurzem eine kleine Schicht (semi)industrieller Anbieter den Markt. Seit Jahrzehnten haben sie entsprechende Vermarktungsmechanismen aufgebaut und für sich geschützt. Kleine Genossenschaften erhalten so kaum eine Chance. Dazu muß hier bemerkt werden, daß etablierte Wirtschaftsbetriebe in Industrie und Handel weiterhin fest in weißer Hand sind. Neben vielen anderen Hindernissen bedeutet das Eindringen von Genossenschaften und anderen „indigenen" Unternehmen in diese Sphäre auch, daß immer wieder die schwarz-weiß Barriere durchbrochen werden muß. Insgesamt ist ein Wachstum des gesamten genossenschaftlichen Sektors nur vorstellbar, wenn überbetriebliche Vermarktungsnetzwerke aufgebaut werden. Regierung und NGOs sind hier gefordert, Finanzen und Expertise zur Verfügung zu stellen.

Obwohl Zimbabwe noch lange kein Verbändestaat ist, erleichtern Berufsverbände, politische oder wirtschaftliche pressure groups oft den Zugang zu Rohstoffen, Aufträgen oder Kapital. Wollen die Genossenschaften konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen anbieten, so müssen sie solche Chancen wahrnehmen. Aber auch hier herrschen auf allen Seiten Berührungsängste.

## Genossen schaffen Kapital

Trotz all der aufgezeigten Probleme, Rückschläge und Defizite haben Produktionsgenossenschaften in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren immer wieder den Durchbruch zu ökonomischer Überlebensfähigkeit geschafft. Der Erfolg der Fischereigenossenschaften am Lake Kariba etwa ist unter anderem der absoluten Freiwilligkeit des Zusammenschlusses der Mitglieder, einer relativ kleinen Gruppengrößen sowie klarer Besitzverhältnisse bei den Produktionsmitteln geschuldet. Einige Agrargenossenschaften, die sich im Makoni Distrikt zu einer Assoziation zusammengeschlossen haben, profitieren von einer langjährigen wissenschaftlichen Betreuung im Sinne einer partizipativen Aktionsforschung durch das 'Zimbabwe Institut for Development Studies' wie auch eines mehrjährigen positiven Engagements internationaler Entwicklungsorganisationen. Autonomie im Geschäftsverhalten, Managementberatung und die Verfügung über ausreichendes Investitionskapital sind die Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität einer von ZIMFEP unterstützten Tischlereikooperative in Chegutu.

Das weitverbreitete Mißtrauen gegenüber Genossenschaftsvorständen, vorherrschende autoritäre Führungsstrukturen und in der Folge Unzufriedenheit und fehlende Identifikation mit einem anscheinend fremdbestimmten Genossenschaftskonzept weisen auf die Nichtbeachtung fundamentaler Prinzipien bei der Implementierung von kollektiven Produktionsformen hin. Planung und Förderung einer Genossenschaftsentwicklung sind ausschließlich mit den betroffenen Menschen unter den jeweilig herrschenden Bedingungen zu bewerkstelligen: auf der Basis ihrer Erfahrungen, Fähigkeiten, Präferenzen und Defizite. Die Frage, ob und wie auf diese Weise eine Kollektivierung der Wirtschaft oder auch nur einzelner Sektoren zu erreichen wäre, bleibt dabei zunächst offen.

Oft hat allerdings zunehmender wirtschaftlicher Erfolg zur Folge, daß in den Genossenschaften immer mehr LohnarbeiterInnen eingestellt werden, um letzten Endes die Arbeit der Mitglieder auf Managementfunktionen zu reduzieren. Die Gründung scheint hier lediglich der günstigen Kapitalbeschaffung gedient zu haben und mit Erreichen profitabler Wirtschaftlichkeit ist der genossenschaftliche Charakter des Unternehmens vergessen. Aber auch in nicht so gut florierenden Genossenschaften ist manuelle Arbeit für Genossenschaftsmitglieder oft tabu. Die Zementierung formaler Hierarchien ist die Folge. Anstelle eines „Einkaufs" billiger Arbeitskräfte wäre es mitunter andersherum sinnvoller, Manager mit den erforderlichen Kenntnissen einzustellen.

Grundsätzlich zeigen die Erfahrungen einiger Genossenschaften, die sich über Jahre mit den Widersprüchen zwischen einem theoretischen Genossenschaftskonzept und der Realität im täglichen Überlebenskampf auseinandergesetzt haben, daß auch unter schwierigen Bedingungen ein wirtschaftlicher und sozialer Erfolg möglich ist. Dabei ist die Fähigkeit einiger Genossenschaftsmitglieder von wesentlicher Bedeutung gewesen, in kontinuierlicher Diskussion im Kollektiv, mit den Beschäftigten, den Vertretern von Beratungsorganisationen, Regierung und Privatsektor, den Betrieb als selbstverantwortliches reguläres Wirtschaftsunternehmen herauszustellen.

**Siegfried Schröder**

**Anmerkungen:**

1) ZIMCORD = Zimbabwe Conference on Reconstruction and Development; ESAP = Economic Structural Adjustment Programme

2) Die Benennung der Genossenschaften als „DC's cooperatives" – der *District Commissioner* war der Vertreter des Kolonialregimes auf lokaler Ebene – zeigt eindeutig die Ausrichtung der Maßnahmen.

# Der Mythos lokaler Autonomie

## Ländliche Genossenschaften in Ostafrika sind Spiegel der Sozialstruktur

**Liberalisierung ist das Zauberwort, mit dem viele die Genossenschaften in Afrika aus ihrem Schlaf wecken wollen. Genossenschaften sollen unter ungeschützten Binnen- und Weltmarktbedingungen marktwirtschaftlich operieren. Die entstehende Zwickmühle zwischen einer Überlebensstrategie, die auf Kosten der „Armen" geht, und dem Untergang gemeinwirtschaftlicher Produktionsformen läßt sich am Beispiel ländlicher Genossenschaften aufzeigen.**

Angesichts der anhaltenden Krise in Afrika und der zu ihrer Lösung vorgesehenen Liberalisierung weiter Wirtschaftsbereiche sowie entsprechender Demokratisierungsprozesse gewinnen die älteren Postulate nach der „Deoffizialisierung" der Genossenschaften einen neuen Stellenwert. Sie erfahren insofern politische Bedeutung, als die Genossenschaften potentiell als Teil der bürgerlichen Gesellschaft (civil society) angesehen werden und damit einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung der gesellschaftlichen Demokratisierung leisten könnten.[1]

Indes gehen die Deoffizialisierungsforderungen für die Genossenschaften analytisch allein von der Verantwortlichkeit des Staates für die Misere der Genossenschaften in Afrika aus. Ihnen wird teilweise eine simple idealtypische Dichotomie von lokaler Autonomie gegenüber staatlicher Steuerung zugrunde gelegt. Die lokale Autonomie wird mit Freiwilligkeit, Selbständigkeit und wirtschaftlichem Erfolg assoziiert oder gar gleichgesetzt – die staatliche Steuerung mit wirtschaftlich ineffizienter und undemokratischer zentralistischer Gängelung. Die Forderung folgt der empirisch durch nichts gesicherten Strategie, die eine Lösung mehr oder minder aller Entwicklungsprobleme durch eine pauschale wirtschaftliche Liberalisierung verspricht. Sie übersieht strukturelle innere und äußere Voraussetzungen, ganz abgesehen von den sozialen und politischen Implikationen.

Neben den unvollständigen und irreführenden analytischen Voraussetzungen verkennt die Deoffizialisierungsforderung die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die zu den anhaltenden Schwierigkeiten der Genossenschaften führten und die staatliche Intervention begründeten.[2] Nur teilweise lagen die Ursachen der Krisen, wie sie in den Genossenschaftsbewegungen vieler Staaten Afrikas Mitte der 60er Jahre aufgetreten waren, in der staatlichen Förderpolitik vieler Regierungen, die eine aktive Genossenschaftspolitik zu ihrem Programm gemacht hatten. Die rasche Expansion des Genossenschaftssektors während der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit war jedoch vielfach, wie etwa in Tanzania und Kenia, vor allem auf einen Druck von unten zurückzuführen – auf Forderungen der Landbevölkerung, der die wirtschaftlichen Erfolge der Genossenschaften in der ausgehenden Kolonialzeit als Vorbild dienten.

Die wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Genossenschaften waren entscheidend durch zwei andere Faktoren bestimmt: Auf der einen Seite schrumpften die Handelsspannen für viele Exportprodukte durch sinkende Weltmarktpreise; auf der anderen stiegen die Kosten der Genossenschaften durch eine ineffiziente und teilweise höchst korrupte Genossenschaftsführung, bestehend aus der lokalen Elite. Dies war durch eine fehlende demokratische Kontrolle durch die Mitglieder möglich geworden.

### Honoratiorenvereine

Insbesondere hinsichtlich der demokratischen Idee liegen der Forderung nach Deoffizialisierung der Genossenschaften Thesen über die historischen Möglichkeiten der Genossenschaften in Europa zugrunde, die selbst dort nicht haltbar sind und sich in ihrer Übertragung auf Afrika als weitgehend idealisierte und ideologische Annahmen erwiesen haben. Auch in Europa, vor allem in Deutschland, dem Ursprungsland der ländlichen Genossenschaftsbewegung, waren diese keineswegs die demokratischen Organisationen, als die sie besonders für die Gründungsphase im 19. Jahrhundert meist vorgestellt werden. Es waren die Honoratioren auf dem Lande, Vertreter der gebildeten ländlich-bürgerlichen Mittelklasse (Beamte, Lehrer, Pfarrer, auch Großbauern und Gutsbesitzer) gewesen, die die ländlichen Genossenschaften gegründet und sie bis weit ins 20. Jahrhundert hinein patriarchalisch-autoritär geleitet haben. Die ganz überwiegende Mehrheit der Mitglieder war trotz der basisdemokratischen Satzung der Genossenschaften an den Entscheidungsprozessen nur marginal beteiligt. Die Verhältnisse in den Genossenschaften waren somit kaum etwas anderes als ein mehr oder weniger exaktes Spiegelbild der ländlichen Sozialstruktur und ihrer Herrschaftsverhältnisse.

Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Warenbezugs-, Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften) kamen zum überwiegenden Teil aus der Schicht der mittleren und größeren Bauern. Diese vor allem profitierten langfristig von den Genossenschaften. Bäuerlichen Unterschichten, der Mehrzahl der Klein- und Parzellenbauern, den tatsächlich Armen auf dem Lande, hatten die Genossenschaften nur wenig zu bieten. Wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem privaten Handel konnten die Genossenschaften hauptsächlich erzielen, indem sie sich dessen Wirtschaftsmethoden anpaßten. Die unterschiedlichen Akkumulationsbedingungen unter den Bauern selbst blieben von den Genossenschaften unberührt. Den langfristigen Trend des kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs zu Lasten der kleineren Bauern vermochten die Genossenschaften nicht abzuwenden. Im Gegenteil, nur unter Bedingungen von immer weniger und immer größeren Bauern unter ihren Mitgliedern konnten die Genossenschaften als Organisation überleben, wobei sie sich selbst einer radikalen Rationalisierung unterziehen mußten.

Ebenso wie in Europa wurden im koloni-

al beherrschten Afrika, etwa in Tanzania und Kenia, die Genossenschaften nicht durch die „Armen" oder die Kleinbauern gegründet. Die Initiatoren der Genossenschaften gehörten überall zu den wohlhabendsten Afrikanern, zur Bildungs- und Geschäftselite, die unter dem breiten Konzept der ländlichen „Mittelklasse" zusammengefaßt wurden und zu Kolonialzeiten auch die lokale und regionale Führungsschicht in Politik und Wirtschaft einschloß. Zumeist waren es bäuerliche Unternehmer, die neben der Landwirtschaft ein gewerbliches Unternehmen als Händler führten oder als Angestellte ein vergleichsweise hohes Einkommen hatten. Zugleich zählten sie auch oft zu den Ersten, die neue kommerzielle verwertbare Agrarprodukte für den Export (Kaffee, Baumwolle, etc.) anbauten.

Die Mehrheit der Mitglieder waren subsistenzorientierte Bauern. Diese zählten jedoch ebenfalls nicht zu den ärmsten oder kleinsten Bauern, sondern zu einer kleinen, relativ privilegierten Gruppe. Denn besonders in der Anfangszeit gehörten die Genossenschaftsmitglieder zu den verhältnismäßig wohlhabenden Bauern, die sich als erste den zunächst risikoreichen Anbau neuer Marktprodukte leisten konnten, die zumeist ausschließlich für den Export bestimmt waren. Ferner waren die Genossenschaften hauptsächlich auf die Vermarktung von Exportprodukten wie Kaffee, Baumwolle und Pyrethrum beschränkt, die ein relativ hohes – im internen bäuerlichen Vergleich überproportional hohes – Geldeinkommen ermöglichten.

Auch nach der Unabhängigkeit prägte die etablierte, relativ wohlhabende lokale Elite aus der ländlichen Mittelklasse, teils in Konkurrenz, teils in Zusammenarbeit mit der Staatsklasse, die Genossenschaftspolitik. Dabei war es zunächst, wie erwähnt, weniger die staatlich-bürokratische Intervention, als vielmehr die oft wenig erfahrene lokale Genossenschaftsführung, die für krisenhafte Zustände in Genossenschaften verantwortlich war. Gegenüber der lokalen und klientelen Interessenpolitik zeigte sich die scheinbar allmächtige bürokratische Kontrolle und Steuerung des Staates in vielen Bereichen als weitgehend wirkungslos.

Dennoch konnte die staatliche Bürokratie und Kontrolle bei all ihrer Ineffektivität eine Stabilisierung und – verglichen mit den Krisenzeiten – auch eine höhere wirtschaftliche Effizienz bestimmter Genossenschaften, etwa der Kaffeegenossenschaften, in infrastukturell günstigen Regionen erzielen. Dabei spielte die Entwicklung der Weltmarktpreise, die Mitte der 70er Jahre für Kaffee zeitweilig rasant angestiegen waren, eine erhebliche Rolle. Die Ineffizienz des Genossenschaftsmanagements konnte kompensiert und auch die Korruption der Genossenschaftsführung alimentiert werden, ohne daß es zu spürbaren Einbußen für die Mitglieder kam. Unter den Bedingungen fallender Weltmarktpreise offenbarte sich aber wieder die alte Ineffizienz zu Lasten der Mitglieder. Eine völlige oder weitgehende Beseitigung der staatlichen Aufsicht und Kontrollen, wie sie die „Deoffizialisierung" verlangt, birgt die Gefahr, daß die Genossenschaften in noch stärkerem Maße als bisher klienteler Interessenpolitik, Korruption und Mißwirtschaft preisgegeben werden.

## Kleinbauern im Weltmarkt

Unter den vorherrschenden wirtschaftlichen und agrarökologischen Bedingungen und mit den bei anderen Vermarktungsgenossenschaften (z.B. Baumwolle oder Nahrungsmittel) überwiegend subsistenzorientierten Mitgliedern stellt sich die grundsätzliche Frage nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Eindeutig sind nämlich Probleme der Genossenschaften in weiten Bereichen mit fundamentalen wirtschaftlichen Faktoren zu erklären. Diese ergeben sich eben aus ungünstigen agrarökologischen und infrastrukturellen Bedingungen überwiegend subsistenzorientierter Bauern für die Marktproduktion und fallenden Weltmarktpreisen.

Angesichts eines nur begrenzten nationalen Marktes mit einer überwiegend ländlichen Bevölkerung (ca. 75–85 Prozent), die sich unter normalen Ernteverhältnissen großteils noch eine elementare Nahrungsversorgung sichern kann, bleiben für Genossenschaften, die mit Nahrungsmitteln handeln, nur unregelmäßige Handelsmengen und damit schwer zu kalkulierende Kosten, zumal die Ernten hohen Schwankungen ausgesetzt sind und die Mehrzahl der (subsistenzorientierten) Bauern nur Klein- und Kleinstmengen abliefern. Hohe Preise nach Mißernten kommen selten den Genossenschaften zugute, da die Bauern unter diesen Bedingungen die private Vermarktung vorziehen, die ihnen höhere Preise garantiert.

Ähnliche Probleme betreffen etwa auch Baumwollgenossenschaften. Angesichts niedriger Weltmarktpreise scheinen sie unter den prekären agrarökologischen Bedingungen semiarider Gebiete wie etwa in Ostafrika, in denen Baumwolle ganz überwiegend von subsistenzorientierten Kleinbauern angebaut wird, wenig wirtschaftlich arbeiten zu können. Die Vielzahl von Klein- und Kleinstliefermengen, eine schwierige bzw.



**Der Erfolg von Genossenschaften hängt von der Größe ihrer einzelnen Mitglieder ab**

desolate Infrastruktur und uralte Baumwollmühlen treiben die Kosten für die Genossenschaften in eine Höhe, die nur noch einen geringen Restpreis für die Bauern läßt. Den Bauern fehlt damit der Anreiz zu einem höheren Risiko, das heißt zu Produktionsausweitung und Investitionen, durch die wiederum die Genossenschaften aufgrund größerer Liefermengen kostengünstiger arbeiten könnten.

Offenbar hängt der wirtschaftliche Erfolg von landwirtschaftlichen Genossenschaften wesentlich von der Größe ihrer einzelnen Mitglieder ab.[3] Die Mitgliederselektion scheint realistischerweise zumindest längerfristig die Perspektive für die afrikanischen Genossenschaften zu sein. Eine höhere Wirtschaftlichkeit können sie lediglich durch die marktwirtschaftliche Verdrängung der kleineren Bauern und/oder durch eine gezielte „Selektionspolitik" erreichen. Diesem Trend könnte – zeitlich begrenzt und nur teilweise – durch eine effektivere Transformation der bäuerlichen Produktion zu einer höheren Marktproduktion entgegen gewirkt werden. Offenkundig ist aber, daß eine der europäischen vergleichbare Entwicklung (sinkende Mitgliederzahlen auf größeren Flächen) insbesondere bei einer aktiv betriebenen Selektionspolitik, allein die Genossenschaftsorganisation und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes in den Vordergrund stellt. Damit ist der soziale Anspruch der Genossenschaftsideologie und -theorie sowie ihre Partizipationsrhetorik erledigt. Kurz: Die Genossenschaften können ihrem „Förderauftrag", dem wirtschaftlichen Wohlergehen ihrer Mitglieder zu dienen, nur noch selektiv gerecht werden.

## Autonome Bauern

Diesen Prozeß würde die nun geforderte Aufgabe staatlicher Protektion noch verstärken. Die seitens des Staates verfügten Handelsmonopole für Genossenschaften stehen zweifellos einer „genuinen Liberalisierung", wie dies für Kenia vorgeschlagen wurde, entgegen. Ohne den Monopolschutz (oder vergleichbare Maßnahmen) hätten die Genossenschaften aber kaum die wirtschaftliche Bedeutung erreicht, die sie Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre hatten, als sie die Vermarktung der bäuerlichen Exportproduktion wie etwa Kaffee, Pyrethrum, Baumwolle, Cashewnüsse vollständig kontrollierten.

Erfahrungen aus Bereichen oder Zeitspannen ohne Konkurrenzschutz und Preis- oder Marktregulierung legen eine pessimistische Erwartung nahe: Eine noch höhere Abschöpfungsquote durch möglicherweise anarchische oder monopolistische Handelsverhältnisse und damit niedrigere Preise und Einkommen für die Bauern wäre zu erwarten. Angesichts des Angebotsüberhangs vieler Exportprodukte auf dem Weltmarkt könnte sich dies wirtschaftlich und sozial desaströs auswirken. Der Selektionsprozeß würde das Überleben der Genossenschaften als Organisation ermöglichen, aber eine stärkere soziale Differenzierung auf Kosten der „Armen" oder der kleinen Bauern implizieren.[4]

Eine radikal liberalkapitalistische Strategie, die die Bauern völlig dem Markt und der Willkür des Handels ausliefert, um sie dadurch zur eigenständigen Organisation autonomer und demokratisch-partizipativer Genossenschaften zu bringen, erscheint angesichts der sozialen und politischen Machtverhältnisse auf dem Lande wenig realistisch. Ohnehin ist die „Freiwilligkeit" für die Mitgliedschaft in den Genossenschaften theoretisch und ideologisch überbewertet worden. Aus der Perspektive der Bauern erscheint die Zwangsmitgliedschaft in Genossenschaften durch ein Handelsmonopol relativ „gleichgültig", solange hinreichend hohe Preise und effiziente Dienstleistungen angeboten werden.

Die liberale Strategie verkennt zudem die politische und soziale Apathie, die mit ländlichem Massenelend subsistenzorientierter Bauern einhergehen kann. So hat beispielsweise im Erdnußgebiet Senegals der finanzielle und administrative Rückzug des Staates aus der Landwirtschaft und die Wirtschaftsliberalisierung im Zuge des IWF-Strukturanpassungsprogrammes (seit 1984) zwar die breite Gründung autonomer Bauernorganisationen ermöglicht. Diese Bauernverbände blieben jedoch politisch ohnmächtig und wirtschaftlich weitgehend perspektivlos. Die Bauern verhielten sich größtenteils passiv und zugleich fordernd wie einst gegenüber dem Staat. Die äußerlich basisdemokratischen Strukturen der Bauernorganisationen wurden dabei von „neotraditionalen" Entscheidungsprozessen durchdrungen und von privilegierten Bauernführern aus der ländlichen „Mittelklasse" kontrolliert. Zugleich war unter den Bedingungen eines privatwirtschaftlichen Handels mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, die sonst über den Staat und Genossenschaften zu den Bauern gelangten, ein verschärfter sozialer Differenzierungsprozeß feststellbar. Abgesehen von der Kritik an pauschalen Liberalisierungspostulaten gibt es zweifellos Raum für eine partiell notwendige Deregulierung des Genossenschaftssektors. Das betrifft etwa den Großhandel, oft auch die Versorgung mit Produktionsstoffen oder ein Kreditsystem, für das offenbar bisher nur ein geringer Bedarf bestand, das aber die Geschäftsführung der Genossenschaften administrativ, finanziell und personell in hohem Maße belastete. Zu möglichen Deregulierungsbereichen zählen auch behördliche Verfügungen, die den selbständigen Unternehmensaktivitäten der Genossenschaften Grenzen setzen. Wenig sinnvoll erscheint jedoch angesichts der großen Unterschiede in den verschiedenen Sektoren und Einzelgenossenschaften, eine pauschale, undifferenzierte Deregulierung.

Vom Abbau staatlicher Kontrollen ist auch keine Erhöhung der Partizipationschancen der Mitglieder zu erwarten. Dem steht der Genossenschaftsapparat selbst wie auch die dominante soziale und politische Rolle der ländlichen „Mittelklasse" entgegen. Auf die internen Machtverhältnisse in den Genossenschaften hatte die staatliche Administration kaum Einfluß, da meist am Prinzip der lokalen Wahl der Genossenschaftsführer festgehalten wurde.

Ohnehin hat vor allem die Geschichte der ländlichen Genossenschaftsbewegungen gezeigt, daß ihr Beitrag zur politischen Demokratisierung als Teil der bürgerlichen Gesellschaft weit überschätzt wird. Von ihnen gingen kaum demokratisch-partizipative Impulse aus – weder in Europa, noch zu liberalen Zeiten etwa in Kenia und Tanzania, als ihre Repräsentanten darin versagten, die Interessen der Mitglieder auch politisch zu vertreten. Vielmehr ist für Afrika davon auszugehen, daß erst im Rahmen einer allgemeinen gesellschaftlichen Liberalisierung und Demokratisierung der Politik auch die Genossenschaften in diesen Prozeß einbezogen werden. Erst dann könnte ihr demokratisch-partizipatives Potential durch die Bauern selbst ausgeschöpft oder in ihrem Interesse (verbands-)politisch wahrgenommen werden.

**Gero Erdmann**

Der Artikel ist die vom Autor gekürzte und überarbeitete Zusammenfassung seines im Frühjahr in der Reihe 'Freiburger Beiträge zur Entwicklung und Politik' des Arnold-Bergstraesser Instituts erscheinenden Buches **Jenseits des Mythos – Genossenschaften zwischen 'Mittelklasse' und Staatsverwaltung, Kenia und Tanzania. Modellillusionen von Partizipation, Demokratie und Entwicklung für die 'Armen'.**

**Anmerkungen:**

1) Seit langem gilt in der Genossenschaftstheorie, daß die Genossenschaftsbewegung aufgrund ihrer prinzipiell demokratischen Verfassung seit dem 19. Jahrhundert einen entscheidenden Beitrag zur Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft und zur Demokratisierung in Europa geleistet habe. Zugleich wird das Fehlen einer differenzierten bürgerlichen Gesellschaft als ein wesentlicher Grund für die lange Zeit vorherrschenden autoritären Herrschaftsverhältnisse in Afrika angesehen.

2) Tatsächlich waren europäische wie außereuropäische Genossenschaftsexperten bis Anfang der 70er Jahre davon ausgegangen, daß Entwicklung und Konsolidierung der Genossenschaften in den noch wenig kapitalistisch entwickelten und wenig integrierten Ökonomien der Dritten Welt der staatlichen Förderung, Protektion und Intervention bedürften.

3) Auch im sich industrialisierenden Europa wurden wirtschaftliche Größenvorteile erzielt, indem eine immer geringere Zahl von Mitgliedern mit immer größeren Flächen arbeitete. Nicht nur die „Mitgliederselektion" sicherte aber das wirtschaftliche Überleben der Genossenschaften, sondern zugleich auch die Anpassung der Geschäftsführung an privatwirtschaftliche Managementmethoden. In diesem Prozeß verwandelte sich die Honoratiorenverwaltung der Genossenschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts in eine Angestelltenverwaltung, die sich schließlich kaum noch von der Geschäftsführung privatwirtschaftlicher Konzerne unterschied. Zusammen mit der Einführung einer von Weisungen der Mitglieder prinzipiell unabhängigen Geschäftsführung (Genossenschaftsgesetz 1973) und eines kapitalabhängigen Mehrstimmenrechts bedeutete dies auch formell den Abschied von der direkt-demokratischen, egalitären Verfassung der Genossenschaften.

# Mateland in Bauernhand



## Landbesetzungen und Gemeinwirtschaft in Brasilien

**Landbesetzungen sind in Brasilien für viele landlose Bauern die einzige Alternative zum Warten auf die lange versprochenen Agrarreformen. „SemTerra" ist eine Organisation von Landbesetzern zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung und Vermarktung ihrer Produkte. Obwohl mittlerweile zu einer der weltweit größten sozialen Bewegungen angewachsen, sind die Bauern ständig von Vertreibung und Verhaftung bedroht.**

Die Bewegung der brasilianischen Landarbeiter ohne Land, „Movimento Dos Trabhaladores Rurais Sem-Terra", hat sich Besetzung und Bewirtschaftung von brachliegenden oder unterbewirtschafteten staatlichen oder privaten Ländereien zum Ziel gesetzt. Sie begreift die Besetzungen sowohl als politische Aktion im Kampf um eine längst versprochene, aber nie durchgeführte Agrarreform als auch als Kampf um eine persönliche, dauerhafte Perspektive für die Landlosen durch Zuspruch der Ländereien. Auch wenn der rein zahlenmäßige Erfolg der Besetzungen weit hinter dem tausendfachen Landverlust und der Landflucht in die Großstädte zurücksteht, gerät die Regierung mittlerweile unter Druck und ist zu Zugeständnissen und Umverteilungen von Land gezwungen. Dabei beruft sich SemTerra auf zum Teil bereits existierende Gesetze, etwa in Bezug auf die Nutzung von brachliegendem Land, und stellt vor den Besetzungen bei der Auswahl von Ländereien entsprechende Recherchen an.

Die Bewegung ist Thema in allen Medien. Besetzungen werden von der Militärpolizei auseinandergetrieben, führende Mitglieder verhaftet, andere wieder aus dem Gefängnis geholt und zugleich Verhandlungen um laufende Besetzungen geführt. Die große Herausforderung ist der Erhalt des besetzten Landes. Viele Landarbeiter sind in der plötzlich eigenständigen Führung ihres Landes überfordert, werden von den Zwischenhändlern „über den Tisch gezogen" und laufen Gefahr, ihr Land aufgrund wirtschaftlichen Ruins wieder zu verlieren. Deshalb regt SemTerra die Bildung von Kooperativen und anderen, zunächst oft informellen Zusammenschlüssen an. Sie sorgt für eine umfangreiche Unterstützung in der landwirtschaftlichen/technischen Beratung, der Bildung von Maschinenvereinen oder der Organisation der Vermarktung, um bessere Preise für die Erzeugnisse zu erzielen. SemTerra wartet nicht auf die Einführung der Agrarreform irgendwann, sondern nimmt sie selbst in die Hand.

„Proibido acampamento", Camping verboten, wie man salopp übersetzen könnte, kann man oft auf Rastplätzen am Straßenrand lesen. Diese Verbotsschilder könnten auch für die Landbesetzungen, die accampamentos, von SemTerra gelten. Sie sind verboten, denn meist handelt es sich um Land, das von Großgrundbesitzern beansprucht wird. Genutzt wird es allerdings genauso intensiv wie eine Kuh hundert Hektar Land nutzen würde. „Campieren" tun die Besetzer in gewisser Weise auch, da sie nur das mit sich bringen, was sie tragen konnten. Allerdings bleiben sie nicht nur einige Stunden, sondern bis zu mehreren Jahren, in denen sie ständig von der Räumung bedroht sind. Es ist ein Kampf ums Überleben, in dem nichts aufgebaut und angepflanzt werden kann, das nicht schon in der nächsten Stunde zerstört sein kann.

## Campieren verboten

Landbesetzungen sind die politische Aktionsform SemTerras für den Kampf um die Agrarreform und die Gewinnung von Land für die brasilianischen Landarbeiter. Sie finden zum Teil mit über 1000 Landlosen und unter großer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit statt. Mehrere Jahre der Illegalität und Bedrohung können jedoch vergehen, bis geräumt wird oder die Besetzer eine offizielle Duldung erhalten. Dann kann zumindest

## EL PUENTE

Die brasilianische Landlosenorganisation **SemTerra** arbeitet mit **EL PUENTE** zusammen. EL PUENTE ist eine Import- und Vertriebsorganisation für Produkte aus dem Süden (v.a. Nahrungs- bzw. Genußmittel sowie Kunsthandwerk), die auf Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Kooperativen setzt. Als „Brücke" zwischen Nord und Süd möchte die Organisation dazu beitragen, die Kluft zwischen den reichen Industrienationen und der Dritten Welt zu verringern. Sie unterstützt und fördert Kleinbetriebe und Kooperativen in Entwicklungsländern durch Import und Vertrieb ihrer Produkte in Deutschland. Begleitend zum Warenhandel betreibt EL PUENTE entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit. Dem im Juni 1972 gegründeten „EL PUENTE – Verein für Arbeits- und Sozialförderung in Entwicklungsländern e.V." folgte 1977 die EL PUENTE – GmbH. Heute unterhält die GmbH rund 70 Projektkontakte und beliefert als Importeur und Großhändler über 1.500 Dritte-Welt-Läden, Kirchengemeinden und Aktionsgruppen. Ein Projektpartnerausschuß mit Delegierten des Vereins, der AG3WL (Arbeitsgemeinschaft der 3. Welt Läden) und einzelner Dritte Welt Läden sorgt dafür, daß die Handelskontakte der GmbH den gemeinsamen entwicklungspolitischen Richtlinien entprechen. EL PUENTE arbeitet kostendeckend, nicht gewinnorientiert.

Die Handelskriterien der Organisation stellen die Entwicklungsförderung für die ProduzentInnen in den Mittelpunkt, nicht unbedingt die genossenschaftliche Struktur. Selbstorganisierte und selbstbestimmte Strukturen genießen aber trotz vieler immer wieder auftauchender Probleme wie Mißmanagement oder Korruption einen hohen Stellenwert. So heißt es in Punkt eins der Projektpartnerkriterien von EL PUENTE: „Haben die Projektpartner zum Ziel, sich in landesüblichen Selbsthilfegemeinschaften (Kooperativen usw.) zu organisieren... (und) alle Betroffenen am Entscheidungsprozeß zu beteiligen?".

Einen hohen Stellenwert haben diese Strukturen für die Organisation insbesondere dort, wo es gilt, koloniale Abhängigkeiten aufzubrechen. Schließlich wird auch heute noch Kaffee und Tee auf Fincas und Teeplantagen kultiviert, die häufig in geradezu feudalen Verhältnissen gehalten werden. Kooperativen könnten grundsätzlich und dauerhaft neue Verhältnisse schaffen. Ihr Management ist gewählt und muß sich legitimieren, die Überschüsse werden für Gemeinschaftsprojekte verwendet. Solche Kooperativen will EL PUENTE unterstützen.



Dem „fairen Handel" (s. Kasten zur gepa sowie zuletzt die Diskussion in den 'blättern' Nr. 206 und 207) wirft EL PUENTE dagegen Markt- und Gewinnorientierung vor, der zunehmend auch die ursprünglich stärker betonte Förderung von Genossenschaften und Kooperativen zum Opfer fallen. Mehr und mehr beschränke sich demnach der „faire Handel" auf die Zahlung eines etwas besseren Preises, ohne daß bestehende ungerechte soziale Verhältnisse in Frage gestellt würden. Genossenschaften gelten hier als „unmodern" und müssen leistungsfähigeren Unternehmen Platz machen. Konsequent würden von Trans-Fair und seinen Lizenznehmern Teeplantagen gefördert. Trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten setzt EL PUENTE dagegen auf die Zusammenarbeit mit Teekooperativen. Tee von solchen Kooperativen – insbesondere Matetee – und nähere Informationen können bestellt werden bei:

**EL PUENTE**
**Postfach 10 03 35**
**31103 Hildesheim**
**Tel. 0 51 21/7 66 30, Fax 0 51 21/51 51 17**

mit dem Aufbau von Produktions- und Vermarktungsstrukturen begonnen werden.

Zum Schutz der gemeinsamen Erträge ist die starke Struktur der eingetragenen Kooperative nötig. Für die gemeinsame Nutzung von landwirtschaftlichem Gerät reichen Vereinsstrukturen. Gegenseitige Hilfe und Austausch bei Arbeitseinsätzen oder Problemen können auch informell organisiert werden. Für die Produktion hingegen, die Herstellung von Matetee, für Mais- und Reismühlen oder die Fruchtsaftproduktion, müssen zum Teil größere Investitionen getätigt werden. Diese sind durchweg im Rahmen übergreifender genossenschaftlicher Strukturen der assentamentos (die besetzten Ländereien, denen eine Duldung zugesprochen wurde) organisiert. In der Folge entstehen oft Vermarktüngskooperativen, sofern von den zahlreichen an der Verarbeitung beteiligten Gruppen genügend Überschüsse für den Markt produziert werden. Insgesamt gibt es über 400 Vermarktungskooperativen von Sem-Terra in Brasilien.

Die engste Verbindung gehen die assentados, die geduldeten Besetzer, in der Produktionskooperative ein. Das Land befindet sich in gemeinschaftlichem Eigentum, ebenso die landwirtschaftlichen Geräte, Saat- und Düngemittel sowie die Erträge für die Eigenversorgung und die Vermarktung. In ganz Brasilien gibt es ungefähr 50 Produktionskooperativen, CPAs (cooperativo de producao agropecuaria).

Im Distrikt Pitanga, wo sich einige hundert Familien 1989 in dieser verlassenen Gegend ihr Stück Land erkämpft haben, liegt die CPA „Nuevo Paraiso" an. 30 Familien schaffen sich ein „Neues Paradies", und die Leistungen sehen nach dieser kurzen Zeit tatsächlich danach aus, als könnten sie es eines Tages verwirklichen. Seit drei Jahren haben sie die Duldung auf ihren 170 Hektar. Mit dieser Duldung bekamen sie auch einen Kredit von der Regierung, den sie ausschließlich in landwirtschaftliches Gerät und in die Organisation investierten.

### Das neue Paradies

Während die einzelnen Familien noch in den Hütten aus der Zeit der Besetzung leben, ist das Sekretariat der Kooperative mit einem Computer nach neuestem Standard ausgerüstet, auf dem abgerechnet wird. Das Geld fließt in die Gemeinschaftsaktivitäten und -einrichtungen wie die beiden Traktoren, die Saat- und Erntemaschine, fließendes Wasser, den Kindergarten und den Gemeinschaftsraum. In den drei Jahren haben die Familien die kostenlose Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln aufgebaut und züchten Zitrusfrüchte, Erdnüsse, Mais, Bohnen und Mate für die Vermarktung. Jetzt erst wird das neue Dorf geplant, die Fläche ist eingeebnet, Sekretariat und Gemeinschaftshaus wurden bereits an ihrem Platz errichtet.

Ein Blick auf den Bildschirm offenbart die Einkommensverteilung: Entlohnt wird nach gearbeiteter Zeit, und zwar nach Minuten, die akribisch für jedes einzelne Mitglied festgehalten werden. Dabei ist es unerheblich, ob im Kindergarten, auf dem Feld, oder bei der Eingabe der Arbeitszeiten gearbeitet wurde. Auch die Verteilung der Überschüsse folgt demselben Muster. Dieses Verfahren soll das Gerechtigkeitsempfinden des Kollektivs sichern, denn auch hier kennt man Konflikte um individuell unterschiedlich empfundene Produktivität und persönliches Engagement. Die verantwortungsvolle Aufgabe des Sekretärs wird von einem fünfköpfigen Rat begleitet. Alle Entscheidungen werden jedoch auf den vierzehntäglichen Vollversammlungen getroffen. Männer und Frauen ab 18 Jahren sind stimmberechtigte Mitglieder. Was zunächst bürokratisch anmutet, stellt sich als das Streben nach Absicherung des Einzelnen in einer bedrohten Gemeinschaft heraus, wobei diese nicht mehr als der Einzelne zählt. Für den Krankheitsfall existiert mangels Anlaß zwar noch keine Regelung, aber auch dieses Problem kann wohl gelöst werden – 30 Tage bezahlten Urlaub gibt es schließlich auch schon.

Nuevo Paraiso ist eine der ältesten Kooperativen von SemTerra in Parana. Andere, jüngere Produktionskooperativen arbeiten jedoch nach den gleichen Grundsätzen. Die „CPA des 5. August" zum Beispiel ist mit 15 Familien und 37 Stimmberechtigten halb so groß wie Nuevo Paraiso, hat jedoch mit über 100 Hektar noch eine Menge Entwicklungsmöglichkeiten. Hier gibt es (noch?) kei-



**Völker, trinkt unseren Tee!** **Foto: Martin Moritz**

nen Computer und kein Sekretariat, aber trotzdem ähnlich minutiöse Abrechnungen, die an der Anschlagtafel am Gerätehaus angebracht sind.

In den beiden zurückliegenden Jahren haben die einzelnen Kooperativen auf den assentamentos in verschiedenen Bundesstaaten Kooperativenverbände gebildet. Hauptaufgaben sind Dienstleistungen bei Einkauf, Vermarktung und Organisation der Zusammenarbeit und Beratung der Kooperativen. Die CCA in Parana, die „Cooperativa Central de Reforma Agraria do Parana", betreibt fünf Zweigstellen, „unidades", zur Verarbeitung und Vermarktung von Mate, Reis, Mais, Bohnen und Fleischprodukten.

## Mateland in Bauernhand

Die Verarbeitung von Lebensmitteln ist für die assentamentos von zentraler Bedeutung für die Erzielung überlebensfähiger Preise. Mit der Produktion von Rohstoffen, also den frischen Mateblättern oder Maiskolben, sind die assentados von Zwischenhändlern abhängig, die ihnen kaum die Produktionskosten ersetzen – erst recht nicht, wenn die Familien einzeln verkaufen. Mit der Veredelung dieser Rohstoffe, also der Trocknung und dem Stoßen von Mate, sowie dem Mahlen von Mais und deren Verpackung, entstehen konkurrenzfähige Produkte für den regionalen Markt. Damit können zum einen unter Umgehung des Zwischenhandels angemessene Preise für die Rohstoffe an die assentamentos erzielt werden. Zum anderen bleibt auch der Mehrwert aus der Veredelung, meist der Bärenanteil am Wert eines Produktes, in Kooperativenhand. Deshalb wird wo immer möglich und finanzierbar, fieberhaft an der Errichtung von Verarbeitungsanlagen, den beneficamentos, gearbeitet.

Ein Beispiel ist die „Unidade do Beneficamento do Erva Mate" (UBEM), die sich auf die Verarbeitung von Matetee spezialisiert hat. Auf 36 assentamentos in der Region Santa Maria/Pitanga wird in einem Umkreis von mehr als 100 km Mate angebaut. So reiften schon seit Anfang der 90er Jahre Pläne für eine Verarbeitungsanlage in der Region, um die Mateernte, die immer frisch verarbeitet werden muß, zum bestmöglichen Gewinn der assentados zu verarbeiten und zu vermarkten. In der kleinen Fabrik in Santa Maria arbeiten heute 15 Leute, die alle Arbeitsschritte der Produktion, vom Trocknen und Stoßen bis hin zur Endverpackung vollziehen. Zu finden ist der Tee vor allem in den Supermärkten der Region, neben über 30 zum Teil seit Generationen eingeführten Sorten. Entsprechend beklagt man sich bei UBEM über das schwierige Geschäft, sich gegen die Konkurrenz zu behaupten. Hilfreich ist hierbei das Zertifikat für ökologischen Anbau und die gute Qualität der Mate.

Die CCA in Parana hat sich seit Beginn der Matepflanzungen auf den assentamentos erfolgreich für einen konsequenten ökologischen Anbau eingesetzt. Dieser ist eng verknüpft mit einer intensiven technischen Beratung für die assentamentos, die CCA-Mitarbeiter in Parana regelmäßig besuchen.

All diese Schritte, von der Beratung bei der Organisation bis hin zur technischen Beratung bei der Produktion, haben dazu geführt, daß SemTerra mittlerweile viel für die Landbesetzer erreicht hat. Die eigene Vermarktung hat sich zu einem dynamischen Prozeß entwickelt. Die Erträge dieser Arbeit und der Umfang der Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln stellen den Erfolg der Organisation unter Beweis.

**Martin Moritz (EL PUENTE)**

## gepa

Die 'Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH' besteht seit dem 15. Mai 1975. Aus der alternativen „Aktion Dritte Welt Handel" entwickelte sich ein Wirtschaftsunternehmen, das im Geschäftsjahr 94/95 (Stichtag 31. März) einen Umsatz von 55,3 Millionen Mark erzielt hat. Den Hauptanteil macht dabei Kaffee aus (33 Mio.), gefolgt von Handwerksartikeln (8,2 Mio.) und Tee (4,7 Mio). Die Organisation handelt mit etwa 140 Produzentengruppen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Im Inland beliefert sie ca. 720 Weltläden und 5.000 Aktionsgruppen. Die gepa will einerseits für ihre Handelspartner in Übersee eine zukunftssichernde alternative Handelsorganisation bleiben und andererseits unter Beweis stellen, daß sich der „faire Handel" aus eigener wirtschaftlicher Kraft trägt. Alle Maßnahmen – so die Kriterien des „fairen Handels" – sollen u.a. den Produzenten mittelfristig eine (Überlebens-) Perspektive bieten, gerechten Lohn und soziale Leistungen garantieren und den Willen zur Selbsthilfe mobilisieren.

Die gepa gehört zu den wichtigsten Lizenznehmern des TransFair-Siegels. TransFair vergibt dieses an Importeure und Handelsfirmen, die Produkte zu Bedingungen des „fairen Handels" einkaufen. Nach Kaffee tragen seit Dezember 1994 alle gepa-Tees das Siegel und sind außer in Weltläden auch in Supermärkten zu haben. Eine von gepa geförderte Genossenschaft ist die ISMAM (Indígenas de la Sierra Madre de Motozintla, Sociedad de Solidaridad Social) in Chiapas. Mit dem Kauf eines Drittels des exportfähigen ökologisch angebauten Kaffees (1993/94) ist die gepa wichtigster Abnehmer von ISMAM. Betriebswirtschaftliche Aspekte stehen bei der Zusammenarbeit im Vordergrund.

Anders als etwa EL PUENTE orientiert sich die gepa stark an Markt und Gewinn. Ihr Ziel ist es, den Markt für „fair" gehandelte Produkte zu erweitern und diese auch in Supermärkten einem breiteren Publikum anzubieten. Diese Politik führt zu Konzessionen. So unterscheiden sich die TransFair-Kriterien für Tee von denjenigen für Kaffee, da qualitativ hochwertiger Tee überwiegend von privaten Plantagen stammt. Zur Teeverarbeitung sind massive Investitionen nötig, die sich Kleinproduzenten nicht leisten könnten. Durch Projektverträge ist laut gepa jedoch gewährleistet, daß auf den privaten Plantagen soziale Maßnahmen zugunsten der TeearbeiterInnen durchgeführt werden, wovon jedoch die bestehenden Besitzverhältnisse nicht berührt werden. Informationen bei:

**gepa**
**Talstraße 20**
**58332 Schwelm**
**Tel. 0 23 36/9 18 20, Fax 0 23 36/1 09 66**

# Richtig falsch, oder?

## Annäherungen an die Genossenschaftsbewegung

**„Genossen, schafft Bewegung!" Diese Aufforderung an avantgardistische Parteikader, was los zu machen, nahm kein gutes Ende. Der etwas bescheidenere Ansatz der Genossenschaftsbewegung, das Wahre im Falschen zu suchen, kann aber kaum erfolgreicher enden. Er ist auf den Markt gekommen. Ein Stück in drei Akten mit Finale, in dem doch nicht alles schlecht ist.**

Der erste Versuch: **assoziativ**. Lassen wir – zunächst einmal – alle ideologischen Vorbehalte und Kategorisierungen beiseite und nähern uns dem Genossenschaftswesen bzw. seinem Begriff auf dem Wege der Assoziation. Genossenschaft – das klingt für jemanden aus der Solidaritätsbewegung, zumal aus der Lateinamerikabewegung, eher fremd. Da denkt er/sie an die Raiffeisenbank, Mutters Sparbuch und Vaters Konto, vielleicht noch an Getreidesilos, wenn vom Lande kommend. Das erinnert an Landmief, Kindheit, Wirtschaftswunderland, DGB und SPD. Alles etwas abgestanden und verbraucht.

Dann entdeckt er/sie vielleicht das Wort 'Genosse'. Die Pupillen weiten oder verengen sich – je nach Geschichte. Wörter wie Genosse Lenin, Genossin Luxemburg oder companero Che klingen nicht so fremd, eher altvertraut und auch schon wieder ein bißchen verstaubt. Vom Genossen zum companero ist es genauso weit wie von der Genossenschaft zur cooperativa. Da bekommt das Wort schon einen Hof, für manche gar einen Heiligenschein: UCIRI, ECONOMIC, ISMAM und was da der kapitalen Lettern noch mehr sind. Für manche mag es aber auch nicht weit von der Genossenschaft zur LPG sein, zur Kolchose, zur Sowchose, zum Kombinat – da war doch was? War da was anders?

Der zweite Versuch: **apriorisch**. Wir lassen alle (politische) Erfahrung außen vor und verlassen uns lediglich auf unsere Vernunft, auf logische Schlüsse und begegnen dem Genossenschaftswesen apriorisch. Was ist denn ihrem Selbstverständnis nach eine Genossenschaft? Wie wird sie definiert? Was sind ihre Charakteristika? Ein beliebiges Lexikon wird etwa folgende Beschreibung enthalten: „Ein eingetragener Verein, der die wirtschaftliche Förderung seiner Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt."

Erste Schlußfolgerung: Eine Genossenschaft verfolgt zuerst wirtschaftliche Zwecke, keine politischen, sozialen oder ideologischen Ziele. Zweite Schlußfolgerung: Die Genossenschaft verfolgt diese Ziele ausschließlich für ihre Mitglieder, nicht für die Gesellschaft insgesamt. Dritte Schlußfolgerung: Sie wendet dabei eine bestimmte Methode an, nämlich das gemeinsame Betreiben ihrer Angelegenheiten.

Erste kausale Frage: Ist das eine neue Methode? Nein, wird die Antwort lauten müssen, und der/die an Theorie interessierte InternationalistIn ist schon über Sätze gestolpert wie: „Alle vorbürgerlichen Produktionsweisen basieren auf Gemeinwesen. (...) Die wirklich gesellschaftliche Produktion, die dem Kapitalismus folgt, muß (...) eine Form kollektiven Eigentums sein. (...) Die Abschaffung des Kapitalismus ist nur die Rückkehr der Menschheit zu dem Grundtypus des Eigentums, von dem ihre geschichtliche Entwicklung begann. Es ist die Wiedergeburt des archaischen Gesellschaftstyps auf höherer Stufe."[1]

Zweite kausale Frage: Ist die Genossenschaft also Abschaffung des Kapitalismus? Das widerspräche zumindestens der obigen logischen Schlußfolgerung, daß die Genossenschaft zunächst nur sich selbst diene, nicht der Gesellschaft als ganzer.

Dritte kausale Frage: Hat es nicht auch mit ihrer Methode zu tun, was sie konkret verfolgt? Da gibt das Lexikon eine große methodische Vielfalt her: Produktionsgenossenschaft, Vermarktungsgenossenschaft, Distributionsgenossenschaft, Kreditgenossenschaft. – Zurück bleibt eine apriorisch gestiftete Verwirrung, die aber durchaus ein erster Schritt zur genaueren Erkenntnis sein könnte.

Dritter Versuch: **aposteriorisch**. Jetzt endlich dürfen wir unsere gesammelten politischen Erfahrungen zu Rate ziehen. Wo kam sie her die Genossenschaftsbewegung in der Solidaritätsbewegung? Wie entwickelte sie sich hüben und drüben und welche Erfahrungen gab es mit diesen cooperativistas, Genossenschaftern, AlternativhändlerInnen und Ladnern?

Beginnen wir mit der Geschichte der hiesigen Genossenschaftsbewegung im Solidaritätsspektrum. Sie wurde schon oft erzählt und läßt sich hier in einem kurzen Abriß noch einmal komprimieren. Immerhin bemerkenswert ist, daß die Autoren der genossenschaftlichen oder doch genossenschaftlich orientierten Dritte-Welt-Handelsbewegung die Geburtstunde auf das Jahr 1970 festlegen.[2] Das liegt nicht von ungefähr zwei Jahre nach einer nach jenem Jahr benannten Bewegung, deren Kind der Dritte-Welt-Handel ist. Das Kind veränderte allerdings die politischen Vorzeichen: Die revolutionäre politische Perspektive der 68er erschien ihm illusionär, die schrittweise Umgestaltung des Kapitalismus kam in Mode. Das Minimodell des archaischen Gesellschaftstyps entstand in der Form des Welt-Ladens und seiner Bewegung: genossenschaftlich, genossenschaftsfördernd, aufklärerisch – am kapitalistischen Weltmarkt orientiert.

Als 1975 die GEPA entstand, kam sie als GmbH auf die Welt. Das sei ihr ungenommen, nur genossenschaftlich war das nicht. Daß bei derart ungleichstarken Gesellschaftern Reibungen auftraten, war fast zwangsläufig. Verwunderlich ist dagegen die Kritik der Läden, ihre Verkaufsorganisation sei zu profitorientiert, wolle Umsatz statt Aufklärung, Geschäft statt Politik. Was nämlich einer Genossenschaft recht ist, ist einer GmbH billig. Sie will Kapital hecken, muß Kapital hecken. Das war vielleicht bis Mitte der 80er Jahre nicht so klar, weil die Finanzdecke stimmte. Als sich die Geschäftslage verschlechterte, reagierte die GEPA GmbH. Zunächst wurde die „Produktlinienpolitik" eingeführt. Sie schaute nicht nach der ge-

nossenschaftlichen Tauglichkeit des Partners, sondern nach der Tauglichkeit des Produkts auf dem Weltmarkt.

Nach dem Nicaragua-Zwischenfall, der doch stark die Politisierung der Genossenschaftsszene forcierte, unternahm die GEPA den nächsten GmbH-logischen Schritt: Sie verbreiterte die Absatzkanäle. Der Aktionsstand wanderte in den Supermarkt. Die Ladenszene reagierte distanziert, hoffte dann aber doch, etwas von dem Kuchen abzubekommen, beschwor den Synergie-Effekt des Supermarktes und siehe da: (Fast) alle sind glücklich. Transfair und GEPA freuen sich über Marktanteile, die Läden über gestiegene Nachfrage (siehe oben, Schlußfolgerungen eins und zwei).

Wenn dann anno 1994 der Transfair-Geschäftsführer D. Overath seinen Beitrag im Geschäftsbericht mit „Shopping for a better world" betitelt, so sagt dies deutlich, auf welches Niveau gewisse Organisationen gekommen sind: Kaufen schafft die bessere Welt, Kaufen ist die bessere Welt. Genossenschaften hin oder her, Bewußtseinsarbeit her oder hin. Und da die Genossenschaftsidee hier schon länger aufgegeben wurde, wird es jetzt auch für die Partner Zeit. Die Kooperative darf zum nebulösen Kleinbauern mutieren, und Tee wird sowieso meist nicht in Kooperativen bewirtschaftet. Alles in allem ist der Genossenschaftsgedanke also ziemlich auf den Markt gekommen.

Inseln der Glückseligkeit soll es noch geben, manchmal sind sie gar nicht so klein. Der Verfasser selbst betreibt als politisches Nebengeschäft seit einigen Jahren die Propagierung alternativen Kaffeehandels. Klar geworden ist ihm in dieser Zeit immerhin, daß Transfair nicht gleich GEPA und GEPA nicht gleich AG3WL ist. Vielmehr wächst der Grad an genossenschaftlicher Orientierung von T über G zu A. Selbst T tut Gutes (jawohl), indem es ProduzentInnen Preise über Weltmarktniveau zahlt. Klar geworden ist ihm allerdings auch, daß alle drei ihre Herkunft nicht verleugnen können und einem kindlich anmutenden Glauben an die Verbesserung der Welt durch den Verkauf besserer Produkte im schlechten Kapitalismus verhaftet sind. Putzig ist das bei wirklich engagierten Laden-Menschen, wenn sie allen Ernstes behaupten: Schafft eins, zwei, drei, viele Genossenschaften, und alles wird gut.

**Conclusionen:** Was das assoziative brainstorming zu Tage gefördert hat, war so ungeordnet nicht und wurde durch Versuch II und III bestätigt: Genossenschaft ist nicht gleich Genossenschaft. Es gibt Genossenschaften, die ihre Mitglieder reich machen, so reich, daß sie andere nicht mehr genossenschaftlich, geschweige denn als GenossInnen behandeln. Wer kennt nicht die Fälle der reichen, von uns geförderten Genossenschaften, die sich ein Besucherhaus oder eine Kirche nach der anderen bauen, während ringsum das Elend wächst?




**Der Beginn einer langen Freundschaft**

Es kommt also darauf an, welche Art von Genossenschaft gemeint ist, und in welchem gesellschaftlichen Kontext sie steht.

Denn daß die staatlich geschaffene Agrarreformkooperative im Rahmen des Aufstandsbekämpfungsmodells 1980 in El Salvador etwas anderes ist als der genossenschaftlich organisierte Weltladen in Ravensburg, und daß wiederum eine LPG in Weimar sich hiervon unterscheidet. Diese Aussage bedurfte eines langen Satzes, müßte aber auch ohne ihn klar sein. Läßt man diesen Kontext weg – und das hat hoffentlich Versuch II gezeigt –, dann ist eine Genossenschaft nämlich lediglich eine wirtschaftliche Vereinigung zum Wohle ihrer Mitglieder. Es ist gut, wenn sie dem Wohle der Mitglieder und nicht nur eines einzigen dient. Aber – und das ist ihre selbstauferlegte Beschränkung, also ihre Grenze – mehr will sie zunächst nicht. Deshalb ist sie so gut in jedes Gesellschaftssystem, zumal in das kapitalistische, integrierbar.

Bemerkenswert ist, was Versuch III zeigte: Die Genossenschaftsidee in der Solidaritätsbewegung kam mit dem Ende der radikal internationalistischen Vietnambewegung auf. Eine Genossenschaftsbewegung kann also ein reformistisches Projekt sein. Daß sie das im Falle der Weltladenbewegung immer war und ist, zeigen die beleuchteten Tendenzen bis hin zur schließlichen Aufgabe jeglicher genossenschaftlichen Prinzipien.

Daß die Genossenschaftsidee bei ehemals internationalistisch Bewegten zur Zeit wieder an Popularität gewinnt, scheint mir erneut ein Anzeichen einer reformistischen Phase zu sein. Unbenommen bleibt, daß Genossenschaftsförderung – wenn sie denn weiter betrieben wird und sich nicht in shopping und in Kleinbauerei auflöst – im Trikont den Produzenten hilft, auch ihre politische Postion stärkt. Falsch aber ist der Irrglaube, wenn man die Welt mit Genossenschaften übersäte, käme so nach und nach die Weltrevolution dabei heraus. Hier gilt in leichter Abwandlung der alte Spruch: Die Genossenschaften haben die Verhältnisse nur verschieden organisiert, allein, es kommt darauf an, sie umzuwälzen.

**Tom Beier**

**Anmerkungen:**

1) Joachim Bischoff (Hrg.), Grundbegriffe der marxistischen Theorie, Hamburg 1981

2) Vgl. Thorsten Lampe, Das Handelsbein ist davon geeilt, in: LN 245, Nov. '94, S. 14ff und Michael Glöge, 15 Jahre AG3WL – und so weiter?, in: Forum Nr. 150, Febr./März 1991

# Nachhaltig zukunftsfähig?

## Kritik der Wuppertaler Umwelt-Studie

*Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" von MISEREOR und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist nicht nur in der Medienöffentlichkeit ein Knaller. Das gut 400 Seiten starke Kompendium präsentiert sich als Angebot, den ökologischen Wandel der Marktwirtschaft mit Hilfe von klaren Reduktionszielen und Leitbildern endlich anzugehen. Mit Sätzen wie „Lieber Kilowattstunden als Arbeitskräfte sparen" kann der ideologisch übermächtige Diskurs der Neo-Liberalen, jedenfalls in Talk-Shows, angeknackt werden. Allerdings haben insbesondere viele Dritte Welt Gruppen heftigste Bedenken angemeldet. Im folgenden eröffnen Stefan Armborst und Ulrich Brand, Mitglieder der AG 'Sustainable Development' des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), mit einer Kritik an der Studie die Debatte in den 'blättern des iz3w'. Sie wollen dabei aber nicht in die bekannte Entlarvungsfalle laufen. Ihr Hauptaugenmerk gilt der Frage, wie die Restlinke die Fülle der erarbeiteten Materialien der Studie in einen anderen Diskurs stellen könnte.*

*Die Redaktion*

Der erste Teil der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD) benutzt naturwissenschaftlich-quantitative Methoden, um zu einer „Bestandsaufnahme" des Umweltverbrauchs in der BRD zu kommen. Für die AutorInnen ist der sogenannte Umweltraum der zentrale Maßstab für eine erst auf der Basis ethischer Wertmaßstäbe bestimmbare „Zukunftsfähigkeit" einer Gesellschaft. Dieser „natürliche Handlungsrahmen" zukünftiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung errechnet sich aus der Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von Rohstoffen. Die Größe des zur Verfügung stehenden „Umweltraumes Deutschland" ergibt sich aus den postulierten gleichen Nutzungsrechten für alle Menschen weltweit und wird entsprechend der hiesigen EinwohnerInnenzahl hochgerechnet.

Dem werden die heutigen Ressourcen-, Energie- und Materialverbräuche sowie Schadstoffemissionen gegenübergestellt und der nicht gerade neue Schluß formuliert: Die in Deutschland lebenden Menschen überziehen „ihr" „Umweltkonto" ganz beträchtlich. Aus dem Vergleich mit dem heutigen Umweltverbrauch und dem laut Umweltraum „erlaubten" Konsum werden Reduktionsziele abgeleitet. Dies führt dann zu Reduktionsszenarien von ca. 25 Prozent bis zum Jahr 2010 und bis zu über 80 Prozent bis zum Jahr 2050. Dem schließen sich Forderungen nach einer hundertprozentigen Umstellung auf eine biologisch-organische Landwirtschaft und einer drastischen Einschränkung des Güter- und Personenverkehrs an.

### Die Anrufung des Individuums

Derartige Veränderungen in bezug auf die materielle Basis des Stoffwechsels mit der Natur innerhalb von wenig mehr als 50 Jahren müssen zwangsläufig zu Umstellungen der Produktions- und Lebensformen führen. Zur Umsetzung der skizzierten Umweltziele präsentiert die Studie nun ihr eigentliches 'Herzstück', die sogenannten Leitbilder für die „sozial-qualitative Gestaltung" einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Den verschiedenen gesellschaftlichen „Akteuren" – „Unternehmer, Erwerbstätige, Verbraucher, öffentliche Versorger, Gesetzgeber, Städter, Bürger in ländlichen Gebieten, entwicklungspolitisch Engagierte" – werden hier „realistische" Möglichkeiten ökologisch verantwortbaren Handelns präsentiert. Dabei geht es nach eigenen Worten darum, eine „Domestizierung der Marktwirtschaft" sowie deren „ökologisch zuträglichen Entfaltung" zu skizzieren.

Die angestrebte Reduzierung des effektiven Verbrauchs in den relevanten Bedarfsfeldern muß nach Ansicht der AutorInnen der Studie aber zusätzlich durch ein neues „Wertemodell" auf der Ebene des Individuums ergänzt werden. Dieses bleibt aber in seiner Rolle als Konsument verhaftet. Das politische Subjekt wird nicht erfaßt. Ebenso vermißt der/die LeserIn eine Standortbestimmung der Umweltbewegung, eine Analyse gewerkschaftlicher Politik sowie eine Kritik der offiziellen Umweltpolitik. Auch fällt kein Wort zu den Veränderungen des patriarchalen Geschlechterverhältnisses als notwendigem Bestandteil sozialökologischer Transformierungen.

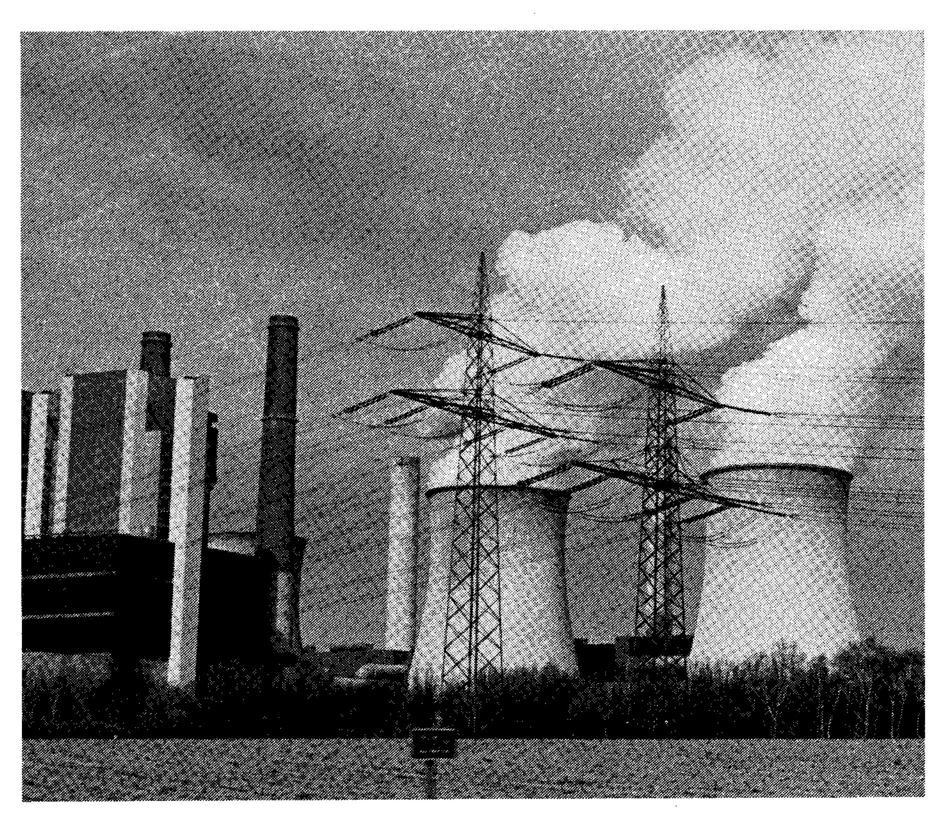
### Blinde Flecke

Aus politischen Opportunitätsgründen und wohl wider besseren Wissens erfolgt keine Analyse der Ursachen der sozial-ökologischen Krise. Zudem fallen die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Strukturen und möglichem politischem Handeln von Anfang an auseinander. Die in der Einleitung der Kurzfassung gestellte Frage, „warum und wie die Gesellschaft sich in hohe Stoffverbräuche verwickelt hat", bleibt unbeantwortet.

Problematisch ist auch ein Verständnis von „Natur", welches einerseits „Natur" als quantifizierbare Ressource ansieht, die im Rahmen eines ökologischen Sozialprodukts einen Preis bekommen und damit in die Marktrationalität eingepaßt werden soll, und andererseits sie auch als „schützenswertes" Gut betrachtet. Ohne Frage ist es notwendig, sich in einem gewissen Rahmen naturwissenschaftlicher Kategorien zur Beschreibung von Naturzerstörungen und -gefährdungen zu bedienen. Aber den Umweltraum als objektiven „natürlichen Handlungsrahmen" zu konzipieren, greift zu kurz. Die Bestimmung von wissenschaftlich fundierten Grenzwerten

und Reduktionszielen kann nur als politischer Prozeß verstanden werden. Die Blindheit der ökonomischen Mechanismen gegenüber den natürlichen Grundlagen des Lebens ist nicht nur ein Ressourcenproblem oder ein Problem ausreichender Deponieräume, sondern als spezifisches Vermittlungsverhältnis von Natur und Gesellschaft zu verstehen.

Soziale Auseinandersetzungen und divergierende Interessen, wie sie ausnahmsweise auch im Bereich der Energiewirtschaft angesprochen werden, gehen nur ganz am Rande in die Studie ein. Die historischen Erfahrungen der Ökologiebewegung, daß nämlich grundlegende Veränderungen an bestimmten Interessen scheitern, werden damit negiert. Man will offensichtlich niemandem wehtun. Die „Ökologiebewegung" oder „entwicklungspolitisch Engagierte" schrumpfen auf eine Restgröße: Ihr teilweise bis heute bestehender Protestcharakter, der in der Geschichte dieses Landes durchaus sinnvolle Veränderungen anstieß, ist offenbar unwichtig.



Standort Deutschland: Ruhrkohle... Foto: Herby Sachs – version

## Ökostandort Deutschland

Die Auftraggeber der Studie wollen, zumindest dem Anspruch nach, einen breiten Diskussionsprozeß einleiten und dem ökologisch-sozialen Reformprozeß neuen Atem geben. Die dahinterstehende politische Strategie weist in Richtung verstärkter Lobbyarbeit. Durch eine spezifische Mixtur von Diskurselementen über Umwelt und Nachhaltigkeit soll dazu beigetragen werden, eine lager- und institutionenübergreifende hegemoniale 'ökologische Diskursordnung' (Egon Becker) in dieser Republik zu verfestigen.

Weil jedoch dem postulierten Menschheitsinteresse angesichts drohender materieller Einbußen im Norden des Globus wohl insgeheim doch nicht die nötige Durchschlagskraft beim angestrebten radikalen stofflichen Rück- und Umbau zugetraut wird, bleibt es dabei, allen angesprochenen „Akteuren" die Nutzeffekte einer anstehenden „ökologischen Erneuerung" schmackhaft zu machen: den Gewinner-Unternehmen weltweite Absatzmärkte, den PolitikerInnen Standortvorteile, den ArbeitnehmerInnen Gestaltungsspielräume durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und den bisher Mobilitätsorientierten mehr Muße und Beschaulichkeit.

Die Vorgängerstudie „Sustainable Netherlands" war mit dem drastischen 'Kleinrechnen' des im Umweltraum nachhaltigen Energieverbrauchs auf die Einzelne und den Einzelnen zumindest konsequenter. Konzepte der politischen, ökonomischen und sozialen Transformation, die angesichts der strukturellen Verfaßtheit dieser Gesellschaft in ihrer Reichweite den angestrebten stofflich-energetischen Reduktionszielen entsprechen, sucht man in der Studie vergeblich. Die dramatischen Reduktionsziele entsprechen keineswegs einem institutionellen Umbau von Gesellschaft, den man angesichts der heutigen Lage nur als 'revolutionär' bezeichnen könnte.

## Der globale Nachbar

Auch im Bereich der „globalen Zukunftsfähigkeit", das heißt der internationalen Verknüpfung sozialökologischer Fragen mit denen der Weltwirtschaft, der Entwicklungsperspektiven peripherer Länder sowie der Zukunft von Nationalstaaten, zeigt sich das analytische Defizit der Studie in besonders deutlicher Weise. Die sozial ruinösen Folgen der globalen „Standortkonkurrenz", die durch die neoliberale Strukturanpassung erzwungene Ausplünderung von Natur- und Rohstoffreserven zum Zwecke der Devisenerwirtschaftung, die Ausgrenzung von Regionen und Menschen aus dem globalen Markt und nicht zuletzt der Funktionswandel für die nationalstaatlichen Regulierungskompetenzen werden entweder ignoriert oder aber (wie oft bei den eigentlich heiklen Aspekten) in Form von Fragesätzen in den Raum gestellt, ohne die dahinterliegende strukturelle Problematik einzubeziehen. Hier nur ein eloquentes Beispiel: „Ist auf einem zukunftsfähigen Weltmarkt Platz für alle, die auf ihn drängen?"

Die anvisierten Verbindungen von technologischem Innovations- bzw. Produktivitätsschub und „Lebensstilwandel" vergrößern die globale Tendenz zur Fraktionierung und Ungleichheit, da den abhängigen Ländern, im Gegensatz zu den Metropolengesellschaften, weder technologisch noch sozial alternative Optionen offenstehen. Die weltweit um die regionalen Wachstumspole gescharten Produktionszweige werden sich durch den Konkurrenzdruck eben nicht 'entschleunigen'.

Das in der Studie vertretene Leitbild der „globalen Nachbarschaft" appelliert mit seiner Forderung nach fairem Handel und globaler Chancengleichheit zwischen Nord und Süd an einen „aufgeklärten, langfristig denkenden Eigennutz" der Industrieländer. Wer allerdings wie die AutorInnen der Studie dabei die Transnationalen Konzerne nur streift bzw. an anderer Stelle nur beiläufig von der „Mitverantwortung" spricht, die die Industriestaaten für das übernehmen sollen, was von den Unternehmen ihrer Länder im Süden getan wird, der macht sich unglaubwürdig, weil er jahrelange Debatten und dabei erarbeitete Positionen und Analysen der internationalen Umwelt- und Entwicklungsbewegung einfach außer acht läßt.

## Kritik an der Kritik

An dieser Stelle wollen wir uns auf die KritikerInnen der Studie einlassen. Zwei Varianten der Reaktion dominieren die Auseinandersetzung. Oft fällt der inhaltliche Mangel der Konzepte der KritikerInnen auf. Sie bleiben entweder in reinen Denunziationsphrasen stecken oder benutzen aus der quantitativen Masse der Studie einzelne Versatzstükke für ihre eigene Arbeit. Solche Vorgehensweisen laufen Gefahr, linke Kritik und Politik zu versteinern. Am Beispiel des Bezugsrahmens Individuum läßt sich dies deutlich

machen. Gerade die Fixierung der Studie auf die individualistisch ausgerichteten 'Leitbilder' wären in diesem Kontext alles andere als unrealistisch zu bewerten oder als reine Ideologie abzutun. Sie weisen vielleicht eher auf neue Formen konsensualen und legitimierten sozialen Verhaltens hin, die zukünftige soziale Spaltungen abfedern helfen und gleichzeitig auf der Ebene der symbolischen Ordnungen und der daraus resultierenden individuellen Vehaltensnormen die geänderten gesellschaftlichen Naturverhältnisse eines „ökologischen Kapitalismus" reflektieren.

Ohne Frage gibt es „das" Konzept von 'Sustainable Development' nicht. Der Begriff und seine Umsetzung ist umkämpft. Genau dies macht die Studie ZD so wichtig, denn sie ist ein zentrales Diskursfragment im sich verfestigenden Sustainability-Diskurs. Man kann sich daher auch nicht die Zielvorgaben des Wuppertaler Instituts umstandslos aneignen und die Chancen der Realisierung durch eigenes (zum Beispiel konzeptionelles) Engagement vergrößern. ZD kann nicht als Steinbruch genutzt werden, aus dem man sich beliebig bedient. Die Studie ist kein Sammelsurium, sondern ein deutlicher Wurf. Die acht entworfenen Leitbilder sind keine einzelnen Vorschläge, sondern skizzieren ein relativ umfassendes gesellschaftliches Zukunftspanorama.

Eine Institution wie der Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO), der sich dem allgemeinen Schulterschluß fast aller entwicklungspolitischen NRO's mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) widersetzt und mit einer ersten Replik ('Zukunftsfähiges Deutschland' – Ein Technokratenmärchen) Staub aufgewirbelt hat, sowie die um eine Neudefinition des Internationalismus ringenden Restlinken sollten sich aber nicht allzulange an der Studie abarbeiten. Es gilt stattdessen, die entstehende Debatte und ihre blinden Flecken zum Anlaß zu nehmen, um Selbstverständigungsprozesse in den eigenen Reihen zu beginnen, die aus dem Ghetto herausführen und die Anziehungskraft für Außenstehende erhöhen. Theoretische Konzepte wie die der 'solaren Revolution' (Elmar Altvater) oder des 'radikalen Reformismus' (Joachim Hirsch) müssen klarer gemacht werden.

## Alternativen zur 'Öko-Aristokratie'

Die Gratwanderung, die sich zwischen den Polen „Ablehnung der gesamten Nachhaltigkeitsdiskussion" und der schlichten „kritischen Zustimmung" bewegt, gilt es zu beginnen. Eine Antwort auf das fundamentale Demokratiedefizit in der Studie setzt voraus, sich mit der Demokratisierung des Produktions- und Reproduktionsbereiches sowie aller gesellschaftlichen Institutionen als notwendiger Voraussetzung sozialökologischer Transformationen zu beschäftigen.

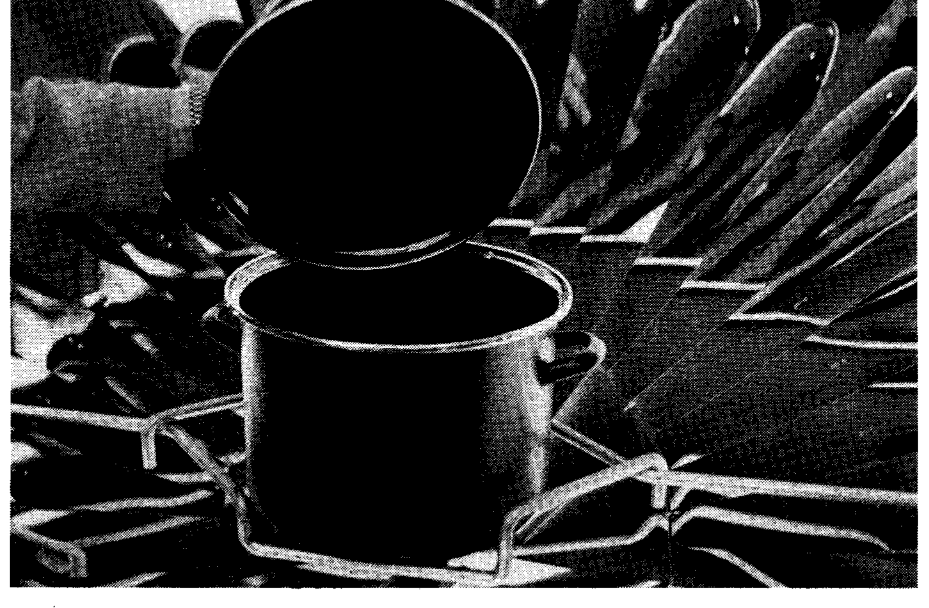
Die Studie ist gerade aufgrund der ihr inhärenten Inkonsistenzen und Leerstellen sowie des dadurch zum Ausdruck kommenden Opportunismus Sinnbild der starken Orientierungslosigkeit im umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich. Die Erfahrungen der Menschen mit sozialökologischen Krisen wie auch mit Überwindungsversuchen spielen keine Rolle bei diesem Ansatz „von oben". „Unten" soll „umgesetzt" werden. Man könnte es auch in Abwandlung des „demokratischen Zentralismus" einen „undemokratischen Dezentralismus" nennen. Trotz alledem: Wenn sich nun – wie z. B. in Berlin und Münster – aus gegebenem Anlaß neue Zusammenschlüsse von Gruppen und Einzelpersonen herausbilden, die mit dem Bezug auf die Studie neue bewegungsübergreifende Diskussionsprozesse beginnen, dann ist das grundsätzlich erst einmal zu begrüßen.

Daß die Durchsetzung einer hiesigen 'ökokorporatistischen' Modernisierung kapitalistischer Herrschaft unter dem Label der 'Nachhaltigkeit', welche die bestehenden Eigentumsverhältnisse und Weltwirtschaftsstrukturen, den Verwertungsimperativ und das Geschlechterverhältnis unangetastet läßt, nicht so richtig in die Gänge kommen will, liegt vielleicht auch an der scheinbaren Alternativlosigkeit von Politik und der damit verbundenen Eindimensionalität des Denkens. Erstarkende Gegenkräfte von unten, die die soziale und ökologische Frage zusammendenken und auch das Nachsinnen über einen 'ökologischen Sozialismus' – über Macht-, Eigentums- und Verteilungsverhältnisse – neu aufnehmen, würden Zugeständnisse erzwingen, wie sie die Ökologiebewegung unter anderen gesellschaftlichen Vorzeichen in den 80er Jahren erreicht hat. Angesichts des gegenwärtigen Zustands politischer Opposition wäre eine Spaltung entlang der Frage, ob denn nun das Nachdenken über sinnvolle Formen 'ökologischer Regulierung des Kapitalismus' per se schon 'des Teufels' sei, ist angesichts der sich Jahr für Jahr überbietenden Rekorde ökologisch bedingter Katastrophen genauso problematisch wie umgekehrt die Mißachtung außerparlamentarischer und -institutioneller Handlungsspielräume.

Eine vielfältig emanzipatorische Politik müßte neben dem weltweit praktizierten Ökoimperialismus auch die realexistierende 'Öko-Aristokratie' metropolitanen Zuschnitts ins Auge fassen. Ansonsten würde eine 'Ökologisierung' auf eine Bestätigung und Verschärfung der gegenwärtigen Containment-Politik gegen die ,Verdammten dieser Erde' hinauslaufen. Dazu würde es gehören, den Menschen das blinde Vertrauen in das technokratische Managment als Allheilmittel zu nehmen und ihnen die Erkenntnis zu erleichtern, daß Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung eigener elementarer Bedürfnisse global vermittelte Probleme sind. Diese können nur angegangen werden, wenn 'Freiheit, Demokratie Gerechtigkeit' (EZLN) in den jeweiligen lokalen und nationalen Verhältnissen wie auch weltweit neu definiert und erkämpft werden.

**Stefan Armborst/Ulrich Brand**

Der Beitrag wurde leicht verändert vom ak Ausgabe Nr. 386 übernommen.



**... oder Solarenergie für Kraut (s)?** **Foto: Herby Sachs – version**

**Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung.** Eine Studie des Wuppertaler Instituts im Auftrag von BUND und MISEREOR. **Kurzfassung:** 35 Seiten, Bonn Oktober 1995 (Bezug MISEREOR e.V., Mozartstr. 9, 52064 Aachen. **Langfassung:** ca. 450 Seiten, ca. 39,80 DM, Birkhäuser Verlag, Basel 1996.



Foto: Sabine Adorf – version

# Metropolis

## Weltstädtische Eliten: Coca-Cola oder „Flaaschworscht"?

**Räumliche Dimensionen des Globalisierungsprozesses drücken sich in der Ablösung sozialer durch „kulturelle" Unterscheidungen ebenso aus wie im veränderten Verhältnis von internationaler Arbeitsteilung und Nationalstaat. In diesem Rahmen begründet der Diskurs der Globalisierung ein neues Modernisierungstheorem, das die alte Trennung von dem „Westen" und dem „Rest" ideologisch neu aufbereitet.**

Die Analyse des „Klassenbewußtseins" neuer metropolitaner Eliten am Beispiel Frankfurts (s. Teil 1 des Artikels in 'blätter' Nr. 210) zeigte, daß diskriminierende Diskurse an die ausgeprägte Leistungsideologie der neuen Dienstleister und an deren Abkehr vom fordistischen Klassenkompromiß anschließen können und zu einer Verschärfung der klassenspezifischen Abgrenzungsprozesse führen. Dabei geht es nicht mehr nur um feine Unterschiede, sondern in der Konsequenz um eine grundlegende Veränderung der bestehenden Beziehungsverhältnisse zwischen den verschiedenen sozialen Kollektiven. Diese Veränderung kann sich in der Form der Konstruktion von gefährlichen Gruppen ausdrücken. Bei vielen der Befragten[1] ist eine Tendenz feststellbar, gesellschaftliche Verhältnisse wie soziale Polarisierung, Marginalisierung von Gruppen nicht politisch und sozial zu erklären. Vielmehr neigen sie dazu, diese, etwa in der Figur der „Toleranzgrenze", als quasi-natürliche zu interpretieren. Danach müsse es ab einem bestimmten Punkt zwangsläufig zu Abwehrreaktionen gegenüber „kriminellen Ausländern" oder „Asylbewerbern" kommen. An diese Vorstellungen können autoritäre und elitäre Strategien anknüpfen.

Der Multikulturalismus der Dienstleistungsklasse, genauer, ihr Lob der Vielfalt nach dem Modell der Kleinmarkthalle, bezieht sich auf die Konsumtionsräume der Stadt und beruht auf der zunehmenden Marginalisierung und anhaltenden Rechtlosigkeit eines Teils der städtischen Bevölkerung. Da die politische Dimension der Debatten um Multikultur ausgeblendet bleibt, liegt die Einschätzung nahe, daß es sich hier nur um eine modernisierte Variante des Gastarbeitermodells handelt. Der Unterschied besteht darin, daß nun nicht allein die Arbeitskraft, sondern auch die kulturellen Ressourcen der Migranten und Migrantinnen ausgebeutet werden. Eines zeigten die Interviews deutlich: Alle Argumente, die die Vorteile der multikulturellen Gesellschaft für die deutsche Mehrheitsbevölkerung beschwören, sind mit Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung sehr wohl vereinbar.

Bei den Befragten zeichnen sich zwei, hier nur idealtypisch zu unterscheidende, politisch-ideologische Einstellungsmuster ab. Zum einen der kosmopolitisch-marktorientierte Typus, der unter Betonung von Konkurrenz und Selbstregulation auf marktförmige Aushandlungskonzepte setzt. Er oder sie begrüßt in der Regel Multikultur als Heterogenisierung und Pluralisierung der Gesellschaft, bestätigt jedoch die bestehenden Machtverhältnisse im Sinne einer tendenziell sozialdarwinistischen Marktideologie. Er oder sie versteht sich in der Regel als nonkonformistisch und individualistisch, kann jedoch aufgrund des eigenen beruflichen Leistungsethos und der hohen Identifikation mit einer unternehmerischen Perspektive Schwächen und Abhängigkeiten bei sich selbst und bei anderen schlecht ertragen.

Zum anderen existiert der autoritär-etatistische Typus, der ebenso das Marktmodell vertritt, jedoch zugleich verstärkt auf staatlich-administrative Regulierung setzt. Er oder sie versteht sich zwar durchaus auch als weltoffen, begrüßt Multikultur jedoch nur mit Einschränkungen und tendiert eher zu Homogenitätsvorstellungen, Sicherheitsideologien und restriktiven Lösungskonzepten auf lokaler wie auf nationaler Ebene. Die Vorstellung eines sozialen Ausgleichs taucht zum Teil noch auf, hat dann jedoch eine national-soziale Ausrichtung, im Sinne von „Deutsche zuerst".

### Kebabträume in Mauerstädten

Die Auswertung der Befragung modifiziert in erheblichem Maße die Vorstellung vom

deterritorialisierten und transnational orientierten Professionellen. Insbesondere konnte belegt werden, daß es nicht 'den' Kosmopolitismus oder Multikulturalismus als Ideologie gibt, sondern eine Vielzahl von spezifischen Artikulationen, die widersprüchliche Verbindungen eingehen können. So existieren etwa positive Stigmata (Multikultur, Kebab, Folklore) neben negativen (Kriminalität, Fundamentalismus etc.). Diese eng mit Symbolen verknüpften Prozesse der Bedeutungskonstitution haben eine räumliche Dimension: Im Raum können sich derart widersprechende, also positive wie negative Zuschreibungen umfassende, ideologische Konstruktionen von 'Rasse', von 'Geschlecht' oder von 'nationaler Identität' zusammenkommen und nebeneinander existieren (Keith 1993, S. 205).

Die räumliche Dimension sozialer Verhältnisse umfaßt auch die Repräsentationen des Raumes, also, die jeweiligen hegemonialen Diskurse und Bilder, die eine bestimmte Lebensweise repräsentieren. In diesem Sinne kann der Multikulturalismus als eine der dominanten Raum-Ideologien aufgefaßt werden, nach dessen Rhetorik 'ethnische' bzw. 'kulturelle Differenzen' und 'Lebensstile' die sozialen Unterschiede und Klassenverhältnisse ablösen. Diese sich abzeichnende Verschiebung in den hegemonialen Artikulationen gesellschaftlicher Verhältnisse und in den dominanten Repräsentationen des sozialen Raumes läßt sich sowohl aus einer ökonomisch-politischen Perspektive, als auch unter kulturellen Gesichtspunkten analysieren.
Verschiedene Ansätze erklären das Aufkommen einer transnationalen und kosmopolitischen Klasse unter anderem aus dem Niedergang des Nationalstaates. Durch den Globalisierungsprozeß werde der exklusive Charakter von „Nationalität" nicht nur ökonomisch und kulturell, sondern auch politisch zunehmend in Frage gestellt. Tatsächlich transformiert die Etablierung supranationaler Wirtschaftsblöcke (z. B. EU, NAFTA, ASEAN) und die Herausbildung einer neuen Form der internationalen Arbeitsteilung nicht nur das Verhältnis zwischen Globalem und Lokalem, sondern auch die Rolle des Staates. Mit der vollständigen Globalisierung der Ökonomie und der Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte gerät der Nationalstaat in Widerspruch zum ökonomischen Prozeß.

## Der Nationalstaat am Ende?

Allerdings belegen Studien (Braudel 1979/ Wallerstein 1974), daß sich von Beginn an der moderne Kapitalismus im weltweiten Raum konstituiert, sich kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse also synchron innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens und auf weltweiter Ebene entwickeln. Dabei scheint die Dynamik des ökonomischen Globalisierungsprozesses letztlich auf der Existenz unterschiedlicher Staaten zu basieren (vgl. Poulantzas 1978). Auch wenn sich der Weltmarkt zur vorherrschenden Definitionsmacht entwickelt hat, wird damit das hierarchisch strukturierte Staatensystem nicht außer Kraft gesetzt.

Dennoch sind seit den siebziger Jahren tiefgreifende Veränderungen zu beobachten: Die Verselbständigung der globalen Ökonomie schwächt die Souveränität des Nationalstaates, gleichzeitig nimmt die Bedeutung bestimmter Regionen und Metropolen zu. Diese Erosion vormals vergleichsweise homogener sozialer und politischer Räume kann als Umbruch des vorherrschenden „Raum-Gesellschaftsgefüges" aufgefaßt werden: Das fordistische Entwicklungsmodell tendierte langfristig zu einer räumlichen Verdichtung und einem relativen – nationalstaatlich gefaßten – inneren Zusammenhalt von Ökonomie, Politik und Ideologie. Gegenwärtig 'enträumlicht' sich die Gesellschaft dahingehend, „daß unter der Wirkung eines global organisierten, durch nationale Grenzen immer weniger beschränkten Kapitalverwertungsprozesses die ökonomischen Beziehungen und Verflechtungen sich gegenüber räumlichen Fixierungen 'flexibilisieren' und verselbständigen. Damit polarisieren sich ökonomische, politische und soziokulturelle Räume und geraten immer deutlicher miteinander in Widerspruch." (Hirsch 1993, S. 40)

Allerdings ist die Verselbständigung der Globalökonomie gegenüber dem nationalen politischen Raum nicht nur als eine Enterritorialisierung staatlicher Macht, sondern auch als eine Neuformierung nationaler Regulationsformen des Kapitalismus aufzufassen, wie sie sich etwa in dem Begriff vom 'nationalen Wettbewerbsstaat' andeutet.[2]

Zudem verstellt der Diskurs der Globalisierung den Blick darauf, daß die existierenden Nationalstaaten seit Beginn der achtziger Jahre versuchen, das 'Prinzip nationaler Homogenität' durchzusetzen. Mit der Krise des nationalen Wohlfahrtsstaates ver-



**Räumliche Dimensionen sozialer Verhältnisse** **Foto: Herby Sachs – version**

stärkt sich zugleich die Nationalisierung im Politisch-Ideologischen. Durch die sich abzeichnende Transformation des Nationalstaates, gerät die Integration der sozialen Kollektive „in und durch die Nation-Form" in die Krise, kommt es „zu Zerfalls-Erscheinungen der Klassen (gleichzeitig von oben und unten) und zu Schwankungen der nationalen Identität" (Balibar 1992, S. 75).

## Globalisierte westliche Massenkultur

Damit wird nicht nur die soziologische Idee einer Gesellschaft als abgegrenztes räumliches System aufgeweicht. Zerstreut werden auch nationale kulturelle Identitäten, denen es nicht mehr länger gelingt, sich als zentrierte, homogenisierte und ganzheitliche zu repräsentieren. Globalisierung schafft neue globale und lokale Identifikationen, die sich von den alten, auf einen einheitlichen Raum bezogenen Identitätsformationen unterscheiden. Sie gehen über den Nationalstaat hinaus und bleiben hinter ihm zurück. Globalisierung und die „Rückkehr der Ethnizität" (Zygmunt Baumann), die zunehmende „Hybridisierung nationaler Kulturen" (Anthony D. Smith, 1992) oder die „Stärkung des Nationalismus" (J.P. Arnason 1992) schließen sich deshalb nicht aus.

Denn die Auflösung national begrenzter Kulturräume und ihre globale Neuformierung zwingt die Subjekte und sozialen Kollektive, ihren konkreten Ort und ihren erfahrbaren Raum neu zu imaginieren. Am Beispiel der untersuchten „globalen Elite" konnte gezeigt werden, wie sich diese durch die Definition von globaler Homogenität, nationalen Ein- und Ausschlußkriterien sowie von eigener und fremder Kultur im sozialen Raum positionieren. In ihrer Rede von der Vielfalt wird dabei verdeckt, „daß die 'multikulturelle Gesellschaft' nicht auf der horizontalen, das hieße der gleichgültigen, sondern auf der vertikalen, das heißt der dominierenden Koexistenz der verschiedenen 'Kulturen' beruht" (Müller 1992, S. 140).

Stuart Hall (1994) hat das dominante Modell dieser Globalisierung als „globale Postmoderne" bezeichnet. Ihr zentrales Merkmal besteht in der Fähigkeit, eine Vielfalt von Differenzen und marginalisierten Kulturen zu integrieren und gleichzeitig alles auszulöschen, was innerhalb dieses Rahmens der Differenzen auf Widersprüche und Kämpfe verweist. Hall kennzeichnet damit eine globalisierte Form des ökonomischen Kapitals, das durch die lokalen Differenzen hindurch, d.h. durch deren Integration und Ausbeutung, herrscht.

Diese postmoderne Form der Globalisierung ist für Hall weder deutsch noch englisch. Er sieht in ihr vielmehr eine amerikanische Variante der Vergesellschaftung, in der die Formen kapitalistischer Massenkultur „trotz ihrer Unterschiedlichkeit und ihrer Besonderheiten neu durchdrungen, aufgesogen, neu geformt und ausgehandelt werden können, ohne daß dies zur vollständigen Zerstörung ihrer Spezifika und Besonderheit führt" (S. 54). Die Charakteristika der globalen Postmoderne sind mit einer neuen globalen und internationalen Form der Massenkultur identisch, einer von Film, Fernsehen und den Bilderwelten moderner Werbespots dominierten homogenisierenden Form kultureller Repräsentation sowie einer die „Differenz" proklamierenden Konsumkultur, die klassenspezifische urbane Lebensstile prägt. Es ist kein Widerspruch, daß die darin enthaltene „Tendenz der globalen Homogenisierung" mit der „Faszination für die Differenz und die Vermarktung der Ethnizität und des Andersseins einher(geht)" (S. 213).

## Der „Westen" und der „Rest"

Die Macht der globalen Postmoderne lebt nämlich kulturell von der Kontrolle und teilweisen Neutralisierung kultureller Differenz, und zwar so, daß das Zentrum der Westen bleibt: „Die westliche Technologie, die Konzentration des Kapitals, der Techniken und qualifizierten Arbeitskräfte in westlichen Gesellschaften (die, so müßte man hier hinzufügen, die globalen Ströme von Information und Kapital kontrollieren, d. A.), die Geschichten, die Metaphorik westlicher Gesellschaften", bleiben die treibenden Kräfte der globalen Massenkultur (ebd. S. 53).

Die gesellschaftlichen Verschiebungen der Globalisierung sind differenzierter und widersprüchlicher als vielfach angenommen. Dennoch bleibt die ungleiche „Machtgeometrie" (Doreen Massey) zwischen dem „Westen" und dem „Rest" erhalten. In diesem Sinne kann der Diskurs der Globalisierung auch als neues Modernisierungstheorem aufgefaßt werden, das in der Regel das Globale als dominant, das Lokale als dominiert setzt. Insofern läßt sich die Transformation der Weltwirtschaft und die Entstehung einer „globalen Formation" auch als Ausdruck einer hegemonialen Strategie verstehen, die die Globalisierung als Sachzwang des entfesselten Weltmarktes propagiert.

Der Kosmopolitismus der neuen Dienstleistungsklasse ist in diesem Kontext zu interpretieren. Deutlich wird dann nicht nur der hierarchisierende eurozentristische Blick der „globalen Elite" sondern auch, daß sie in ihren Wahrnehmungsweisen von der multikulturellen Gesellschaft einem Gesellschaftsbild entgegenkommen, das als „ständisch-multikulturelle Klassengesellschaft" (Hans-Peter Müller) bezeichnet werden kann.

**Peter Noller/Klaus Ronneberger**

**Anmerkungen:**

1) Dem Artikel liegt die am Institut für Sozialforschung in Frankfurt enstandene Studie „Neue Technologien, Technikleitbilder, Lebensstile und Urbanität" zugrunde. Im Rahmen dieser Studie, die sich mit Lebensstilen und Raumaneignungsweisen städtischer Eliten in Dienstleistungszentren befaßt, wurden 118 qualitative Interviews ausgewertet (s. Teil 1 des Artikels).

2) Den Begriff vom „nationalen Wettbewerbsstaat" prägte Joachim Hirsch. Zu seinem gleichnamigen Buch vgl. 'Ford ist tot' in: 'blätter' Nr. 210, S. 46.

### Literaturliste:


**Arnason, Johann P.** 1990: Nationalism, Globalization and Modernity; in: Mike Featherstone (ed.) cit.op., S. 207–236.

**Balibar, Etienne** 1992: Die uneindeutigen Identitäten, in: KultuRRevolution, 27, S. 71–78

**Baumann, Zygmunt** 1990: Modernity and Ambivalence; in: Featherstone (ed.), S. 143–170

**Braudel, Fernand** 1979: Civilisation matérielle, économie et capialisme; dt: Sozialgeschichte des 15. – 18. Jahrhunderts. 3 Bände, München 1986

**Castells, Manuel** 1994: Space of Flows – Raum der Ströme, in: Peter Noller/Walter Prigge/Klaus Ronneberger, Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus, Band 6 der Reihe „Zukunft des Städtischen", Frankfurt/New York

**Ehrenreich, Barbara** 1992: Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München

**Featherstone, Mike** (ed.) 1990: Global Culture. Nationalism, Globalization and Modernity. A Theory, Culture and Society special Issue. London

**Friedmann, John** 1995: Standortbestimmung: Ein Jahrzehnt World City Forschung; in: Hansruedi Hitz u. a. (Hg.), Capitales Fatales: Finanzmetropolen im Umbruch. Zürich und Frankfurt auf dem Weg zum Postfordismus, Zürich

**Friedmann, John/Wolff, Goetz** 1982: World City Formation: An Agenda for Research and Action, International Journal of Urban and Regional Research, vol. 6

**Hall, Stuart** 1994: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg

**Hall, Stuart** 1991: The Global and the Local. Globalization and Ethnizity; in: Anthony King (ed.), Culture, Globalization and the World System: Contemporary Conditions for the Representation of Identity. Binghamton

**Harvey, David** 1993: Class Relations, Social Justice and the Politics of Difference; in: Keith/Pile (ed.): Place and the Politics of Identity, London, S. 41–66

**Hirsch, Joachim** 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam

**Hirsch, Joachim** 1993: Internationale Regulation, Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus; in: Das Argument 198, S. 195–222

**Keil, Roger** 1993: Weltstadt – Stadt der Welt: Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles, Münster

**Keil, Roger** 1987: David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadttheorie; in: Prokla 69, S. 132–147

**Keil, Roger/Kipfer, Stefan** 1994: Weltwirtschaft/Wirtschaftswelten; in: Noller u. a., S. 83–93

**Keith, Michael** 1993: From Punishment to Discipline; in: ders./Melcome Cross (ed.): Racism, the City and the State, London

**King, Antony D.** 1990: Urbanism, Colonialism and the World Economy; in: ders.: Global Cities. Post-Imperialism and the Internalization of London, London/New York, S. 19–68

**Lash, Scott/Urry, John** 1994: Economies of Signs & Space, London

**Müller, Jost** 1992: Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus; in: Redaktion Diskus (Hg.): Die freundliche Zivilgesellschaft, Berlin/Amsterdam, S. 25–44

**Noller, Peter/Ronneberger, Klaus** 1994: Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus, Band 6 der Reihe „Zukunft des Städtischen", Frankfurt/New York

**Poulantzas, Nicos** 1978: Staatstheorie, Hamburg

**Robertson, Roland** 1992: Globalization. Social Theory and Global Culture, Saga Publ.

**Sassen, Saskia** 1994: Cities in a World Economy, Thousand Oaks

**Sassen, Saskia** 1991: The Global City: New York, London, Tokyo, Princeton

**Sklair, Leslie** 1991: Sociology of the Global System: Social Change in Global Perspektive, Baltimore

# Weder Pazifismus, noch Tschingdarassabum

## Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin über die grüne Außenpolitik

**Jürgen Trittin, was zählt mehr: Leben und Freiheit oder der Grundsatz der Gewaltfreiheit?**
(lacht) Das stammt doch aus dem Fischer-Papier... Diese Gegenüberstellung erinnert mich an die Frage an den Kriegsdienstverweigerer: Wie verhältst Du Dich, wenn Du mit Deiner Freundin durch den Wald gehst, plötzlich drei Russen aus dem Gebüsch springen und Du ein Gewehr in der Hand hältst? Tatsächlich hat diese Frage mit den Diskussionen, die bei den GRÜNEN schon seit geraumer Zeit, nicht erst seit Bosnien geführt werden, herzlich wenig zu tun. Positionen, wie sie beispielsweise Radikalpazifisten innerhalb der Partei vertreten, haben sich nie der Illusion hingegeben, gewaltsame Konflikte würden sich auch unter Anwendung ziviler Methoden ohne Opfer lösen lassen. Die Friedenspolitik von Bündnis 90/ Die GRÜNEN sind keine pazifistische, sondern eine antimilitaristische Partei.
**Was sind dann die wesentlichen Kritikpunkte an der Militärintervention der NATO in Ex-Jugoslawien und an Fischers Zustimmung zur Bundeswehrbeteiligung?**
Die Kritik bewegt sich auf drei verschiedenen Ebenen: Zum ersten sind Nutzen und Schaden der Intervention anhand der konkreten Situation in Ex-Jugoslawien zu beurteilen. Zum zweiten geht es um die Politik der Bundesregierung, die man in der Diskussion um Militäreinsätze nicht unberücksichtigt lassen darf. Schließlich kommt man nicht umhin, sich grundsätzliche Gedanken um eine alternative Außen- und Friedenspolitik zu machen.
**Gehen wir die einzelnen Bereiche durch: Fischer sagt, in Ex-Jugoslawien geschieht ein Völkermord. Eine Menschenrechtspolitik verlangt Intervention ...**
Joschka reklamiert für sich einen Gewissenskonflikt angesichts der Lage in Bosnien und der Hilflosigkeit gegenüber dem Krieg. Er sagte, nun müsse man gegebenfalls auch mit den Mitteln einer militärischen Intervention eingreifen. Dazu möchte ich vorsichtig anmerken, wie denn diese militärische Intervention in einem dicht besiedelten Gebiet durchgeführt werden kann und unter welchem Preis an Opfern. Die Antwort auf dieses Problem ist er bislang schuldig geblieben.
**Nun scheint der von der NATO durchgesetzte Dayton-Vertrag eine friedliche Entwicklung zu versprechen. Zumindest scheint der heiße Krieg durch die militärische Intervention eingedämmt. Sitzt Du mit Deiner Kritik an der NATO im friedenspolitischen Puppenhaus?**
Es waren die Sanktionen, insbesondere die Wirtschaftssanktionen, die Rest-Jugoslawien getroffen und diesem Staat klar gemacht haben, daß bei einer weiteren Unterstützung der Politik der bosnischen Serben er selbst, bzw. seine Regierung in ihrer Herrschaftsfähigkeit gestört werde. Insofern haben die so sehr geschmähten und angeblich nicht tauglichen Sanktionen selbst da, wo sie halbherzig und einseitig angewendet wurden, ihre Funktion erfüllt. Die Zustimmung der bosnischen Serben zum Friedensvertrag war in dem Augenblick sicher, als Milosevic sich darauf eingelassen hat. Da ist dann noch einmal schnell hinterherbombardiert worden. Das kann man anhand der Daten des Briefwechsels feststellen.
Außerdem warne ich vor allzu schnellem Optimismus, was die Stabilität des Friedensschlusses betrifft. Ich erinnere daran, daß im letzten schneereichen Winter ein gewisser Jimmy Carter als Friedensstifter gefeiert wurde. Auch damals gingen die Kampfhandlungen gegen Null. Beim Auftauen des Schnees und der Wiederherstellung der Kampffähigkeit gingen die Konklikte wieder los. Damit rechne ich in diesem Fall nicht, aber die momentane Ruhe sollte auch nicht überbewertet werden.
**Die zweite Ebene: Was gibt es zu den Ambitionen der Bundesregierung zu sagen?**
Man kann die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nicht unabhängig von der Militarisierung der deutschen Außenpolitik diskutieren. Die Außenpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, zur Durchsetzung vitaler Interessen wie der Versorgung mit Rohstoffen auch kriegerische Mittel einzusetzen. Das wurde in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr festgelegt. Der Kriegsfall wird in diesen Überlegungen als 'ultima ratio', aber nicht als letztes Mittel bezeichnet. Die Abstimmung im Bundestag wurde für eine Legitimierung dieses Kurses benutzt, den einige meiner Parteifreunde, wenn auch aus ehrenwerten Motiven, abgesegnet haben.
**Erleben wir ein Revival traditioneller deutscher Großmachtpolitik?**
Die neue Außenpolitik der Bundesrepublik ist nicht mit der wilhelminischen zu vergleichen wie dies Heiner Möller in Eurer letzten Ausgabe nahelegt. Die nationalen oder vitalen Interessen der Bundesrepublik sollen möglichst nicht im Alleingang, sondern in Zusammenarbeit und Kooperation mit den Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt durchgesetzt werden. Die Großmachtpolitik ist keine rein nationale, sondern eine, die sich durchaus über das Kräfteverhältnis unter den G 7-Staaten bewußt ist. Das hat Schäuble in seinem Buch „Der Zukunft zugewandt" recht anschaulich ausgedrückt. Er schrieb, Deutschlands Fehler im Zweiten Weltkrieg hätte darin bestanden, einen Krieg alleine gegen den Rest der Welt geführt zu haben. Der Fehler war also nicht, möchte man schlußfolgernd hinzufügen, daß Deutschland ihn begonnen hat. So lernt auch die politische Rechte aus der Geschichte.
**Zur dritten Ebene: Es gab auf dem Bremer Parteitag drei Positionen. Die eine war die klassische grüne Position: zivildienstleistendes Deutschland. Die zweite wollte eine Völkermordklausel mit anschließender Intervention. Schließlich wurde ein (dritter) Kompromißantrag verabschiedet. Der lief unter dem Stichwort „Verpolizeilichung". Ist das die alternative Krisenlösungsstrategie?**
In Bremen ging es um das Problem: Wie verhält man sich allgemein im Sinne einer anderen Außen- und Friedenspolitik? Sind militärische Intervention in Konflikte eine vielversprechende Lösung? Dabei ist die Frage nach dem ausführenden Subjekt einer Intervention noch nicht einmal berührt. Eine Interventionspflicht bei Völkermord richtet nach allen Erfahrungen, die wir haben, erstens mehr Schaden an als sie beseitigt.

Zweitens bedeutet sie für den, der sie auf sich nimmt, in unzählige Konflikte in dieser Welt verwickelt zu werden.

**Das Konzept „Verpolizeilichung" erscheint mir undeutlich. Instrumentarien wie die OSZE sollen langfristig die NATO ersetzen. Dabei greifen die OSZE-Mitglieder doch liebend gerne auf die NATO zurück. Auch Begriffe wie Menschenrechtspolitik oder feministische Politik scheinen mir relativ unausgegoren.**

Das Konzept ist keineswegs unausgegoren. Solche Begriffe und Entwürfe beschreiben Zielvorstellungen, die in Zusammenarbeit mit dem Gros der bundesdeutschen Friedensforscher entwickelt worden sind. Die Konzeption sagt, daß wir auf bestimmte politische, ökonomische und gewaltsame Konflikte, die präventiv nicht verhindert werden konnten, Antworten finden, die nicht instrumentalisierbar sind für irgendeine Form von Großmachtpolitik. Sie dürfen nicht einer Legitimierung von Aufrüstung, Interventionsfähigkeit oder ähnlichem in die Hände spielen. Das was zur Zeit praktiziert wird, ist die Installation der NATO wenn nicht als Welt-, so doch als Europa-Polizist. Daher scheint es uns ratsam, uns an eine Organisation anzulehnen, die bewußt europäisch ist, blockübergreifend agiert und die militärische Intervention nur als ultima ratio ansieht.

**Wer soll denn bestimmen, wer das Subjekt der Intervention ist? Das können auch in der OSZE nur wieder die Staaten sein.**

In der OSZE und in der UNO gibt es andere Strukturen und Verhältnisse als in der NATO. Die NATO ist eine Erontorganisation mit nuklearer Erstschlagsoption. In der OSZE sind unterschiedliche Staaten vertreten und vor allem: mehr Staaten. Das macht einen gewaltigen Unterschied aus. Ob zum Beispiel, bezogen auf Europa, Rußland ein vollwertiges Mitglied ist oder fünftes Rad am Wagen.

**Interventionspflicht, sagtest Du, bedeutet, daß man in mehreren Regionen der Erde Krieg führen müßte. Heißt das Verzicht auf Interventionen generell?**

Man muß mit diesen Begriffen präzise umgehen. Einmischung bedeutet nicht Intervention und schon gar nicht militärische. Und umgekehrt bedeutet zivile Einmischung nicht Tatenlosigkeit. Ich bin allerdings strikt dagegen mit den militärischen Mitteln in Regional- und ethnische Konflikte einzugreifen. Das ist im äußersten Maße kontraproduktiv. Da taugen auch die Vergleiche mit dem Zweiten Weltkrieg schon aus einem einzigen Grunde nicht: Das fand vor Hiroshima statt. Wir haben in Bremen beschlossen, daß die ultima ratio Maßnahmen wie ein Embargo darstellen, bestenfalls unter Zuhilfenahme von Zwangsmitteln.

**Zwangsmittel? Sitzblockaden oder Kanonendonner?**

Um ein Embargo durchzusetzen, muß man primär nicht gewaltsam agieren. Will man beispielsweise ein Ölembargo über ein Land verhängen, dann kann man denen, die ein Interesse an einem Öltransport haben, eine Alternativbeschäftigung anbieten. Dazu braucht man einen Sanktionshilfefonds. Eine Intervention lehnt die Beschlußlage von Bremen rundweg ab.



**„Mein Gott, was für Fragen!" – die grüne Trittine verzweifelt** **(Foto: Ralf Emmerich)**

**Das Beispiel Afrika zeigt doch, daß Krisenprävention und -intervention früher oder später immer auf militärische Operationen hinauslaufen...**

Das Beispiel Somalia verdeutlicht, wie es hätte anders laufen können. Alle Staaten am Horn von Afrika wendeten sich gegen einen Welt- oder Regionalpolizisten. In den Konzepten der OAU war der Einsatz von Militär als friedenswahrende Maßnahme nur im Konsens mit den Nachbarn vorgesehen. Es handelte sich im übrigen um das Konzept, das von allen somalischen Konfliktparteien übereinstimmend ausgearbeitet und dann von Eritrea den Vereinten Nationen angeboten wurde, lange bevor es zur verunglückten Intervention kam. Damals wurde gesagt, wir haben kein Geld. Wäre dieses Konzept durchgeführt worden, hätte man es kaum als imperialistische Intervention denunzieren können.

**Gibt es noch irgendwelche Krisenlösungsstrategien von Bündnis 90/Die GRÜNEN, die nicht auf der staatlichen Ebene angesiedelt sind?**

Die hat nie jemand in Frage gestellt: Förderung von Oppositionsgruppen über Zusammenarbeit mit Flüchtlingsorganisationen, Nicht-Regierungsorganisationen und unabhängigen Medien. Dieser ganze Bereich ist auch von unseren Bellizisten niemals angezweifelt worden. Umgekehrt habe ich sie immer gefragt: Wie wollt Ihr das mit Eurer Bereitschaft zum Kriegführen in Einklang bringen?

**Wie ist das Verhältnis zur NATO? Wollt Ihr immer noch raus?**

Die Position der Partei lautete niemals „Raus aus der NATO". Das hat immer die CDU behauptet. Wir wollten Auflösung der Blockstrukturen, einseitige Abrüstung und Aufbau von Systemen kollektiver Sicherheit wie der OSZE. Einen einfachen Auszug aus der NATO nach dem Motto: „Jetzt machen wir unseren eigenen Krieg" wäre kein Schritt nach vorne.

**„Raus aus der NATO" heißt für Dich Re-Nationalisierung und erneuter Sonderweg?**

Nein, das muß es nicht bedeuten, kann es aber. Ein Austritt aus der NATO verbunden mit einer völligen De-Militarisierung der Bundesrepublik heißt zwar Sonderweg, aber niemals nationale Machtpolitik.

**Wenn Dich Mitglieder des sozialdemokratischen Seeheimer Kreises in der ZEIT antiwestlich und antikapitalistisch nennen, ärgert Dich das oder fühlst Du Dich gelobt?**

Das mit dem 'antiwestlich' verwundert mich, weil ich als Person doch etwas ganz Westliches ausstrahle und in einer westlichen Kultur groß geworden bin. Gerade der militante Widerstand gegen den Vietnam-Krieg war etwas höchst Westliches. Ich bekenne mich zu diesen westlichen Traditionen. Der Vorwurf des Anti-Kapitalismus amüsiert und ehrt mich eher, als das er mich empört aufschreien läßt.

**Die SPDler meinen sicher nicht Dein Out-Fit, sondern die Haltung zum westlichen Verfassungsstaat.**

Die sollen meinen, was sie wollen. Man hat mir in meiner Schulzeit versucht zu erklären, das Wesen des Westens bestünde darin, daß in Vietnam die Freiheit Berlins verteidigt würde. Diesen Schwachsinn habe ich schon damals nicht geglaubt.

**Müssen wir damit rechnen, daß es 1998 einen Großen Zapfenstreich gibt, den ein Grüner abnimmt, und wo statt Tschingdarassabum ein Rap die Soldaten verabschiedet?**

Ich habe mich sehr gefreut, als sich beim letzten Großen Zapfenstreich die GRÜNEN im Bund, in NRW und in Bonn an den Widerstandsaktionen vor Ort beteiligt haben, einschließlich der Außen- und Sicherheitspolitiker der Partei. Die antimilitaristische Substanz meiner Partei ist nicht so leicht aufzulösen.

**Vielen Dank, Jürgen Trittin, wir unterbrechen dieses Gespräch bis 1998.**

**Mit Jürgen Trittin sprachen Georg Lutz und Jörg Später.**

# Gerechtigkeit – find ich gut!

## NRO-Dachverband und BMZ im konstruktiven Dialog

VENRO ist da! VENRO, geboren am 19. 12. 1995 unter wohlwollendem Lächeln von Minister Spranger, ist das zärtliche Kürzel für das Wortmonstrum 'Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen'. Und wo unser Minister sich umtreibt, soll auch der BUKO nicht „ante portas" bleiben: So fuhr ich als Beobachter zum Wiegenfest.

Von einigen BUKO-MitstreiterInnen zur Zurückhaltung angemahnt, versuchte ich mich in vorurteilsfreier Wahrnehmung dieses Schauspiels. Sprüche wie „Brot für die Welt – aber die Wurst bleibt hier" stehen uns nicht mehr gut, angesichts fehlender Konzepte für den Wursttransfer.

Im Zug nach Bonn wurde meine beschworene Vorurteilslosigkeit auf die erste schwere Probe gestellt. Ich schaute mir die Liste der einladenden Personen genauer an, und mein in Jahren feministischer Nörgelei geschultes Auge sah zehn Männer und keine Frau. Das Ganze relativierte sich dann auf dem Podium: Dort saßen nur neun Männer und keine Frau. Außerdem war der Frauenanteil auf der Veranstaltung doch noch knapp 20 %, da die etwas wichtigeren Teilnehmer ihre Sekretärinnen mitbrachten.

Aber ich bewegte mich ja auf nicht-vertrautem Terrain, wo Höflichkeit angesagt ist. Außerdem wollte ich auch dem Auftritt von Minister Spranger nicht gleich mit zuviel Skepsis begegnen. Zumal die inhaltliche Debatte viel Zündstoff barg. So las ich in der Präambel der zu verabschiedenden Satzung: „Armut, Umweltzerstörung und Beschneidung der Lebenschancen künftiger Generationen haben ethisch und politisch nicht mehr hinnehmbare Dimensionen erreicht." Was würde der Minister dazu sagen? Eine spannende Frage. Und er wußte Erstaunliches zu berichten: Deutschland sei Dank Rio noch gerade rechtzeitig auf den Zug des 'sustainable development' – Konzeptes aufgesprungen. Die Bundesregierung wolle in der Dritten Welt die Zivilgesellschaft aufbauen und brauche repräsentative und starke Verbündete und Partner dazu (Beifall). Mit VENRO würden die deutschen NROs leistungsfähiger und professioneller, und die zukünftige Zusammenarbeit (zwischen BMZ und VENRO) solle von Kompetenz, Respekt und Einübung des Dialogs gekennzeichnet sein (Beifall). Spranger plauderte auch über Geld – das bedürfe aber noch der Rücksprache mit dem Finanzminister. Am meisten Beifall erntete er für den erkämpften halbprozentigen Zuwachs des Entwicklungshilfeetats.

Dr. Hermle von Misereor antwortete für die Veranstalter. Seine kritische Analyse traf den Kern: Haushalte werden drastisch reduziert, die Entwicklungspolitik verliert an Bedeutung. Er forderte eine „neue Qualität von globaler Steuerung", wofür „Dialog- und Kooperationsbereitschaft" gefragt sei. Über „Einflußstränge" und „Willensbildungsstrukturen" der Verbände, die „Verfassungswirklichkeit" seien, müßte „internationale Gerechtigkeit" und „langfristiger Ausgleich aller" erreicht werden. Eigentlich wollten wir ja auch nie etwas anderes.

Danach war Diskussion angesagt. Gespannt erwartete ich real agierende „Willensbildungsstrukturen", doch es gab bei über 200 TeilnehmerInnen keine Wortmeldung. Zunächst etwas irritiert, ließ ich mir von einem Herren in Schlips und Anzug sagen, daß doch eigentlich alles gesagt sei. Ich dachte über die vielen, vielen Stunden kontroverser Diskussion beim BUKO nach. Eigentlich, so überkam mich ein Gefühl, ist doch alles ganz einfach. Gegen Dialog und Gerechtigkeit läßt sich auch wenig sagen.

Dann: Kaffeepause. Mir fällt nochmal auf, daß mir das Ambiente recht fremd ist. Nicht nur die vielen Schlipse, Anzüge und Stöckelschuhe. Es ist die Atmosphäre der Professionalität: das gesetzte Parlieren beim Kaffee, das höfliche „Bitte" für die Dame, das Bestätigen des Gesprächspartners, der dezente, den Rahmen nicht verlassende Humor. Ich bin in keiner Kneipe, klar. Vielleicht alles Vorurteile.

Ich werde jäh aus der Kaffeepausenphilosophie gerissen, als zur Vorstandswahl gerufen wird. Inzwischen hatten 58 Organisationen ihren Beitritt zu VENRO erklärt. Neun Vorstands- und zwei Kassenprüferposten wurden nun vergeben. Jede Einzelwahl fand ohne GegenkandidatIn statt. Meine Irritationen über die SED-parteitagsähnlichen Wahlergebnisse wurden nur vom dadurch näherrückenden Feierabend gedämpft. Alle Vorstellungen verliefen ohne inhaltliches Statement. Darüber versuchte ich mich mit der Tatsache hinwegzutrösten, daß die Kleinen doch auch vertreten seien (Inkotha-Netzwerk und die Ländernetzwerke). Etwas neidisch war ich auf die Vertreterin der Ländernetzwerke, die da von 800 NROs sprach, die sie vertrete. Ich beruhigte mich damit, daß die Zahl der beteiligten Personen meist nicht viel größer als die Zahl der Gruppen ist.

Dann kamen doch noch Kontroversen auf: Der schnöde Mammon machte es möglich. Wie soll das Spendenpotential von einer Millarde DM in Mitgliedsbeiträge umgelegt werden? Hier immerhin ist der BUKO dem VENRO haushoch überlegen: Wo wenig Geld ist, gibt es auch kaum Streit darum. Nachdenklich stimmte mich der abschließende Antrag, den Namen VENRO noch einmal zu überdenken. Was steckte dahinter? Steht das Wort „Nicht-" im Widerspruch zu Dialog und Kooperation? Soll der Verband am Ende doch VERDO heißen (Verband Entwicklungspolitik mit der Regierung in Kooperation stehender Organisationen)?

Abreise: Schon oft fuhr ich aus dem Bonner Hauptbahnhof gen Norden. Aber diesmal fiel mir das erste Mal ein riesiger Daimler-Benz-Stern auf, der in den vorweihnachtlichen Abendhimmel strahlte. Dabei befiel mich ein beklemmendes Familiengefühl: Wer ist eigentlich nicht gegen internationale Gerechtigkeit?

**Ralf Berger**

## Fortschritt oder indigene Identität?

Als sich der 'Native American' Ward Churchill Anfang der 70er Jahre die Neue Linke ansah, war er enttäuscht. Die weitgehende Indifferenz der Linken gegenüber den in Reservaten zusammengepferchten Indianern und ein mit indigenem Naturverständnis unvereinbarer Fortschrittsglaube ließen Churchill schnell auf Abstand zur marxistischen US-Linken gehen. Die Auseinandersetzung gab er allerdings nicht auf. Sie mündete 1983 in einem Debattenband, der 1993 auch auf Deutsch erschien. **'Das indigene Amerika und die marxistische Tradition'**, herausgegeben von Churchill, enthält vierzehn Beiträge von MarxistInnen auf der einen und Indianern auf der anderen Seite über Industrialismus, Eurozentrismus und Kultur.

Im Zentrum der Marxismuskritik der indianischen Autoren steht das geschichtsdeterministische Weltbild, in dem indigene Kulturen nur als vorkapitalistische gedacht werden können – was letztlich mit Zurückgebliebenheit, Zeitweiligkeit und Irrelevanz übersetzbar ist. Nicht die in der Marxorthodoxie zentrale Eigentumsfrage ist für die in dem Buch vertretenen indianischen Autoren von Belang, sondern der Industrialismus an sich, der in den meisten Beiträgen als „künstlich" bezeichnet wird. Marxismus und Kapitalismus sind aus ihrer Perspektive europäische Zwillingsbrüder, programmiert auf hemmungslose Naturzerstörung.

Auf der anderen Seite bestätigen einige Texte der marxistisch argumentierenden Autoren diese Kritik. So strotzt der Aufsatz der mao-stalinistischen 'Revolutionary Communist Party' vor Marxismus-Leninismus-Plattitüden, um schlußendlich bei der Diktatur des Proletariats zu landen. Andere marxistische Autoren üben sich in Sachen Ausgleich. Philip Heiple etwa, der das Buch resümierend beschließt, meint bei allen Differenzen auch einen breiten Konsens beider Seiten feststellen zu können. Dies mutet allerdings zu harmonisierend an, ist es doch Heiple selbst, der die Gräben zwischen Marxisten und Native Americans noch einmal benennt: Während die einen eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstreben, wollen die anderen das Verhältnis von Mensch und Natur umkrempeln; für die Marxisten sind die indianischen Gesellschaften zum Untergang verurteilt, für deren Vertreter hingegen begeht die Industriegesellschaft kollektiven Selbstmord.

Die einleitend geäußerte Hoffnung des Verlages, mit dem Buch „zum Entstehen eines neuen, den herrschenden Verhältnissen wirklich entgegengesetzten Denkens und Handelns" beizutragen, erweist sich trotz gewisser Anregungen, die das Buch sicherlich vermittelt, als reichlich vollmundig. Denn mit ihrer Kritik an Fortschrittsgläubigkeit und Eurozentrismus der Marxorthodoxie rennen die indianischen Autoren in der hiesigen undogmatischen Linken offene Türen ein. Der Verweis auf Tschernobyl im Verlagsvorwort mag allenfalls bei den letzten DKPisten angebracht sein – für die meisten LeserInnen dürfte er eher zum Umblättern anregen.



**„Natürlicher" Aufstand gegen die „künstliche" Industriegesellschaft (Mohawk-Revolte, Kanada 1990)**

Die „indianischen Beiträge" auf der anderen Seite geraten allzuoft ins Fahrwasser völkisch-ethnopluralistischer Diskurse und sind somit eher Wasser auf die Mühlen der schlechtesten Traditionen der Linken. Die ständig wiederkehrende Entgegensetzung „natürlich"-„künstlich", die Verbindung von Territorium und Kultur und ein unverhohlener völkischer Nationalismus verpassen der zumindest in Teilen berechtigten Kritik der Indianer einen unangenehmen Beigeschmack. So verrennt sich der Herausgeber Ward Churchill gleich eingangs völlig im Ethnopluralismus und feiert in einem weltweiten Panorama das „Wiedererwachen" der Völker – einschließlich Jugoslawiens. Zu Bushs 'Neuer Weltordnung' fällt ihm vor allem „Künstlichkeit" ein, sein Gegenentwurf läuft konsequenterweise auf eine Gesellschaft hinaus, die aus „natürlichen, bioregional definierten, Komponenten" besteht.

Zu einem Zeitpunkt, da das Reflektieren liebgewonnener Kategorien wie 'Volk' und 'Nation' in der hiesigen Restlinken allmählich zunimmt, erweist sich der vorliegende Band in dieser Hinsicht eher als ein Rückschritt: eine Neuauflage des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" – diesmal ökologisch korrekt.

**Felix Kurz**

**Das indigene Amerika und die marxistische Tradition. Eine kontroverse Debatte über Kultur, Industrialismus und Eurozentrismus, Hg. Ward Churchill, Agipa Press Bremen 1993, 285 S., 32,– DM**

## Tradition der Blicke



Die große Mehrheit der entwicklungspolitisch Aktiven in diesem Lande würde den Vorwurf, die Dritte Welt mit einem „kolonialen Blick" zu betrachten, wohl weit von sich weisen. Stattdessen würde wohl darauf hingewiesen werden, daß seit der Aufklärungsoffensive der 70er Jahre der entwicklungspolitische Diskurs rassistische Vorurteile und Stereotypen über die Menschen in der Dritten Welt vermeide. Ute Zurmühl ist da etwas anderer Meinung. In ihrer Studie **Der „Koloniale Blick" im entwicklungspolitischen Diskurs** vertritt sie die These, daß nicht nur die Masse der Bevölkerung, sondern auch die entwicklungspolitische Szene einem vorurteilsbeladenen und klischeehaften Weltbild verhaftet und der „Koloniale Blick" dem gegenwärtigen Entwicklungsbegriff immanent sei. Zur Begründung zieht die Autorin zahlreiche Beispiele aus entwicklungspolitischen Veröffentlichungen heran – vom BMZ bis zur Dritte-Welt-Bewegung.

Sie zeigt, daß der „Koloniale Blick" im Zeitalter der Aufklärung gefestigt wurde, und zwar in zwei Varianten, die bis heute fortbestehen: zum einen in der eurozentrischen Wahrnehmung der Menschen aus den Kolonialreichen als minderwertige und unzivilisierte „Barbaren", wie sie z. B. bei Voltaire, Kant oder Hegel zu finden ist; zum anderen als exotisierendes Bild von den naturnah lebenden „Edlen Wilden", wie es etwa bei Rousseau als Argumentationsfigur gegen die eigene, als denaturiert empfundene Gesellschaftsordnung entstand.

Nach Zurmühls Ansicht lebt der „Barbar" heute weiter in den „Unterentwickelten", denen über die Entwicklungshilfe „Entwicklung" nach europäischen Maßstäben beigebracht werden soll. Das nur vermeintlich

entgegengesetzte, letztlich aber vielmehr ergänzende Bild des „Edlen Wilden" findet sich in der Dritte-Welt-Bewegung wieder, die in emanzipatorischer Absicht, aber mit vereinnahmender und degradierender Wirkung die Menschen im Trikont für ihre Projektionen und politischen Vorstellungen instrumentalisiert; zum Beispiel, wenn westliche feministische Diskurse eine vereinheitlichte, unterdrückte 'Dritte-Welt-Frau' ohne Berücksichtigung von extrem unterschiedlichen Lebensweisen und globalen Machtverhältnissen kreieren, um so über alle Grenzen hinweg „Geschlecht quasi als Klasse" (S. 56) zu konstruieren.

Nicht weniger deutlich wird der „Koloniale Blick" in der karitativ-paternalistischen Haltung des Helfen-Wollens, die häufig lediglich der Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins und des Machtwillens über das „Objekt der Hilfe" dient. Damit setzt sich lediglich ein Wandel des „nehmenden Kolonialismus" zum „gebenden Kolonialismus" durch, nicht jedoch die substantielle Autonomie der Betroffenen in der Dritten Welt.

Selbst wenn in eindeutig kritischer Absicht argumentiert wird und wenn aufklärerische Karikaturen zur entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, besteht die Gefahr von Botschaften mit eindeutig rassistischen Stereotypen. Dies verdeutlicht Zurmühl unter anderem anhand einer Karikatur, die vor kurzem auch in den 'blättern' erschien und ein eben nur vermeintlich ironisches Kannibalen-Klischee verwendet. (Dies war der Autorin damals schon eine kritische Stellungnahme wert; s. 'blätter' Nr. 200).

Viele der von Ute Zurmühl präsentierten Thesen sind schon von anderen Autoren formuliert worden – der Begriff des „Kolonialen Blicks" etwa wurde von Henning Melber geprägt. Auch führt die thematisch sehr breite Anlegung der Studie an vielen Stellen, z. B. bei der Kritik von Entwicklungstheorien, zur Oberflächlichkeit. Jedoch lag bis jetzt keine derartig gelungene und leicht lesbare Überblicksdarstellung zur Problematik des „Kolonialen Blicks" vor, die Kinderbücher in die Diskursanalyse ebenso einbezieht wie die Veröffentlichungen der Bielefelder Soziologinnen. Das Buch sollte daher zur Pflichtlektüre nicht nur für entwicklungspolitisch Aktive avancieren.

**Christian Stock**

**Ute Zurmühl, Der „Koloniale Blick" im entwicklungspolitischen Diskurs, Welt-Bilder und Bilder-Welten in der Entwicklungszusammenarbeit, Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken 1995, 135 S., 32,– DM**



## Ein offenes Geheimnis



Alle Welt weiß es seit langem und inzwischen hat auch erstmals eine israelische Zeitung dazu berichtet: Israel ist im Besitz von Material für mindestens 70 Atombomben. Seit 1964 wird in dem Atomreaktor Dimona, 40 km von Beersheba, atomwaffentaugliches Plutonium produziert. Die israelische Regierung hat dies zwar bisher weder bestätigt noch dementiert, aber einer von denen, die das inzwischen offene Geheimnis ans Tageslicht beförderten, sitzt dafür seit 1986 im Gefängnis: Mordechai Vanunu. Der Oberste Israelische Gerichtshof hat 1990 die Verurteilung zu 18 Jahren bestätigt.

Über den heute 41jährigen berichtet das Buch **„Die Vanunu-Affäre" – Israels geheimes Atompotential**. Vanunu, der seit 1977 als Arbeiter im Atomforschungszentrum Dimona tätig war, hatte der Sunday Times 1986 Informationen zukommen lassen. Das paßte natürlich der Tel Aviver Regierung nicht; sie ließ Vanunu von London nach Rom locken und von dort durch den Mossad direkt in das Gefängnis nach Ashkelon entführen. Der Prozeß in Israel fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, und Vanunu wurde zu 18 Jahren Haft verurteilt.

Am Anfang der Ereignisse, die zu Vanunus Verurteilung führten, stand ein Blitz, den ein Spionagesatellit des CIA im September 1979 über dem Südatlantik entdeckte. Zehn Jahre später schließlich, im Juli 1989, wird die „Jericho II"-Rakete erfolgreich von einem südafrikanischen Testgebiet aus gestartet. Hauptarchitekt dieses Testprogramms war der damalige Verteidigungsminister Shimon Peres, vereinbart wurde es während eines Besuchs des südafrikanischen Präsidenten Vorster in Israel. Das gegen Südafrika verhängte UN-Embargo stellte dabei für Tel Aviv kein Hindernis dar. Südafrika, das – im Gegensatz zu Israel – 1990 zwar einen Nichtweiterverbreitungsvertrag unterzeichnete, hat laut einer 1993 gemachten Aussage des damaligen Präsidenten De Klerk schon Mitte der 70er Jahre Nuklearwaffen produziert, die angeblich aber mittlerweile „entsorgt" wurden.

Über all dies sollte ein Mantel des Schweigens gelegt werden. Das wurde aber sowohl von der „Kampagne zur Freilassung von Vanunu" verhindert, die im Frühjahr 1995 in London diese Informationen in ihren Rundbriefen veröffentlichte, als auch durch fortwährende Aktionen in den USA, die die Kritik an den Programmen und an der Verurteilung von Vanunu nicht verstummen lassen wollen.

Das Geheimnis, das durch die israelische Zensur aus der „Vanunu-Affäre" gemacht werden sollte, wird nach und nach gelüftet, 1992 schließlich erscheint in London das von dem israelischen Publizisten Yoel Cohen herausgegebene Buch, dessen deutsche Übersetzung von Josephine Hörl nunmehr vorliegt. Es gibt wesentliche Einblicke in die Vanunu-Staatsaffäre und beschreibt die Entwicklung des israelischen Atomwaffenprogramms. (Über die aktuelle Situation Vanunus informiert „The OTHER Front" vom Alternativen Informationszentrum in Jerusalem.)

**Christian Möller**

**Yoel Cohen: „Die Vanunu-Affäre" – Israels geheimes Atompotential, Vorwort von Frank Barnaby, Verlag Palmyra, Heidelberg 1995, 44,– DM**

## Lebenszeichen aus dem Exil



Biographien von Menschen zwischen Lateinamerika und Europa sind das Thema von **Lebenswege**. Das Buch macht Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erfahrungen von Migranten aus. Darüber hinaus bietet es eine Sammlung historischer Erfahrungen linker Lebensläufe. Gert Eisenbürger, Redakteur bei der Zeitschrift ILA, begann 1991 mit einer Interviewreihe, die bis heute in unregelmäßigen Abständen in der Zeitschrift erscheint. 15 Interviews und Texte wurden für das vorliegende Buch ausgewählt, weit mehr sind allerdings bislang in der ILA erschienen.

Die biographischen Gespräche sind nicht nur ein Beitrag gegen das Vergessen linker Politikerfahrungen, sondern zugleich auch ein Anstoß, sich in die aktuelle Migrationspolitik einzumischen. Darüber hinaus geben sie immer wieder Anlaß zur Reflexion über die politischen Positionen in der Solidaritätsbewegung, wenn beispielsweise Osvaldo Bayer zu der Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für Ausländer feststellt: „Die ehemaligen Kämpfer haben sich bürokratisiert, sie sind zu Funktionären der Dritten Welt geworden, aber innerhalb ihrer Grenzen. Sie arbeiten für ihre eigene Dritte Welt, doch nicht für die agonisierende, sich zerfleischende Dritte Welt der chaotischen südlichen Hälfte."

**uju**

**Gert Eisenbürger (Hg.), Lebenswege. Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1995, 238 Seiten, 24,– DM**

## Der neue Tag

Das kurdische Neujahrsfest „Newroz" gilt den Kurden als Tag der Befreiung. Nach der Legende wurde an diesem Tag im Jahr 612 v. Chr. der Tyrann Dahak getötet. Auf den Bergen entzündete Feuer waren nach dem Triumph die Signale des Sieges. Er wird alljährlich am 21. März begangen. Das Newrozfest entwickelte sich zu einem kurdischen Nationalfeiertag. Seit 1990 ist Newroz durch Aktionen gegen den türkischen Staat geprägt und ist Ausdruck des wachsenden Widerstands. Zu den Widerstandsformen gehören Streiks der Händler, Verkehrsblockaden, Demonstrationen und Kundgebungen.

Der türkische Staat nahm diesen Tag in den letzten Jahren zum Anlaß, mit massiven Armee- und Polizeieinsätzen vorzugehen. Tote und Verletzte waren die Folge. Im letzten Jahr konstatierte die türkische Regierung die „türkische Identität" des Newrozfestes und „der neue Tag" sollte als staatliches „Nevruz" gefeiert werden, um so den kurdischen Nationalfeiertag schlichtweg aus der Geschichte zu streichen. In den kurdischen Provinzen wurden nur „Nevruz"-Feierlichkeiten gestattet.

Seit zwei Jahren fahren Hunderte von internationalen Menschenrechtsbeobachtern zum kurdischen Neujahrsfest. Nun ist eine feste Einrichtung mit Namen „Newroz" entstanden, ein international anerkanntes Menschenrechtsinstitut, das besonders während der Neujahrsfeierlichkeiten für die kurdischen Rechte eintritt und in zahlreichen Fällen von Menschenrechtsverletzungen recherchiert. Allein während des Newrozfestes 1995 haben zweihundert Beobachter aus neun europäischen Ländern und Kanada mit ihrer Anwesenheit einen punktuellen Schutz der kurdischen Zivilbevölkerung vor den Angriffen der türkischen „Sicherheitskräfte" gewährleistet.

**Koordinationsbüro Newroz**
**Obermainanlage 7**
**60314 Frankfurt**



**Ich hier oben – Ihr da unten, Diyabakir 1991** **Foto: Ralf Marco – version**

## Schwarz-grüne Bescherung

Mit den Stimmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde die institutionelle Förderung für die AKTION 3. WELT Saar gestrichen. Diese Entscheidung traf der Kreistag Merzig-Wadern (nördliches Saarland) kurz vor Weihnachten. Seit 1993 wurde die breitgefächerte Arbeit der 3. Welt Organisation – z. B. Flüchtlingsberatungsstelle, Medienzentrum, Bildarchiv – mit 25.000 DM jährlich institutionell gefördert. Als Grund für die Streichung nannte die CDU die Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade im Nov. '95. Diese Einheit singt Nazilieder und übt regelmäßig im türkischen Teil Kurdistans. Neben der Kritik an den Fallschirmjägern der Saarlandbrigade wirft die saarländische CDU der AKTION 3.WELT Saar noch PKK-Nähe vor und dies dürfe nicht aus Steuergeldern finanziert werden. Außerdem solle sich die „AKTION 3. WELT Saar" auf ihre eigentliche Aufgaben beschränken.

Dahinter verbergen sich auf Seiten der CDU und der Grünen zwei Dinge: Die 3. Welt ist weit weg und hat nichts mit dem Leben hier zu tun; eine Organisation, die das Monopol von Parteien auf Politik nicht akzeptiert, wird nicht geduldet. Der Kreistag Merzig-Wadern ist seit längerem Erprobungsfeld für schwarz-grüne Zusammenarbeit. Die koalitionsähnliche Zusammenarbeit – Übereinstimmung bei Haushalt und Personalentscheidungen – wird ausdrücklich von der CDU-Saar und Bündnis 90/Die Grünen Saar gedeckt. Das ganze ist also weniger eine kommunalpolitische Angelegenheit, sondern vermittelt eine praktische Anschauung davon, was unter schwarz-grün zu erwarten ist.

Zwar ging die Mittelstreichung nicht von den Grünen aus, sie ist auch parteiintern umstritten, sie wollten aber die Zusammenarbeit mit der CDU nicht gefährden. In einem Interview sprach der grüne Fraktionsvorsitzende von einem „Komfortverlust" für die AKTION 3. WELT Saar. Sie könne ja weiterhin Projektanträge stellen, die natürlich auch abgelehnt werden können. Um einen Teil des Geldes durch parteiunabhängige Eigenfinanzierung zu ersetzen, läuft zur Zeit ein Kampagne zur Mitglieder- und Spendenwerbung. Weitere Informationen und Aufnahmeformulare bei:

**Roland Röder AKTION 3. WELT Saar**
**Weiskirchener Str. 24**
**66674 Losheim**
**Tel. 0 68 72/69 82, Fax 78 26**

## Landraub ...

... mit deutschen Steuergeldern? In Brasilien scheint diese Frage berechtigt. Dort unterzeichnete der Präsident Cardoso am 5. Januar das Dekret Nr. 1775. Mit diesem wird das administrative Verfahren der Absicherung indianischer Gebiete neu geregelt. Es sieht vor allem die Einführung eines Widerspruchsrechtes für „Interessierte" im Demarkationsverfahren vor. Damit können Großgrundbesitzer, Holzfällergesellschaften und Landspekulanten die Verfahren zur rechtlichen Absicherung von Indianerland blockieren oder gar verhindern, indem sie ihr „ökonomisches Interesse" anmelden. Die Folge davon ist die weitere Vernichtung von Indianerland und die Dezimierung der indigenen Bevölkerung in Brasilien.

Laut katholischem Indianermissionsrat CIMI sind 247 der 554 indigenen Gebiete des Landes von der Dekretänderung betroffen. Schon durch die Diskussion um das Dekret ist es in fast allen indianischen Gebieten zu Invasionen und Gewalttaten gekommen. Großgrundbesitzer und Holzfällergesellschaften dringen illegal ein, rauben das Holz, verbrennen die Wälder und zerstören so die Überlebensgrundlage der Indianer. Die lokalen Behörden bleiben bei solchen Gewalttaten nicht nur Zuschauer, sondern sind häufig an ihnen beteiligt.

Die deutsche Bundesregierung hat im Rahmen des Pilotprogrammes der G7-Staaten zum Schutz der brasilianischen Regenwälder und für die Sicherung indianischer Gebiete 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Brasilianische und deutsche NROs befürchten, daß diese Gelder jetzt für das Gegenteil verwendet werden – zur Wiederaufnahme der Verfahren bei bereits demarkierten Gebieten und dadurch zur Verkleinerung bzw. Auflösung dieser Gebiete.

Das internationale Pilotprogramm zum

Schutz der brasilianischen Regenwälder, für das die Bundesrepublik als Initiator eine besondere Verantwortung trägt, hat bislang nichts bewirkt. Im Gegenteil, es ist längst zum Feigenblatt für den unverändert anhaltenden Vernichtungsfeldzug gegen die amazonischen Regenwälder und die indianischen Völker geworden. Die Vernichtungsrate der brasilianischen Regenwälder war 1995 höher denn je. In weiten Teilen des Amazonasgebietes sind die Edelholzbestände bereits geplündert. Die Sägewerke sind bis „in das Herz der Wildnis" vorgedrungen, so das brasilianische Magazin 'Veja'. Immer noch werden in den lokalen Verwaltungen riesige Flächen des Regenwaldes zur Abholzung oder zur Besiedlung freigegeben. Dringend notwendige Landreformen, die den Besiedlungsdruck auf die Regenwälder verringern würden, werden von der Regierung Cardosos immer wieder hinausgezögert.

Gleichzeitig rühmen sich die G7-Staaten, und hier namentlich die Bundesrepublik, der Welt gemeinsam mit Brasilien ein Beispiel zu geben, wie tropische Regenwälder geschützt und gleichzeitig ökologisch und sozial verträglich genutzt werden können. Jetzt drohen neben der Natur die noch verbliebenen indianischen Kulturen als erste auf der Strecke zu bleiben.

Die Bundesrepublik weigert sich, die indigenen Völker Brasiliens direkt institutionell zu unterstützen. Immer noch setzt sie auf eine Zusammenarbeit mit der brasilianischen Regierung, die sich nach Ansicht der katholischen Indianermission gegenüber den Indianern „schlimmer als die Militärdiktatur" verhält. Schon im September 1994 propagierte Helio Jaguaribe, ein Parteifreund Cardosos, in der Öffentlichkeit die „Vernichtung der Indianer bis zum Jahre 2000". Ein großer Schritt hierzu ist durch die Unterzeichnung des Dekretes nun getan.

Es ist zu befürchten, daß in den kommenden Jahren die indianischen Völker Brasiliens in eine endlose Kette von Gerichtsverfahren verwickelt werden, bei denen es um gravierende Einschnitte ihrer Territorien gehen wird. Zu ihrer Unterstützung wird nun ein Rechtshilfefonds geschaffen, der die Finanzierung einer Verfassungsklage gegen die Dekretänderung und den Widerstand der einzelnen Gruppen in den anstehenden Gerichtsverfahren gegen die Verkleinerung ihrer Gebiete gewährleisten soll. Spenden an:

**ARA – Sonderkonto**
**Sparkasse Bielefeld, Konto Nr. 72 217 300, BLZ 480 50 161.**
**Stichwort „Indianerrechtshilfe"**
**Weitere Informationen bei:**
**Hubert Groß/Sandra Maria Barbosa**
**Tel./Fax.: 0 44 85/945**

## Betr. „Immer am Ball – Neue deutsche Außenpolitik", Nr. 210 (Dez. '95/Jan. '96)

Der Chef" mitsamt einem mehr oder weniger andächtig lauschenden Publikum, das alles auf dem Titelbild der 'blätter' – schon eine Überraschung.

Allerdings war's das auch schon, denn über Schnittmengen von Fotos (auch im Innenteil) und den Untertiteln einerseits und den Inhalten des Schwerpunkts darf man nicht länger nachdenken. Zum Titel: „Immer am Ball – Neue deutsche Außenpolitik", nun ja. Völlig schief wird es dann beim Foto der Weltmeisterelf: „Die Helden von Bern 1954: Deutschland ist wieder wer". Hier feiern link(isch)e Uralt-Klischees fröhliche Wiederauferstehung: der fußballerische Erfolg als angeblicher Aufbruch zu neuen, diesmal politischen Ufern, die gewiß nichts Gutes bedeuten...

Eher das Gegenteil ist richtig: Bern als „Gründung der Bundesrepublik" und als Schritt zur, wenn man so will, „Zivilmacht".

**Arthur Heinrich**
(Blätter für deutsche und internationale Politik)
(Wir danken Herrn Heinrich für sein Buchgeschenk.)

## Betr. Themenschwerpunkt 'Neuer Welthandel' ('blätter' Nr. 206)

In den Artikeln von Tobias Reichert und Klaus Piepel über die Sozialklauseln im Welthandel vernmisse ich einen Vorschlag, der wohl von der ILO in Genf stammt:

Er besteht darin, daß das Importland auf Waren aus Ländern ohne oder mit nur minimalem sozialem Schutz (Krankheits-, Unfall-, Arbeitslosenversicherung, Altersversorgung) Zölle oder sonstwie benannte Abgaben erhebt; und zwar in dem Maße, wie es an den genannten sozialen Sicherungen fehlt. Das so erhobene Geld fließt aber **nicht** in die Staatskasse des Importlandes, sondern in einen Sozialfond im Exportland. Dort sammelt es sich zu dem Zweck an, die genannten Absicherungen daraus zu bestreiten. Dieser Vorschlag ist sicher nicht das Ei des Kolumbus (Wer etwa kontrolliert die zweckbestimmte Verwendung der Gelder?). Aber er scheint mir doch der Diskussion würdig zu sein.

Als seltene Leserin der 'blätter' möchte ich noch eine Bemerkung anbringen: Müssen DM 7,50 und 50 Seiten wirklich sein? Könnten sich die AutorInnen nicht kürzer fassen oder Beiträge verschieben, so daß bei vielleicht 30 Seiten ein Preis unter 5,– möglich wäre?

Ansonsten hat mir das Heft gut gefallen und ich freue mich, daß es die 'blätter' noch gibt.

**Ingrid Bander**

## Betr. 'blätter'

Ich hoffe, daß die 'blätter' niemals durch TAZ, Le Monde Diplomatique oder ähnliches Gesülz ersetzt werden. Nicht zuletzt die Reste einer Solidaritätsbewegung, die bei Euch noch durchschimmern, rechtfertigen das iz3w. Mir fällt es momentan schwer, die Berichterstattung zu „nutzen", da mir direkte Aktion und freundschaftliche Kontakte international derzeit kaum Ansätze für das zu sein scheinen, was dabei rumkommen soll – die solidarische Welt. Jedenfalls brauchen wir eure Artikel – denn sie gehören zu den freiheitlichsten.

**Klaus Kruse**

Auch ich gehöre zu den wohl vielen, die die 'blätter' sehr schätzen, ja für unverzichtbar halten – und sie nur gelegentlich lesen. So habe ich erst jetzt von der Existenznot Eurer Zeitschrift erfahren. Es ist ein dramatisches Zeichen für den jämmerlichen Bewußtseinszustand und die blamable Bedürfnislage in unserem Land, da die Regale der Magazin-Boutiquen randvoll sind mit publizistischen Firlefanz und Hefte wie die 'blätter' oder der 'Freitag' und einige mehr ums kommerzielle Überleben kämpfen müssen .... Haltet durch!

**Walter Satzinger**

## Betr. Chiapas Kaffee

**blätter des iz3w, Nr. 209**

Wir finden es bedauerlich, daß die FAU (Freie ArbeiterInnen Union) weiterhin die falsche Information verbreitet, Finca Irlanda Kaffee würde hier mit TRANSFAIR-Siegel verkauft.

Die Firma Lebensbaum ist Lizenznehmer von TRANSFAIR. Der von Lebensbaum mit dem TRANSFAIR-Siegel angebotene Kaffee stammt von Kleinbauerngenossenschaften, die im ProduzentInnenregister von TRANSFAIR (...) aufgeführt sind. Plantagen werden generell nicht in das Kaffee-ProduzentInnenregister aufgenommen. Das gilt entsprechend für die Finca Irlanda; d. h. Kaffee von der Finca Irlanda hat kein TRANSFAIR-Siegel.

Die Firma Lebensbaum hält sich gemäß des mit TRANSFAIR abgeschlossenen Vertrages an die dort festgelegten Bedingungen des Fairen Handels. Vertragsverstöße sind uns nicht bekannt, auch seitens unserer Partner in Chiapas/Mexiko liegen keine Problemanzeigen vor.

**Jutta Goss**
**(TRANSFAIR Geschäftsstelle)**

## Bücher und Broschüren

Ron O'Grady, **Die Vergewaltigung der Unschuldigen** – Kinderprostitution und Prostitutionstourismus. Horlemann, Bad Honnef 1995, 174 S., DM 19,80

Karl Rössel, **Operation Bondoc** – Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung. Journal der Stiftung für Kinder Vol.III, No. 2, secolo-Verlag, Osnabrück 1996, 120 S., DM 18. Bezug: Philippinenbüro, Bullmannaue 11, 45327 Essen

Esaied Nour, **Ländliche Ökonomie im Schatten der interarabischen Arbeitsmigration** – Am Beispiel eines ägyptischen Dorfes am Nildelta. Lit-Verlag, Münster 1995, 184 S., DM 48,80

**Krisis 16/17**, Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft. Edition Krisis, Horlemann-Verlag, 1995 Bad Honnef, 221 S., DM 20

Günther Schulz, **Landbesetzung – Hoffnung für Millionen.** Lusophonie-Verlag, Eichstetten 1995, 240 S., Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, Hauptstr. 57, 79356 Eichstetten

Die Aktion, Heft 137/144, **Land und Freiheit** – Berichte und Nachrichten zum Aufstand in Chiapas, Erklärungen der Zapatisten nebst Briefen von Subcomandante Marcos. Edition Nautilus, Hamburg 1995, 200 S., DM 20

RSB, Die Internationale Theorie, Heft 11, **Freies Kurdistan.** 51 S., DM 5. Heft 6, **Das Patriarchat zum Tanzen bringen.** 43 S., DM 5, Bezug: Peter Kreitz, Spittastr. 9, 31387 Hameln

Jürgen Krais und Christian Tausch, **Asylrecht und Verfahren** – Rechtsstellung der Flüchtlinge, Annerkennungsverfahren, Rechtsschutz. Verlag C.H.Beck, 475 S., DM 19,90

Günther Gugel, **Vertretungsstunden mit Pfiff** – Anregungen für den Unterricht zum Thema 'Eine Welt' in den Sekundarstufen. Tübingen 1996, 144 S., DM 14. Bezug: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 72070 Tübingen

Who is Who?! – **Leitfaden für Informationen zur Zweidrittelwelt in Baden-Württemberg.** Stuttgart 1996, 113 S., kostenlos. Bezug: Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart

Materialien des DGB-Bildungswerk Nr. 40, **Das neue Südafrika** – Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen nach der Apartheid. Düsseldorf 1995, Broschüre 32 S., kostenlos. Materialien des DGB Bildungswerk Nr. 36, **Marktwirtschaft im Schatten – Informeller Sektor.** Düsseldorf 1995, Broschüre 32 S., kostenlos. Bezug: DGB Nord-Süd-Netz Postfach 10 10 26, 40001 Düsseldorf

## Tagungshinweise

Die Evangelische Industrie- und Sozialarbeit Südbaden und das Forum Südliches Afrika 'FOSA' veranstalten vom 23. 2. – 25. 2. 1996 ein Seminar zum Thema **„Versöhnung im südlichen Afrika"** in Rheinfelden bei Basel. FachreferentInnen bieten Vorträge und Arbeitsgruppen mit verschiedenen Themenschwerpunkten an. Das Seminar soll unter anderem dazu beitragen, Kontakte zwischen den VertreterInnen des südlichen Afrikas und den Gruppen, die hier dazu arbeiten, zu verbessern. Info: FOSA, Tel.: 07 61/27 39 86, Fax: 07 61/27 27 07.

---

Angesichts der Ausweitung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse weltweit verliert die gewerkschaftliche Interessenvertretung an Einfluß. Nichtregierungsorganisationen kümmern sich zunehmend um die Ausgegrenzten. Wer vertritt wen und welche Mechanismen sind auf der internationalen Ebene für die Durchsetzung sozialer Menschenrechte geeignet? Unter dem Titel **„Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) – Konkurrenz oder Kooperation?"** bietet FIAN in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 23. 2. – 25. 2. 1996 ein Wochenendseminar in Freudenberg (bei Siegen) an. Infos und Anmeldung: FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel.: 0 23 23/49 00 99, Fax: 0 23 23/49 69 56.

---

Vom 1. 3. – 3. 3. 1996 organisiert die Evangelische Akademie Hofgeismar in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft eine Tagung unter dem Titel **„Palästina und Israel auf dem Weg zum Frieden. Bleiben die Menschenrechte auf der Strecke?"**. Um die Innenansicht der Menschenrechtsarbeit darzustellen und eventuelle neue Gefährdungen sowohl des Friedensprozesses als auch der Einhaltung der Menschenrechte zu benennen, sind VertreterInnen zweier regierungsunabhängiger Menschenrechtsorganisationen aus dem israelischen und palästinensischen Kontext vertreten. Schriftliche Anmeldung bis zum 23. 2. 1996 bei der Evangelischen Akademie, Schlößchen Schönburg, Postfach 12 05, 3 43 62 Hofgeismar, Tel.: 0 56 71/881-0, Fax: 0 56 71/881-154.

---

Der BUKO bietet im März zwei Seminare an: **„Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Debatte um ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa"** ist das Thema eines Seminars, das vom 1. 3. – 3. 3. 1996 in Augustdorf bei Detmold vom BUKO veranstaltet wird. An diesem Wochenende soll eine Auseinandersetzung mit der vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH erarbeiteten und von BUND und Misereor in Auftrag gegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" stattfinden. Die Vorbereitungsgruppe des Seminars ist gleichzeitig eine Arbeitsgruppe, die Debatte seit 1987 und ein Überblick über die Diskussion nach der Veröffentlichung der Deutschland-Studie. Ebenso sollen Handlungsmöglichkeiten für internationalistische Gruppen auf diesem Gebiet erörtert werden.

Vom 22. 3. – 24. 3. 1996 findet ein BUKO-Seminar unter dem Titel **„Die Welthandelsordnung und die neue Welthandelsorganisation"** statt. Zielsetzung des Seminars ist sowohl Wissensvermittlung als auch die Suche nach konkreten politischen Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem Welthandel. Diskutiert werden neben den Ergebnissen der Uruguay-Runde und deren konkreten Auswirkungen auch der Widerstand in Trikontländern an den Beispielen Indien und Philippinen. Infos zu beiden Veranstaltungen: BUKO-Geschäftsstelle, Nerstweg 32–34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/3 93 11 56, Fax: 0 40/3 90 75 20.

---


# Impressum

**Hrsg.:** Aktion Dritte Welt e.V. – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 53 28, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 07 61/7 40 03, Bürozeiten: Mo.–Fr. 10–16 Uhr, Fax: 07 61/70 98 66
**Zusammengestellt von:** Monika Bierwirth, Karin Griese, Stephan Günther, Martin Janz, Uwe Jungfer, Dietmar Küther, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Hassan Sadek, Ute Sikora, Ann Stafford, Christian Stock, Jörg Später, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Udo Wolter, Eva Zányi.
**Druck und Satz:**
Druckhaus Dresden. Tel.: 03 51/3 36 11 14



**Vertrieb für Buchhandel:**
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 3 54 63 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71
**Anzeigenschluß für Nr. 212:**
(Druckfertige Vorlagen) 1. 3. 1996
**Jahresabonnement** (8 Ausgaben) im Inland:
DM 60,– (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 50,– DM) Förderabonnement: DM 100,–. Im Ausland: Europa + 10,– DM, Welt + 30,– DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
**Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):**
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110
***Eigentumsvorbehalt:***
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*
**Spenden:**
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00).
Achtung: Kto.-Inhaber: Stadtsparkasse, Verw.-zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt.
Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!